

ANHALTENDE KONJUNKTURFLAUTE

INVESTITIONEN 2003 INSGESAMT SCHWACH

**BUNDESVORANSCHLÄGE 2003 UND 2004:
ZIEL EINES "NULLDEFIZITS" VERSCHOBEN**

**STRUKTURPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN
FÜR DAS WALDVIERTEL AUS DER EU-ERWEITERUNG**

AKTIENMARKT UND KONJUNKTURSCHWANKUNGEN

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Rutenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinesner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

Inhalt

563 ■ Anhaltende Konjunkturflaute

Markus Marterbauer

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten nicht auf einen Wirtschaftsaufschwung hin. Im WIFO-Konjunkturtest für das III. Quartal rechnen die Sachgütererzeuger neuerlich mit einer Verlangsamung des Produktionswachstums; sie melden einen Rückgang der Exportaufträge und der Verkaufspreise. Das Wachstum des heimischen Warenexports schwächt sich ab. Das Konsumentenvertrauen ist seit Jahresbeginn erheblich zurückgegangen, die Einzelhandelsumsätze stagnieren. Günstig entwickelt sich hingegen die Konjunktur in der Bauwirtschaft. Neben den Unternehmen des Tiefbaus zeigen sich jüngst auch jene des Hochbaus optimistischer. Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich vor dem Hintergrund der Konjunkturflaute keine Erholung ab. Die Zahl der Arbeitslosen liegt merklich über dem hohen Niveau des Vorjahres.

574 Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

587 Investitionen 2003 insgesamt schwach

Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz

Die im WIFO-Investitionstest befragten Unternehmen aus Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft, Elektrizitätsversorgung sowie dem Verkehrs- und Versorgungssektor planen 2003 eine nominelle Steigerung ihrer Investitionen um 4,5% gegenüber 2002. In der Sachgütererzeugung werden die Investitionen 2003 insgesamt nur geringfügig zunehmen (+1,8%) – bei sehr unterschiedlichen Aussichten für die einzelnen Sektoren. Nur die Kfz-Industrie investiert in großem Umfang in neue Ausrüstungen und Bauten. Die Unternehmen in der Elektrizitätsversorgung sowie dem Verkehrs- und Versorgungssektor planen 2003 eine deutliche Ausweitung (+11,5% gegenüber dem Vorjahr). In der Bauwirtschaft bleiben die Investitionen 2003 stabil. Die Bruttoanlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft (einschließlich der in der Umfrage nicht erfassten Bereiche) werden laut WIFO-Prognose 2003 real um 0,8% zunehmen (2002 –4,6%).

597 Anhang: Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003

605 Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben

Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller

Die Stagnation der Konjunktur und der merkliche Anstieg der Arbeitslosigkeit haben den Ausgleich der öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 verhindert. Wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche und der geplanten Steuerreform 2004/05 wird das "Nulldefizit" erst nach 2007 erreicht werden. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Schuldenstandsquote aufgrund von statistischen Revisionen ist die Budgetposition Österreichs im EU-Vergleich überdurchschnittlich günstig. Zur mittelfristigen Budgetkonsolidierung wird eine Senkung der Einnahmen- und der Ausgabenquote angestrebt. Ab 2004 nimmt das Gewicht der Transferausgaben ab. Innerhalb der Einnahmen des Bundes gewinnen die Steuereinnahmen an Bedeutung; dabei ist eine Umstrukturierung des Steueraufkommens hin zu den indirekten Steuern zu beobachten.

Inhalt

623 **Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung**

Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinabell

Die bevorstehende Erweiterung der EU eröffnet für Österreich Wachstumschancen. Für manche Grenzregionen birgt sie allerdings große wirtschaftliche Herausforderungen – etwa für das Waldviertel. Der Standortvorteil des Waldviertels lag traditionell in den relativ niedrigen Arbeitskosten; in den neuen EU-Mitgliedsländern ist Arbeit jedoch noch billiger. Der Strukturwandel ist im Waldviertel noch nicht abgeschlossen. Durch Maßnahmen der Strukturpolitik in den Bereichen Bildungspolitik, Tourismus, Verkehr und Infrastruktur sowie Landwirtschaft können die Wachstumsperspektiven der Waldviertler Wirtschaft verbessert werden.

643 **Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen. Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?**

Franz R. Hahn

Die ökonomische Theorie beurteilt die Bedeutung von Finanzmärkten für den Konjunkturzyklus sehr uneinheitlich. Während marktdominierte Finanzsysteme als allokatoren effizient, aber instabil gelten, stehen bankdominierte Finanzsysteme in dem Ruf, effizient vor systemischen Risiken zu schützen, die durch Marktinstabilitäten entstehen. Empirische Daten für 22 OECD-Länder stützen diese Hypothese – für die Periode 1970/2000 ist kein signifikant dämpfender Einfluss bankdominierter Finanzsysteme auf den Konjunkturzyklus festzustellen. Aktienmärkte hingegen verstärkten in diesem Zeitraum unabhängig und direkt die Outputfluktuationen in den OECD-Ländern.

Summaries

571 Persistent Cyclical Slump

596 Investment will Remain Steady at a Low Level. Results of the WIFO Investment Survey of Spring 2003

621 Federal Budget 2003-04: Postponing the Goal of a Balanced Budget

641 EU Enlargement and Resultant Structural Policy Challenges Facing Northern Lower Austria

654 Output Fluctuations and Financial Market Development. Evidence from OECD Countries

Online-Zugriff ■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Anhaltende Konjunkturflaute

Die österreichische Wirtschaft leidet weiterhin unter einem Mangel an Nachfrage. Das Exportwachstum wird schwächer, und die Industrieunternehmen beurteilen die Geschäftslage neuerlich ungünstiger. Von der Konsumnachfrage kommen kaum Konjunkturimpulse. Hingegen befindet sich die Bauwirtschaft in einem Aufschwung.

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 4. August 2003. • E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten weiterhin nicht auf einen Wirtschaftsaufschwung hin. Nach den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests für das III. Quartal trübt sich die Stimmung in der Sachgütererzeugung seit Jahresende 2002 weiter ein. Die Unternehmen rechnen für die nächsten Monate mit nur noch geringen Produktionszuwächsen (der saisonbereinigte Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen verringerte sich auf +2,1 Prozentpunkte). Deutlich pessimistischer als zuletzt zeigen sich die Unternehmen des Grundstoffsektors und der technischen Verarbeitung. Sie melden stark rückläufige Exportaufträge und klagen über sinkende Verkaufspreise. Einzig die Kfz-Industrie zeigt sich optimistisch.

Dieses Bild wird gestützt durch die niedrige Kapazitätsauslastung. Sie war im III. Quartal mit 80,5% etwa gleich hoch wie in den letzten vier Quartalen. Dies und die zurückhaltenden Absatzerwartungen dürften die Investitionstätigkeit dämpfen. Der WIFO-Investitionstest vom Frühsommer weist auf sehr verhaltene Investitionspläne der Industrieunternehmen hin (+1,8% gegenüber dem Vorjahr).

Das Exportwachstum schwächt sich ab. Die Warenausfuhr war von Jänner bis April laut Außenhandelsstatistik nominell um nur noch 2½% höher als im Vorjahr, die Warenzahlungsstatistik weist für Jänner bis Mai sogar einen Rückgang um 2¼% aus. Sehr gedämpft entwickelt sich die Ausfuhr in den Binnenmarkt der EU und zu den ostmitteleuropäischen Handelspartnern, letztere blieb sogar unter dem Vorjahresergebnis. Günstiger verläuft der Export in die Hoffnungsmärkte Südosteuropas. Die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar (Juli +13% gegenüber dem Vorjahr) dürfte den heimischen Exporteuren zunehmend Probleme bereiten.

Die Schwäche der Exporte nach Westeuropa belegt die anhaltende Stagnation der Wirtschaft in der EU. Auch dort fehlen die Hinweise auf einen Konjunkturaufschwung. Das von der Europäischen Kommission ausgewiesene Geschäftsklima in der Sachgütererzeugung hat sich im Juli neuerlich verschlechtert. Besser ist die Stimmung der Verbraucher. Vor allem in Deutschland und Frankreich hat sich das Verbrauchervertrauen in den letzten Monaten verbessert. Stabile Preise und die Ankündigung von Steuerentlastungen könnten dazu beigetragen haben. Allerdings bleibt offen, ob die günstigere Konsumentenstimmung auch in höhere Konsumnachfrage umgesetzt wird.

In Österreich trübte sich das Konsumentenvertrauen seit Jahresbeginn ein, der Vertrauensindikator sank seit Jahresbeginn um 9 Prozentpunkte. Umfragen unter den Einzelhandelsunternehmen deuten auf eine Stagnation der realen Umsätze auf dem Niveau des Vorjahres hin, die Beschäftigung geht im Handel merklich zurück. Etwas günstiger dürfte die Lage im Kfz-Handel sein, die Pkw-Neuzulassungen überstiegen die Vorjahresmarke im 1. Halbjahr um 4½%.

In einem Aufschwung befindet sich die Bauwirtschaft. Der WIFO-Konjunkturtest bestätigt die seit dem Sommer 2002 anhaltende Verbesserung der Produktionsergebnisse im Tiefbau, der von einer Ausweitung der Aufträge in den Bereichen Schiene und Straße profitiert. Nun zeichnet sich auch ein Ende der mehrjährigen Flaute im Wohnungsneubau ab: Die Baubewilligungen nehmen zu, und die Unternehmen des Hochbaus zeigen sich wesentlich zuversichtlicher.

Die Preise auf Verbraucherebene bleiben weitgehend stabil. Die Inflationsrate lag im Juni bei nur noch 1,1%. Dazu tragen der Rückgang der Importpreise, der verhaltene Anstieg der Lohnstückkosten und die allgemeine Nachfrageschwäche bei.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich vor dem Hintergrund der Konjunkturflaute keine Erholung ab. In der Produktion sinkt die Beschäftigung markant, die Dienstleistungsbranchen bieten hingegen zusätzliche Arbeitsplätze an. Die Zahl der Arbeitslosen war im Juli mit 200.000 um 8.300 höher als im Vorjahr. Zudem befanden sich um 5.000 Personen mehr in Schulungsmaßnahmen als vor einem Jahr. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Weiterhin keine Hinweise auf einen Konjunkturaufschwung in der EU

Das Geschäftsklima stagniert in der EU auf niedrigem Niveau. Die unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturdynamik besonders wichtige Stimmung unter den Industrieunternehmen trübte sich in den letzten Monaten ein. Hingegen wurden Konsumenten und Einzelhandelsunternehmen etwas optimistischer.

Derzeit gibt es keinen Hinweis auf eine Aufhellung des Wirtschaftsklimas in der EU. Der entsprechende Indikator der Europäischen Kommission hat sich von Mitte 2002 bis März 2003 merklich verschlechtert und seitdem nicht verändert. In der Sachgütererzeugung trübte sich das Vertrauen der Unternehmer seit dem Frühjahr ein: Hatte der Saldo aus positiven und negativen Antworten zu Jahresbeginn noch -11 Prozentpunkte betragen, so lag er im Juli bei -15 Prozentpunkten. Die jüngsten Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission unter den Industrieunternehmen zeigen auch für die großen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien im Juli eine weitere Verschlechterung.

Für Deutschland widersprechen diese Ergebnisse jenen des Ifo-Geschäftsklimaindex, der im Juli zum dritten Mal in Folge eine geringfügige Verbesserung der Stimmung ergab. Allerdings zeigte die Produktionsstatistik im Frühjahr keine Erholung: Die Sachgüterproduktion lag nur wenig über dem Niveau des Vorjahres, die Auftragseingänge aus dem Ausland waren ebenso wie der Export deutlich niedriger als ein Jahr zuvor.

Zur Eintrübung des Geschäftsklimas in den Ländern des Euro-Raumes trug in den letzten Monaten die Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro wesentlich bei. Die exportorientierten Unternehmen der Sachgütererzeugung klagen über schwächere Auftragseingänge und einen Rückgang der Verkaufspreise. Dadurch geraten die Unternehmensgewinne unter Druck; zusammen mit der weiterhin sinkenden Kapazitätsauslastung (III. Quartal 2003 im Euro-Raum 80,6%) deutet dies auf ein Anhalten der Investitionsschwäche hin.

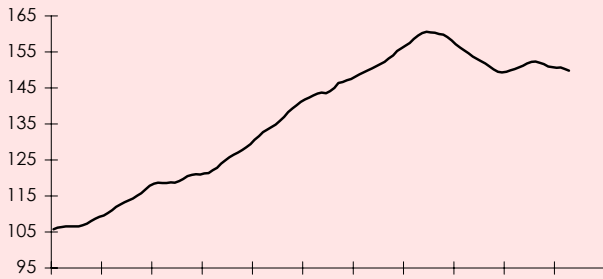
Günstiger als unter den Industrieunternehmen entwickelte sich in den letzten Monaten die Stimmung unter den Verbrauchern. Die privaten Haushalte beurteilen ihre Finanzsituation etwas positiver. Hier dürften die inflationsdämpfenden Effekte der Höherbewertung des Euro zum Tragen kommen. Die Entlastung der verfügbaren Realeinkommen könnte die Konsumenten zu Ausgabenerhöhungen veranlassen. Darauf weisen auch die Ergebnisse der Umfragen unter den Einzelhandelsunternehmen hin. Die Konsumentenstimmung hat sich in Deutschland und Frankreich merklich verbessert. Dies könnte auch mit bevorstehenden Steuerentlastungen zusammenhängen. Ob sich in der Folge die Konsumnachfrage erhöhen wird, bleibt zu beobachten.

Gemäß den Umfragen unter Unternehmen und Verbrauchern dürfte die Wirtschaft in der EU weiter kaum wachsen. Zu diesem Ergebnis kommen auch die Quartalsprognose der Europäischen Kommission und der Eurogrowth-Indikator – das Wachstum des BIP macht demnach im II. und III. Quartal ½% bis 1% gegenüber dem Vorjahr und etwa ¼% gegenüber dem Vorquartal aus.

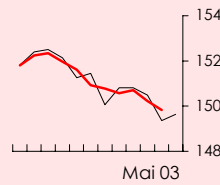
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100

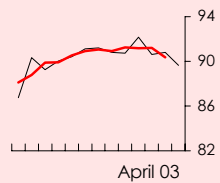
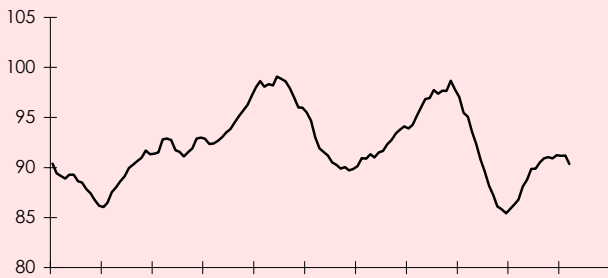
USA – Industrieproduktion



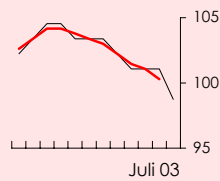
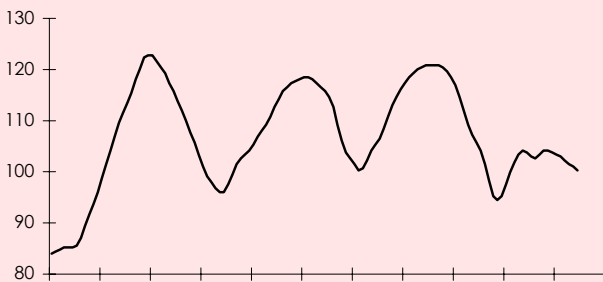
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



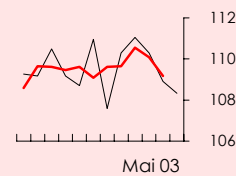
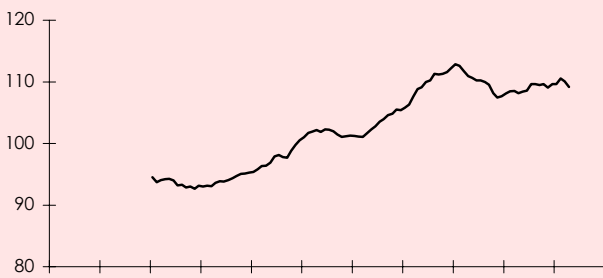
Japan – Industrieproduktion



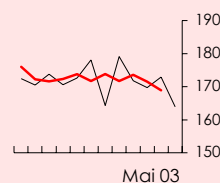
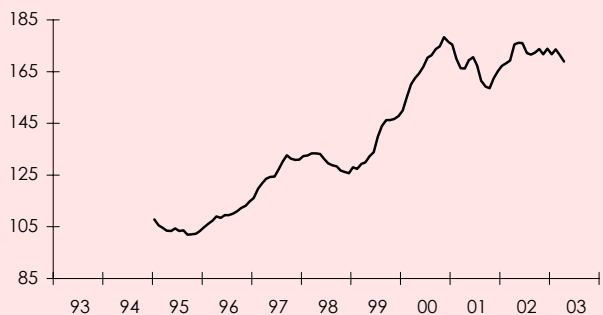
EU – Indikator für das Vertrauen in der Industrie



Deutschland – Industrieproduktion



Deutschland – Auftragseingänge Ausland



— Gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Verhaltens Belegung in den USA

In den USA ist das Wirtschaftsklima weiterhin günstiger als in Europa. Die vorausseilenden Konjunkturindikatoren des Conference Board haben sich im Juni zum dritten Mal in Folge verbessert. Die Erholung der Aktienkurse und der anhaltende Boom im privaten Wohnbau trugen dazu wesentlich bei. Konsumentenerwartungen und Auftragseingänge in der Industrie zeigen allerdings keine Aufwärtstendenz. Deshalb kann noch nicht von einem Konjunkturaufschwung gesprochen werden.

Das BIP wuchs im II. Quartal gegenüber dem Vorquartal real um 0,6%; das entspricht nach europäischer Berechnungsmethode einer Rate gegenüber dem Vorjahr um +2¼%. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nehmen weiterhin etwas rascher zu als die Gesamtnachfrage. Zuletzt erholten sich auch die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter. Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungsgüter waren nach der Schwäche zu Jahresbeginn wieder höher als im Vorquartal. Ein erheblicher Wachstumsbeitrag kam von den Militärausgaben. Diese erhöhten sich im II. Quartal gegenüber dem I. Quartal um 11% und trugen 0,4 Prozentpunkte zur BIP-Steigerung gegenüber dem Vorquartal bei. Der kräftige Anstieg der Importe liefert einen weiteren Beleg für die Stärke der Inlandsnachfrage. Dass der Export trotz der Dollarabwertung sinkt, weist hingegen auf die anhaltende Nachfrageschwäche bei den Handelspartnern hin. Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich keine Erholung ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug im Juli 6,2%.

Steigende Aktienkurse, Aufwertung des Euro

Die Aktienmärkte haben sich seit ihrem Tiefstand im März 2003 erholt: Der Standard- & Poor's-Aktienindex lag im Juli um 17% über dem Stand vom März, der DAX um 34%. Eine anhaltende Steigerung der Aktienkurse kann die Stimmung von Konsumenten und Investoren verbessern und einen Beitrag zur Belebung von Konsum- und Investitionsnachfrage leisten. Der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro schwankte in den letzten Monaten erheblich. Dem starken Anstieg auf 1,18 \$ je Euro Anfang Juni folgte eine Korrektur nach unten. Im Jahresvergleich ergibt sich dennoch eine deutliche Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro (im Juli um 15%). Die Höherbewertung des Euro belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure, zieht Marktanteilsverluste nach sich und drückt die Investitionsbereitschaft. Andererseits dämpft sie jedoch auch die Preise der Importwaren, vor allem der Rohstoffe. Während die Rohstoffe laut HWWA-Index im Juni auf Dollarbasis um 12% teurer waren als ein Jahr zuvor, kosteten sie auf Eurobasis um 8% weniger. Die Energierechnung verbilligt sich deshalb in Europa (Juni -8% gegenüber dem Vorjahr), obwohl die Preise auf den internationalen Rohölmärkten in den letzten Monaten recht hoch sind (29 \$ je Barrel).

Keine Erholung der heimischen Industriekonjunktur

Die Verunsicherung unter den Unternehmen der Sachgütererzeugung hält an. Besonders in den exportorientierten Bereichen der Grundstoffindustrie und der technischen Verarbeitung trüben sich die Produktionserwartungen seit Jahresende 2002 ein. Das Exportwachstum schwächt sich weiter ab. Unter diesen Bedingungen fehlen Anzeichen für einen kräftigen Investitionsaufschwung.

Die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage in der österreichischen Sachgütererzeugung wird durch das Fehlen konkreter Produktionsdaten seit Anfang 2003 erheblich erschwert. Als wichtigster Indikator dient derzeit der WIFO-Konjunkturtest. Die Ergebnisse für das III. Quartal enttäuschen einmal mehr die Hoffnungen auf einen Konjunkturaufschwung: Das Geschäftsklima verschlechtert sich in der Sachgütererzeugung seit dem IV. Quartal 2002 kontinuierlich, der saisonbereinigte Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen erreichte für die Produktionserwartungen im III. Quartal nur noch +2,1 Prozentpunkte. Die Auftragsbestände wurden – vor allem im Export – wesentlich ungünstiger eingeschätzt als im Vorquartal. Auch bezüglich der Verkaufspreise sind die Unternehmen pessimistischer.

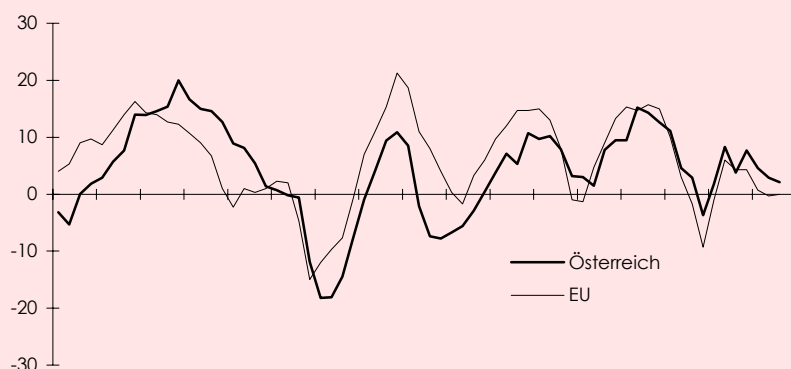
Besonders die Betriebe des Grundstoffsektors erwarten in den nächsten Monaten Produktionseinbußen. Die Unternehmen der technischen Verarbeitung (Maschinenbau, Metall- und Elektronikindustrie) sind besonders exportorientiert. Sie leiden zunehmend unter dem hohen Außenwert des Euro. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind zurückgegangen, die erzielbaren Verkaufspreise sinken.

Relativ günstig ist die Lage in der Kfz-Industrie. Die Zulieferungen zur deutschen Fahrzeugindustrie sind sehr rege, das Geschäftsklima ist optimistisch, und die heimischen Unternehmen erweitern ihre Kapazitäten beträchtlich.

Abbildung 2: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt

Produktionserwartungen in der Industrie



Auftragsbestand in Industrie und Bauhauptgewerbe



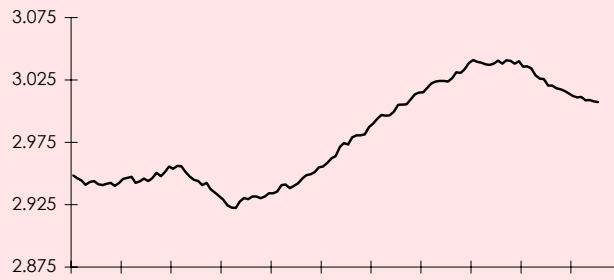
Eine starke Belebung der Investitionstätigkeit zeichnet sich in der Sachgütererzeugung insgesamt allerdings angesichts der ungünstigen Absatzerwartungen nicht ab. Die Kapazitätsauslastung lag im III. Quartal 2003 bei 80,5%. Gemäß dem WIFO-Investitionstest wollen die Unternehmen der Sachgütererzeugung ihre Investitionen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig ausweiten (+1,8%)¹⁾. Die Investitionszurückhaltung spiegelt sich auch in der Außenhandelsstatistik: Die Importe von Maschinen und Fahrzeugen blieben in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres nominell um 4,5% unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Außenhandel leistet insgesamt weiterhin einen positiven Wachstumsbeitrag für das BIP. Allerdings schwächt sich die Exportsteigerung deutlich ab. Die nominelle Warenausfuhr übertraf das Vorjahresergebnis laut Außenhandelsstatistik von Jänner bis April um nur noch 2½%. In die EU wurde um nur 1½% mehr exportiert, obwohl die Nachfrage aus Deutschland überraschend kräftig war (+3½%). Die Lieferungen nach Ost-Mittleuropa entwickelten sich zu Jahresbeginn ungünstig, sie lagen bis April um gut 2% unter dem Niveau des Vorjahres. Hingegen gewinnen Österreichs Exporteure Anteile auf den Märkten Südosteuropas, der Warenexport in diese Region nahm um fast 9% zu. Die Statistik der Warenzahlungen weist von Jänner bis Mai sogar einen Rückgang der Zahlungseingänge für Warenexporte um 2¼% gegenüber dem Vorjahr aus.

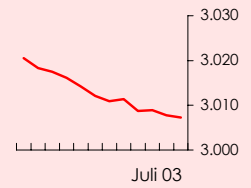
¹⁾ Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "Investitionen 2003 insgesamt schwach. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003", in diesem Heft.

Abbildung 3: Wirtschaftspolitische Eckdaten

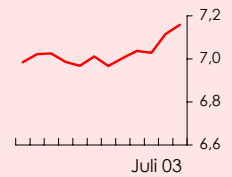
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



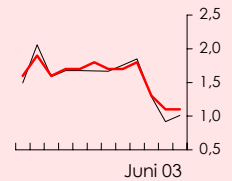
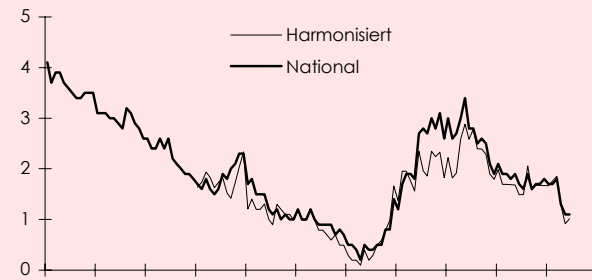
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



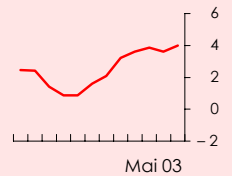
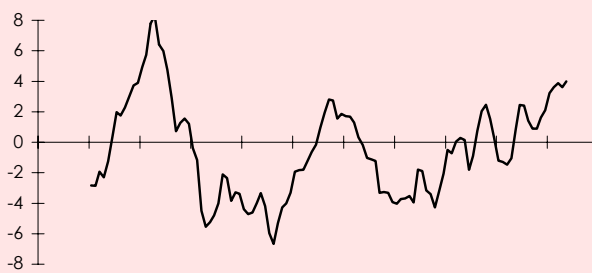
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



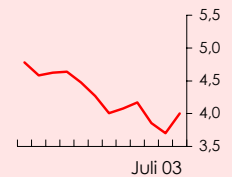
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



¹⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler.

Laut Außenhandelsstatistik entsprach der Warenimport von Jänner bis April dem niedrigen Niveau des Vorjahres (nominell $-0,3\%$). Gemäß der Cash-Bilanz der OeNB ergibt sich allerdings bis einschließlich Mai ein Rückgang der Wareneinfuhren um fast 4% gegenüber dem Vorjahr. Die Schwäche der Importe – besonders von Investitionsgütern – belegt den Mangel an Inlandsnachfrage.

Die Leistungsbilanz weist auf Basis von Cash-Daten von Jänner bis Mai einen Überschuss von 1,8 Mrd. € auf, um gut 1 Mrd. € mehr als im Vorjahr. Die Verbesserung ist etwa zu gleichen Teilen auf die Verringerung der Defizite im Außenhandel mit Waren und in der Transferbilanz zurückzuführen. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz war etwas niedriger als im Vorjahr. Zu Beginn der Sommersaison übertrafen die Umsätze und Nächtigungen im heimischen Tourismus das Niveau des Vorjahres leicht.

Die Analyse der Binnenkonjunktur wird derzeit durch Datenprobleme wesentlich erschwert. Für den Handel liegen bislang keine Umsatzdaten für das laufende Jahr vor. Die Konjunkturbeurteilung muss sich deshalb auf Umfragedaten stützen. KMU Forschung Austria erwartet für das 1. Halbjahr eine Stagnation der realen Einzelhandelsumsätze auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Beschäftigten war im Handel insgesamt im 1. Halbjahr um 4.000 niedriger als im Vorjahr ($-0,8\%$). Das Konsumentenvertrauen geht seit Jahresbeginn markant zurück: War der Saldo aus positiven und negativen Meldungen zu Jahresbeginn noch bei $+2$ Prozentpunkten gelegen, so verschlechterte er sich bis Juli auf -7 . Die befragten Haushalte planen größere Anschaffungen mit verstärkter Zurückhaltung.

Die Bauwirtschaft erholt sich seit Jahresbeginn merklich. Zwar stehen keine aktuellen Produktionsdaten zur Verfügung, im WIFO-Konjunkturtest beurteilen die Bauunternehmen ihre derzeitige Produktionstätigkeit aber deutlich günstiger. Während der Tiefbau schon seit Mitte 2002 von einer Ausweitung der Aufträge für den Ausbau der Schienen- und Straßeninfrastruktur profitiert, hat sich der Hochbau erst in jüngster Zeit belebt. Die Nachfrage erholt sich im Wohnungsneubau allmählich aus dem mehrjährigen Tief, der Bürobau bleibt rege. Die Zunahme der Produktion hat allerdings noch keine positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt: Die Beschäftigung lag in der Bauwirtschaft im 1. Halbjahr um $1,5\%$ unter dem Niveau des Vorjahres, im Juni um 1% (-2.700 Beschäftigte).

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex betrug im Juni nur $1,1\%$ (HVPI $+1,0\%$). Rückläufig sind die Preise in der Kategorie Verkehr (Flugreisen und Treibstoffe) und die Telefonkosten. Private Dienstleistungen verteuern sich weiterhin überdurchschnittlich. Die Preise industriell-gewerblicher Waren und der Wohnungsaufwand steigen verhalten. Im 1. Halbjahr ergab sich eine durchschnittliche Inflationsrate von $1,5\%$. Die Tariflöhne erhöhten sich im 1. Halbjahr um $2,2\%$. Die Realeinkommenszuwächse der unselbständig Beschäftigten bleiben gering.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturflaute zeigt sich nach wie vor keine Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (d. h. ohne Präsenzdienst sowie Bezug von Karenz- und Kinderbetreuungsgeld) war im Juli um 7.700 höher als im Vorjahr. Die Stagnation der Sachgüterproduktion bewirkt deutliche Einbußen an Arbeitsplätzen: Im 1. Halbjahr lag die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie um 13.000 ($-2\frac{1}{4}\%$) unter dem Vorjahresniveau. Trotz steigender Produktion verliert auch die Bauwirtschaft Arbeitsplätze. Während die Zahl der Vollzeitstellen markant sinkt, wird jene der Teilzeitarbeitsplätze ausgeweitet. Im Dienstleistungssektor nimmt die Beschäftigung zu. Dies gilt vor allem für den Tourismus, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie das Unterrichts- und Gesundheitswesen. Die öffentliche Verwaltung weist vor allem deshalb eine Zunahme der Beschäftigung aus, weil ein Teil der Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen in diesem Sektor als beschäftigt gezählt wird. Hingegen sinkt die Zahl der Arbeitsplätze im Handel, im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung.

Überschuss in der Leistungsbilanz steigt

Merkliche Eintrübung des Konsumentenvertrauens

Aufschwung in der Bauwirtschaft

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt seit Jahresbeginn eine merkliche Erholung von Produktion und Auftragslage in der Bauwirtschaft. Während der Tiefbau von der Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen profitiert, zeigt sich im Wohnungsbau eine Trendwende zu steigender Nachfrage.

Stabile Preise

Keine Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahl der Arbeitslosen überstieg das Niveau des Vorjahres im Juli mit 200.000 um 8.300. Daraus ergibt sich eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,5% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die Statistik bezieht jene Arbeitssuchenden nicht mit ein, die an Schulungsmaßnahmen teilnehmen – zuletzt um etwa 5.000 mehr als im Vorjahr. Auf eine offene Stelle kamen im Juli neun Arbeitslose.

Markus Marterbauer

Persistent Cyclical Slump

The Austrian economy continues to suffer from sluggish demand. Export growth is declining and industrial enterprises tend to remain pessimistic about their business opportunities. Consumer demand is unlikely to stimulate the economy. The construction industry, however, is on the upswing.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Business Cycle Report. • Cut-off date: 4 August 2003 • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Current economic indicators do not yet signal an economic upswing. According to the results of WIFO's third-quarter Business Survey, the mood in goods production has been deteriorating further since the end of 2002. Enterprises are expecting only slight production increases in the coming months (the seasonally corrected balance of optimistic and pessimistic reports dropped to +2.1 percentage points). Enterprises of the commodities sector and the processing industry are clearly more pessimistic than in the recent past. They are reporting a substantial downturn of export orders and declining prices. The only sector to voice some optimism is the automotive industry.

This general picture is being corroborated by the low level of capacity utilisation, which stood at 80.5 percent in the third quarter, i.e., unchanged from the four quarters before. Together with moderate sales expectations, this is likely to dampen investment activities. WIFO's investment survey of the early summer of 2003 shows that industrial enterprises tend to keep their investment plans on the back burner (+1.8 percent compared with the year before).

Export growth is sagging. According to the foreign trade statistics, exports of manufactured goods exceeded the previous year's level by no more than 2½ percent; statistics of payments received for manufactured goods even show a decline by 2¼ percent between January and May. Exports to the EU internal market and to Austria's trading partners in Central and Eastern Europe are developing sluggishly, the latter even remaining below the previous year's result. Exports to the promising markets of South-Eastern Europe are doing better. The growing strength of the euro against the dollar (+13 percent in July compared with the year before) may well turn out to be a source of increasing problems for Austrian exporters.

The low level of exports to Western Europe confirms the persistent stagnation of the EU economy. No indicators of an economic upturn are yet to be detected. The business climate in the good-producing industry, as reported by the European Commission, deteriorated further in July. Consumers are in a more favourable mood. In Germany and France, above all, consumer confidence has increased in recent months, presumably as a result of stable prices and the anticipation of tax relief. It remains to be seen, though, if the more optimistic mood among consumers will translate into higher consumer demand.

In Austria, consumer confidence has been declining throughout the year, with the consumer confidence indicator down by 9 percentage points since the beginning of the year. Surveys among retail enterprises point to a stagnation of sales in real terms at the previous year's level; employment in distribution is decreasing noticeably. The situation may be somewhat more favourable in car retail sector, with the number of new car registrations up by 4½ percent in the first half of the year over the year before.

The construction industry is on the upswing. The results of the WIFO Business Survey confirm the continuous improvement of production output in civil engineering since the summer of 2002, mainly as a result of more orders being placed in the rail and road sectors. An end to the multi-annual slump in new housing construction appears to be in sight: the number of building permits is increasing and building construction enterprises are much more optimistic than in the past.

Consumer prices have been largely stable. In June the rate of inflation was down to 1.1 percent. Lower import prices, the moderate rise of unit wage costs and the general sluggishness of demand are the main factors accounting for this development.

Against the background of a sagging economy, the employment market is not showing any signs of recovery. Employment in the goods producing sector is going down sharply, while the service sectors are offering additional jobs. In July 2003, the number of unemployed totalled 200,000, i.e., up by 8,300 from the year before. The number of persons undergoing training measures had increased by 5,000. The seasonally adjusted unemployment rate stood at 7.2 percent of persons in employment or 4½ percent of the working population according to Eurostat.

**Gudrun Biffi
Julia Bock-
Schappelwein**

■ Institutionelle Rahmenbedingungen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der EU

Der Wandel der Arbeitsmärkte, insbesondere die Zunahme alternativer Beschäftigungsformen, und die vermehrte Beschäftigung in Niedriglohnbereichen sowie im informellen Sektor höhlen die Einnahmenbasis des Staates aus. Zugleich ziehen die Alterung der Gesellschaft und die zunehmende Verarmung bestimmter Gruppen Ausgabensteigerungen im Sozialbereich nach sich. Um eine adäquate soziale Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und gleichzeitig die Integration in den Arbeitsmarkt anzuheben, ist die EU um eine Effizienzsteigerung der Sozial- und Arbeitsmarktsysteme bemüht. Dem Zusammenspiel zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Die Studie analysiert die Schnittstellen zwischen dem Arbeitsmarkt und der Sozialpolitik, deren Wechselbeziehungen und unterschiedliche Motivationsmuster in den verschiedenen Wohlfahrtsmodellen. Anhand einer Vielzahl von Arbeitsmarktindikatoren wird die Rolle des Wohlfahrts- und Steuersystems im Prozess der sozioökonomischen Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen deutlich gemacht.

- **Überblick über europäische Wohlfahrtsysteme**
- **Die Einnahmen aus dem Sozialschutz in der EU**
- **Die Ausgaben für Sozialschutz in der EU**
- **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU**
- **Die demographische Entwicklung in der EU**
- **Erwerbslosenhaushalte und Haushalte mit niedrigem Einkommen**
- **Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der EU**

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft "Erweiterter Arbeitsmarkt – Integration durch Arbeit" • Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit • Juni 2003 • 87 Seiten • 30 €

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24099

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cgi-bin/tabellen/tabhome.cgi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 4: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 5: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 6: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 7: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 8: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 9: Cash-Prinzip
- Übersicht 10: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 11: Übernachtungen
- Übersicht 12: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 13: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 14: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 15: Warenexporte
- Übersicht 16: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 17: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 18: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 19: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 20: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 21: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 22: Produktion
- Übersicht 23: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 24: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 25: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 26: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 27: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 28: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 29: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

Preise und Löhne

- Übersicht 30: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 31: Tariflöhne
- Übersicht 32: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 33: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 34: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 36: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 37: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 38: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 39: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 40: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 41: Tourismus
- Übersicht 42: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 44: Arbeitsmarkt

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	II. Qu.	2002	2003	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt												
OECD insgesamt	6,3	6,5	6,9	6,9	7,0	7,0	7,1	7,0	7,0	7,1	7,1	7,2	
USA	4,0	4,8	5,8	5,9	5,8	5,9	5,8	6,0	5,7	5,8	5,8	6,0	6,1
Japan	4,7	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,5	5,5	5,3	5,4	5,4	5,4	
Kanada	6,8	7,2	7,6	7,6	7,6	7,6	7,4	7,5	7,4	7,4	7,3	7,5	7,8
EU	7,8	7,4	7,7	7,6	7,7	7,8	7,9	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0	8,1
Euro-Raum	8,5	8,0	8,4	8,3	8,4	8,5	8,7	8,6	8,7	8,7	8,8	8,8	8,8
Deutschland	7,8	7,8	8,6	8,5	8,6	8,8	9,2	8,9	9,0	9,2	9,3	9,4	9,4
Frankreich	9,3	8,5	8,7	8,7	8,8	8,9	9,0	8,9	9,0	9,0	9,1	9,1	9,1
Italien	10,4	9,4	9,0	9,0	9,0	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,8	8,7	
Spanien	11,3	10,6	11,3	11,3	11,4	11,5	11,4	11,5	11,4	11,4	11,4	11,4	11,3
Niederlande	2,8	2,4	2,8	2,7	2,8	3,1	3,6	3,2	3,4	3,6	3,8	3,9	
Belgien	6,9	6,7	7,3	7,3	7,3	7,5	7,8	7,6	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9
Österreich	3,7	3,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3
Portugal	4,1	4,1	5,1	4,7	5,2	6,1	6,8	6,3	6,6	6,8	7,0	7,3	7,5
Finnland	9,7	9,1	9,1	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
Griechenland	11,0	10,4	9,9	9,9	9,9	9,6							
Irland	4,3	3,9	4,4	4,3	4,4	4,4	4,5	4,4	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6
Luxemburg	2,3	2,1	2,8	2,7	2,9	3,1	3,3	3,2	3,3	3,3	3,4	3,5	3,6
Großbritannien	5,4	5,0	5,1	5,1	5,2	5,0	5,0	4,9	5,0	5,1	5,0		
Schweden	5,6	4,9	4,9	4,8	4,9	5,1	5,3	5,1	5,4	5,2	5,3	5,4	5,4
Dänemark	4,4	4,3	4,5	4,4	4,6	4,7	5,0	4,8	4,9	5,0	5,1	5,0	5,2
Schweiz ¹⁾	1,8	1,7	2,5	2,4	2,7	3,0	3,2	3,0	3,1	3,2	3,4	3,6	3,7
Norwegen	3,4	3,6	3,9	3,8	3,8	4,1	4,2	4,1	4,2	4,1	4,3	4,5	
Polen	16,4	18,5	19,9	19,8	20,0	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,1
Ungarn	6,3	5,6	5,6	5,5	5,6	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,9	5,9
Tschechien	8,7	8,0	7,3	7,3	7,2	7,2	7,1	7,2	7,1	7,1	7,1	7,0	7,0
Slowakei	18,7	19,4	18,6	18,9	18,4	18,1	17,3	17,9	17,6	17,3	17,0	16,8	16,6

Q: Eurostat, OECD. – 1) Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2000	2001	2002	2002			2003		2002			2003		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Verbraucherpreisindex														
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	
Japan	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	
Kanada	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,9	
EU	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	
Harmonisierter VPI														
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9	
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	
Frankreich	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,8	
Italien	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	
Spanien	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,7	
Niederlande	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,7	
Belgien	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,9	
Österreich	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	
Portugal	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,7	
Finnland	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,1	
Griechenland	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,5	
Irland	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,9	
Luxemburg	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,3	
Großbritannien	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	
Schweden	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0	
Dänemark	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,1	
Schweiz	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	
Norwegen	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 1,9	+ 3,8	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,8	
Polen	+ 10,1	+ 5,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	
Ungarn	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 5,5	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,9	+ 3,6	
Tschechien	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	
Slowakei	+ 12,0	+ 7,3	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 7,6	+ 3,2	+ 7,3	+ 7,6	+ 7,9	+ 7,7	+ 7,6	

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Dreimonatsszinssatz

	2000	2001	2002	2002		2003		2003						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	
	In %													
USA	6,5	3,7	1,7	1,8	1,5	1,3	.	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	.	
Japan	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	
Kanada	5,8	4,0	2,6	2,9	2,8	3,0	.	2,9	2,9	3,2	3,3	3,3	.	
Euro-Raum	4,4	4,3	3,3	3,4	3,1	2,7	.	2,8	2,7	2,5	2,5	2,4	.	
Großbritannien	6,1	5,0	4,0	3,9	3,9	3,7	.	3,9	3,7	3,6	3,6	3,6	.	
Schweden	4,0	3,7	4,1	4,2	3,9	3,6	3,1	3,7	3,6	3,4	3,4	3,2	2,8	
Dänemark	4,9	4,6	3,5	3,5	3,2	2,8	.	3,0	2,8	2,6	2,6	2,5	.	
Schweiz	3,0	2,8	1,0	0,7	0,6	0,4	.	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2	.	
Norwegen	6,7	7,2	6,9	7,2	6,9	5,7	.	6,0	5,7	5,5	5,3	4,9	.	
Polen	16,6	13,8	6,4	5,3	4,4	3,9	.	6,1	0,0	5,7	5,7	0,0	.	
Ungarn	11,0	10,8	8,9	9,4	8,9	6,4	.	7,6	5,3	6,3	6,4	.	.	
Tschechien	5,4	5,2	3,5	3,1	2,7	2,5	2,4	2,7	2,5	2,4	2,5	2,5	2,3	

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 4: Sekundärmarktrendite

	2000	2001	2002	2002		2003		2003						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	
	In %													
USA	6,1	5,6	5,3	5,0	4,9	4,7	.	4,8	4,6	4,7	4,7	4,2	.	
Japan	1,7	1,3	1,3	1,2	1,0	0,8	.	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	.	
Kanada	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1	5,0	4,6	5,0	4,9	5,1	4,9	4,5	4,4	
Euro-Raum	5,4	5,0	4,9	4,8	4,5	4,2	.	4,3	4,1	4,1	4,2	3,9	.	
Deutschland	5,3	4,8	4,8	4,6	4,4	4,0	3,9	4,2	4,0	4,0	4,2	3,8	3,6	
Frankreich	5,9	5,4	5,3	5,1	4,9	4,4	.	4,4	4,3	4,6	4,5	3,9	.	
Italien	5,6	5,2	5,0	4,9	4,7	4,2	.	4,4	4,2	4,2	4,3	4,0	.	
Spanien	5,4	4,9	4,6	4,5	4,1	3,5	3,3	3,7	3,5	3,5	3,7	3,3	3,0	
Niederlande	5,4	4,9	4,9	4,7	4,5	4,1	.	4,2	4,0	4,0	4,2	3,9	.	
Belgien	5,6	5,1	4,9	4,7	4,5	4,1	4,0	4,2	4,0	4,1	4,3	4,0	3,7	
Österreich	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,3	4,0	4,1	4,2	3,9	3,7	
Portugal	5,6	5,2	5,0	4,9	4,6	.	.	4,3	
Finnland	5,5	5,0	5,0	4,8	4,6	4,1	.	4,3	4,1	4,1	4,2	.	.	
Irland	5,5	5,0	5,0	4,8	4,6	4,1	.	4,2	4,0	4,1	4,2	.	.	
Luxemburg	5,5	4,9	4,7	4,6	4,1	3,6	.	3,6	3,5	3,5	.	.	.	
Großbritannien	5,3	4,9	4,9	4,7	4,6	4,3	.	4,4	4,3	4,3	4,5	4,2	.	
Schweden	5,4	5,1	5,3	5,2	5,0	4,6	4,4	4,7	4,5	4,6	4,7	4,4	4,1	
Dänemark	5,7	5,1	5,1	4,9	4,7	4,3	.	4,4	4,2	4,3	4,4	4,1	.	
Schweiz	3,9	3,4	3,2	3,1	2,7	2,4	.	2,4	2,4	2,5	2,7	2,4	.	
Norwegen	6,2	6,2	6,4	6,3	6,1	5,4	.	5,7	5,3	5,3	5,3	5,0	.	

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 5: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2000	2001	2002	2002		2003		Februar	März	2003			Juli
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	
Dollar	0,92	0,90	0,94	0,98	1,00	1,07	1,14	1,08	1,08	1,08	1,16	1,17	1,14
Yen	99,53	108,73	118,07	117,27	122,47	127,63	134,67	128,60	128,16	130,12	135,83	138,05	134,99
Schweizer Franken	1,56	1,51	1,47	1,46	1,47	1,47	1,52	1,47	1,47	1,50	1,52	1,54	1,55

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,0	.
Industriewaren	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 4,1	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,9	.	.
Real	- 3,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,6	.	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,0	.	.
Industriewaren	- 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 3,5	.	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,1	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauningner@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 6: HWWA-Index

	2000	2001	2002	2002		2003		Jänner	Februar	2003			Juni
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	
Auf Dollarbasis	+ 31,5	- 10,9	+ 1,2	+ 4,5	+ 25,8	+ 34,4	+ 6,7	+ 40,2	+ 44,0	+ 20,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 12,1
Auf Euro-Basis	+ 51,8	- 8,5	- 4,2	- 5,4	+ 12,7	+ 9,7	- 13,7	+ 16,6	+ 16,2	- 2,1	- 15,7	- 16,9	- 8,2
Ohne Energierohstoffe	+ 18,3	- 6,4	- 4,9	- 5,9	+ 0,8	- 6,2	- 8,4	- 3,7	- 5,8	- 8,8	- 8,2	- 9,1	- 7,9
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,4	- 5,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 8,2	- 4,1	- 9,5	- 1,1	- 1,9	- 9,2	- 7,9	- 9,6	- 11,3
Industrierohstoffe	+ 24,4	- 6,7	- 7,6	- 8,8	- 2,1	- 6,9	- 8,1	- 4,6	- 7,3	- 8,6	- 8,5	- 9,0	- 6,8
Energierohstoffe	+ 73,9	- 9,4	- 3,8	- 5,1	+ 19,1	+ 17,8	- 16,1	+ 27,6	+ 28,1	+ 1,0	- 19,0	- 20,2	- 8,3
Rohöl	+ 79,5	- 10,9	- 3,8	- 4,5	+ 21,1	+ 20,1	- 16,1	+ 30,2	+ 31,4	+ 2,3	- 18,9	- 20,3	- 8,3

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

Übersicht 7: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2001	2002		2003		2003
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real													
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	+ 7,7	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,9	- 2,1	- 3,0	+ 0,2	- 0,7
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,8	- 3,4	- 1,2	+ 1,9	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,3	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 12,9	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 4,4	+ 2,8
Bauwesen	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	- 5,9	- 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 1,6	+ 0,6
Handel ²⁾	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	- 1,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	- 0,0	+ 0,5	+ 4,9	+ 5,4	+ 0,4	+ 3,1	- 2,4	- 3,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 1,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 3,1	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 4,6	- 1,5	+ 1,0	+ 3,8	+ 0,1	- 6,6	- 6,5	- 5,2	- 3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,8	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,1	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0
<i>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</i>													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 5,0	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	- 4,8	.	.	+ 7,4	- 0,2	- 5,2	- 4,8	- 8,7	- 2,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,5
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,5	- 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,7
Private Haushalte	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,4
Staat	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,9	- 0,2
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 5,6	+ 0,2	+ 1,6	- 7,3	- 6,5	- 4,1	- 2,5	- 9,6	- 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 0,8	+ 1,8	- 4,5	- 6,7	- 5,1	- 2,0	- 4,9	- 0,5
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 6,2	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 9,4	- 0,0	+ 2,0	- 7,7	- 7,9	- 13,3	- 5,1	- 10,5	- 1,4
Bauten	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 2,1	- 5,4	+ 2,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,5
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 1,1	+ 0,6	+ 1,3	- 1,0	- 1,5	- 0,8	- 0,3	- 1,8	+ 0,7
Exporte	+ 8,1	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,5	+ 4,4	+ 2,4	+ 6,6	+ 3,0	- 0,7	- 2,2
Importe	+ 5,7	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	- 1,3	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,3	- 1,3	+ 2,9	- 0,2	- 6,1	- 2,2
Außenbeitrag ⁸⁾	+ 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,9	- 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO. 2003 und 2004: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 8: Einkommen und Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004			
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
<i>Nominell</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,3	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,9	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,1	- 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,8	
Abschreibungen	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,8	
Nettonationaleinkommen	+ 4,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,6	+ 2,5	- 0,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,2	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	- 0,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,0	
<i>Real</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,2	.	.	- 0,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,0	+ 0,8	
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7	.	.	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
Nettonationaleinkommen	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,1	.	.	- 0,7	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,6	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	+ 1,7	.	.	- 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,4	
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>														
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 0,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,9	
BIP real je Einwohner	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,4	
<i>BIP nominell</i>	Mrd. €	190,63	197,15	207,04	211,86	216,60	221,50	227,42	54,39	52,11	53,70	55,01	55,77	53,38

Q: Statistik Austria, WIFO. Zu Marktpreisen; 2003 und 2004 Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at**Zahlungsbilanz****Übersicht 9: Cash-Prinzip**

	2000	2001	2002	2002		2003	2002	2003				2003	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	+ 0,33	- 1,57	+ 1,58	+ 0,93	+ 1,13	- 0,09	+ 0,53	+ 0,49	+ 0,45	+ 0,38
Warenzahlungen	- 7,09	- 6,24	- 2,40	- 0,25	- 1,13	+ 0,51	- 1,05	- 0,12	- 0,55	- 0,22	- 0,28	- 0,11	+ 0,01
Dienstleistungen	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	+ 0,79	- 0,00	+ 1,35	+ 2,85	+ 0,72	+ 1,14	+ 0,90	+ 0,80	+ 0,51	+ 0,28
Einkommen	- 0,97	- 1,28	- 0,80	+ 0,36	- 0,23	- 0,25	- 0,67	+ 0,23	- 0,81	+ 0,02	+ 0,12	+ 0,10	+ 0,27
Laufende Transfers	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,57	- 0,21	- 0,03	- 0,20	+ 0,30	+ 0,13	- 0,17	- 0,15	- 0,05	- 0,17
Vermögensübertragungen	- 0,26	- 0,54	- 0,58	+ 0,11	- 0,18	- 0,29	- 0,07	- 0,22	- 0,01	- 0,01	- 0,05	- 0,04	+ 0,00
Kapitalbilanz	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	- 0,25	+ 1,49	- 1,16	- 1,02	- 2,01	+ 1,04	- 1,76	- 0,30	+ 0,14	- 1,02
Statistische Differenz	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	- 0,19	+ 0,26	- 0,13	+ 0,17	+ 1,10	- 0,93	+ 1,25	- 0,15	- 0,55	+ 0,64

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at**Übersicht 10: Accrual-Prinzip**

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 4,11	+ 0,95	- 2,14	- 1,48	- 0,73	+ 1,78	- 0,29	- 1,37	+ 0,83	+ 1,45
Güter	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,75	- 0,52	- 0,09	+ 0,12	+ 0,60	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,39	+ 0,61
Dienstleistungen	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,05	+ 1,07	- 0,13	- 0,33	+ 0,23	+ 2,24	- 0,24	- 1,07	+ 0,14	+ 1,88
Einkommen	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,40	- 2,13	- 0,92	- 0,76	- 0,81	- 0,58	- 0,50	- 0,46	- 0,60	- 0,79
Laufende Transfers	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,74	- 0,57	- 0,31	- 0,26	- 0,48	- 0,62	- 0,53	- 0,10	- 0,25
Vermögensübertragung	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,58	- 0,07	- 0,18	- 0,28	- 0,04	+ 0,01	- 0,28	- 0,27	- 0,07
Kapitalbilanz	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,60	- 4,62	+ 1,13	+ 2,62	+ 1,47	- 4,80	- 0,38	+ 1,66	- 1,11	- 1,12
Direktinvestitionen im Ausland	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 6,00	- 0,66	- 1,74	- 0,47	- 2,24	- 1,07	- 1,88	- 0,81	- 1,59
Direktinvestitionen in Österreich	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,57	+ 1,61	+ 1,51	+ 2,39	+ 1,56	+ 0,67	- 0,30	+ 0,68	+ 0,56	+ 1,20
Portfolioinvestitionen	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 6,72	- 5,16	- 3,12	+ 2,77	+ 6,00	- 0,41	- 1,00	- 2,12	- 1,64	+ 0,71
Sonstige Investitionen	+ 0,74	+ 7,92	- 2,49	- 7,19	+ 3,53	+ 2,55	+ 0,05	- 5,20	- 3,59	+ 1,93	+ 4,80	+ 0,39	- 1,41
Offizielle Währungsreserven	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,82	- 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88
Statistische Differenz	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,11	+ 4,26	+ 1,09	- 0,96	- 0,46	+ 3,06	+ 0,67	- 0,02	+ 0,55	- 0,25

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at**Tourismus****Übersicht 11: Übernachtungen**

	2000	2001	2002	2002		2003	2002	2003				2003	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
In allen Unterkunftsarten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 0,7	+ 2,9	- 2,8	+ 3,7	+ 1,0	- 4,6	- 4,6	+ 28,5	- 9,1
Inländer	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 2,9	- 1,5	- 2,2	- 1,9	+ 0,1	+ 1,1	+ 4,2	- 12,3	+ 12,5	+ 1,3
Ausländer	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	- 6,6	+ 1,5	+ 5,0	- 3,1	+ 4,5	+ 0,9	- 7,1	- 2,6	+ 36,5	- 15,0
Aus Deutschland	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	- 9,6	+ 1,4	+ 1,4	- 7,0	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	- 8,8	+ 50,9	- 20,6
Aus den Niederlanden	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 14,9	+ 7,2	+ 16,7	+ 1,1	+ 16,9	- 0,4	- 9,1	+ 29,1	+ 32,1	- 1,3
Aus Italien	- 5,3	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,8	+ 3,9	- 4,3	- 5,1	- 8,6	+ 5,2	- 1,2	- 16,7	- 4,0	+ 19,8
Aus der Schweiz	+ 3,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 0,6	+ 4,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 9,4	+ 10,7	- 0,6	+ 5,1	+ 27,9	- 3,5
Aus Großbritannien	+ 10,2	- 0,9	+ 6,6	- 5,8	+ 1,4	+ 14,9	+ 2,7	+ 19,5	+ 9,9	+ 14,5	- 18,0	+ 32,4	- 4,3
Aus den USA	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 28,7	- 17,9	+ 23,7	+ 1,4	+ 21,7	+ 5,4	+ 1,2	- 1,6	- 7,4	- 24,6
Aus Japan	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 16,0	- 14,1	+ 32,9	+ 17,4	+ 25,0	+ 18,0	+ 25,8	+ 10,8	- 30,0	- 43,8

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 12: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1998	1999	2000	2001	2002	2001			2002			2003	
						II. Qu.	III. Qu. Mio. €	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Exporte	11.357	11.771	12.361	13.397	14.045	2.786	3.571	2.752	4.652	2.835	3.776	2.782	4.582
Einnahmen i. e. S.	10.058	10.354	10.752	11.453	12.025	2.333	3.006	2.350	4.153	2.381	3.157	2.334	4.042
Personentransport	1.299	1.417	1.608	1.944	2.020	453	565	402	499	454	619	448	541
Importe	9.286	9.366	10.048	10.961	10.825	2.860	3.450	2.569	2.174	2.803	3.398	2.451	2.130
Ausgaben i. e. S.	8.556	8.623	9.215	10.032	9.947	2.615	3.200	2.373	1.979	2.578	3.140	2.251	1.958
Personentransport	730	743	833	929	878	245	250	196	195	225	258	200	172
Saldo	2.071	2.405	2.313	2.436	3.220	- 74	121	183	2.478	32	378	331	2.452
Ohne Personentransport	1.502	1.730	1.537	1.421	2.078	- 282	- 194	- 23	2.174	- 197	17	83	2.084

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001	2002
	Mio. €		
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093
<i>Gesamtwirtschaftliches Angebot</i>			
Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (BIP laut TSA)	204.842	211.857	216.730

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search_get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mio. €			Anteile am BIP laut TSA in %		
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,8	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,3	6,4	6,5
	Mio. €			Beitrag zum BIP in %		
<i>TSA-Erweiterungen</i>						
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,4	8,4	8,4
Direkte und indirekte Wertschöpfung von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,5	17,9	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 15: Warenexporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2002	2003					
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %						April	März	Februar	Jänner	Dezember
		April ¹⁾		April ¹⁾				April ¹⁾							
Insgesamt	77,4	26,2	100,0	100,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 2,4	+ 6,6	+ 4,1	+ 3,0	+ 4,4	- 1,5		
Intra-EU	46,5	15,9	60,1	60,6	+ 12,5	+ 6,1	+ 3,0	+ 1,4	+ 5,8	+ 1,4	- 0,7	+ 4,7	- 0,1		
Deutschland	24,8	8,5	32,0	32,7	+ 10,4	+ 3,9	+ 2,6	+ 3,5	+ 6,1	+ 2,2	+ 3,5	+ 6,5	+ 1,7		
Italien	6,5	2,3	8,5	8,8	+ 19,4	+ 4,6	+ 3,5	+ 4,8	+ 11,6	+ 10,9	+ 6,4	+ 4,2	- 1,4		
Extra-EU	30,9	10,3	39,9	39,4	+ 21,0	+ 7,3	+ 6,1	+ 4,1	+ 7,6	+ 8,7	+ 8,9	+ 3,8	- 3,7		
Ost-Mitteuropa	8,0	2,6	10,3	9,8	+ 16,8	+ 3,9	+ 4,2	- 2,2	+ 3,4	- 3,1	- 4,8	+ 3,5	- 4,5		
Ungarn	3,3	1,0	4,3	3,9	+ 16,9	- 4,3	+ 0,6	- 12,2	- 3,9	- 10,8	- 17,0	- 8,7	- 12,2		
Tschechien	2,2	0,8	2,9	2,9	+ 17,7	+ 7,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 9,4	+ 9,0	+ 1,8	+ 13,9	- 1,2		
Südosteuropa	4,1	1,4	5,3	5,4	+ 19,5	+ 18,3	+ 14,7	+ 8,8	+ 9,7	+ 6,1	+ 16,9	+ 8,0	+ 5,0		
Frühere UdSSR	1,6	0,6	2,1	2,2	+ 43,3	+ 36,4	+ 3,6	+ 18,3	- 17,8	+ 17,8	+ 18,8	+ 23,0	+ 14,3		
NAFTA	4,7	1,5	6,1	5,9	+ 27,3	+ 12,0	+ 0,6	- 1,3	+ 5,3	+ 9,8	+ 1,2	- 7,4	- 7,0		
USA	4,0	1,3	5,2	5,0	+ 27,2	+ 12,4	+ 2,0	- 3,5	+ 3,8	+ 7,9	- 0,9	- 10,8	- 8,2		
Japan	0,9	0,3	1,2	1,0	+ 25,1	- 0,6	+ 0,4	- 4,1	+ 10,9	- 9,4	- 3,8	- 14,0	+ 12,5		
OPEC	1,1	0,4	1,4	1,4	+ 0,2	+ 40,2	- 12,1	- 3,3	+ 6,4	- 22,9	- 1,0	- 5,6	+ 16,5		
NOPEC	4,2	1,1	5,4	4,4	+ 26,1	+ 14,1	+ 8,3	- 5,4	+ 1,7	- 4,6	+ 14,5	- 17,8	- 9,4		
Agrarwaren	4,1	1,4	5,3	5,4	+ 10,3	+ 15,6	+ 7,5	+ 8,1	+ 15,6	+ 10,4	+ 10,2	+ 6,4	+ 5,7		
Roh- und Brennstoffe	4,4	1,5	5,6	5,7	+ 18,2	+ 16,1	+ 13,3	+ 0,3	+ 6,6	+ 2,6	- 1,4	- 0,7	+ 0,7		
Industriewaren	68,9	23,2	89,1	88,9	+ 15,8	+ 5,6	+ 3,5	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,9	+ 2,9	+ 4,6	- 2,1		
Chemische Erzeugnisse	7,9	2,7	10,2	10,2	+ 13,6	+ 10,1	+ 12,0	+ 1,8	+ 13,4	+ 16,8	- 4,6	+ 0,5	- 4,3		
Bearbeitete Waren	17,3	6,0	22,4	23,0	+ 13,3	+ 5,0	+ 0,7	+ 4,1	+ 5,3	+ 3,8	+ 2,9	+ 5,8	+ 3,8		
Maschinen, Fahrzeuge	33,1	11,0	42,7	41,9	+ 17,8	+ 5,0	+ 2,9	+ 1,6	+ 7,9	+ 3,2	+ 5,1	+ 3,8	- 4,9		
Konsumnahe Fertigwaren	10,1	3,4	13,0	12,8	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 3,0	- 4,4	- 3,1	+ 1,7	+ 9,1	+ 4,0		

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 16: Warenimporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2002	2003			
		April ¹⁾		April ¹⁾				April ¹⁾	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	77,1	25,9	100,0	100,0	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	- 0,3	+ 0,8	- 0,3	+ 2,3	+ 3,1	- 5,9
Intra-EU	50,7	16,9	65,7	65,2	+ 10,3	+ 3,8	- 1,5	- 0,8	- 0,8	- 1,1	+ 1,7	+ 2,2	- 5,8
Deutschland	31,1	10,3	40,3	39,7	+ 11,5	+ 4,5	- 2,6	- 1,4	- 2,7	- 1,1	+ 1,6	- 2,7	- 3,3
Italien	5,5	1,9	7,2	7,3	+ 8,0	+ 5,4	- 1,7	+ 1,2	+ 14,7	+ 2,1	+ 2,8	+ 4,0	- 3,8
Extra-EU	26,4	9,0	34,3	34,8	+ 24,4	+ 7,4	- 3,0	+ 0,8	+ 4,0	+ 1,3	+ 3,5	+ 4,8	- 6,1
Ost-Mitteuropa	6,9	2,5	9,0	9,5	+ 22,6	+ 8,4	+ 0,9	+ 11,8	+ 11,1	+ 7,6	+ 9,6	+ 17,8	+ 11,7
Ungarn	2,6	0,9	3,3	3,3	+ 19,7	+ 3,2	- 4,9	+ 5,5	+ 0,8	+ 3,6	- 0,8	+ 18,1	+ 2,0
Tschechien	2,2	0,9	2,9	3,3	+ 18,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 21,4	+ 13,0	+ 15,8	+ 20,3	+ 23,1	+ 25,4
Südosteuropa	1,9	0,7	2,5	2,5	+ 22,7	+ 15,6	+ 9,8	+ 12,0	+ 19,1	+ 7,7	+ 21,1	+ 14,6	+ 6,0
Frühere UdSSR	1,8	0,7	2,4	2,7	+ 71,4	- 10,3	+ 0,3	+ 13,0	+ 20,0	+ 19,8	- 9,4	+ 40,0	+ 7,8
NAFTA	4,2	1,2	5,4	4,6	+ 21,5	+ 0,8	- 11,6	- 31,7	- 14,6	- 18,9	- 20,7	- 38,9	- 40,9
USA	3,7	1,0	4,8	3,9	+ 17,7	+ 2,5	- 11,3	- 33,9	- 14,0	- 18,2	- 26,1	- 40,5	- 42,4
Japan	1,6	0,6	2,1	2,3	+ 23,4	- 12,8	- 6,4	+ 6,3	+ 5,1	+ 0,9	+ 11,4	+ 32,6	- 13,1
OPEC	1,1	0,4	1,4	1,5	+ 50,7	- 1,1	- 14,4	+ 45,2	+ 41,3	+ 6,0	+ 65,1	+ 53,1	+ 56,1
NOPEC	5,0	1,6	6,4	6,2	+ 26,6	+ 24,4	- 7,5	- 0,9	- 10,1	- 4,3	+ 10,8	- 3,5	- 4,9
Agrarwaren	4,7	1,5	6,0	5,7	+ 4,1	+ 11,0	+ 3,8	+ 0,1	- 1,2	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,9	- 6,6
Roh- und Brennstoffe	8,7	3,2	11,3	12,2	+ 47,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 9,9	+ 14,5	+ 3,1	+ 13,4	+ 12,6	+ 10,2
Industriewaren	63,8	21,3	82,7	82,1	+ 12,3	+ 4,4	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,9	+ 0,7	+ 1,9	- 7,9
Chemische Erzeugnisse	8,7	3,0	11,3	11,8	+ 12,2	+ 8,7	+ 5,5	+ 8,6	+ 1,3	+ 13,1	+ 8,0	+ 27,5	- 10,2
Bearbeitete Waren	12,5	4,2	16,2	16,2	+ 12,3	+ 6,1	- 5,7	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,0	- 0,9
Maschinen, Fahrzeuge	30,0	9,9	38,9	38,1	+ 14,4	+ 2,6	- 5,0	- 4,5	- 3,0	- 4,6	+ 1,7	- 5,5	- 8,6
Konsumnahe Fertigwaren	12,2	4,0	15,8	15,4	+ 7,0	+ 5,2	- 2,0	- 3,5	- 1,6	- 2,5	- 3,3	- 1,6	- 6,6

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 17: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2000	2001	2002	2002			2003		März	April	2003 Mai	Juni	Juli
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.					
	In %												
<i>Geld- und Kapitalmarktzinssätze</i>													
Basiszinssatz	3,4	3,9	2,7	2,8	2,8	2,6	2,2	2,0	2,2	2,2	2,2	1,7	1,5
Taggeldsatz	4,1	4,4	3,3	3,3	3,3	3,2	2,8	2,4	2,8	2,6	2,6	2,2	2,1
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	3,4	3,4	3,1	2,7	2,4	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1
<i>Sekundärmarktrendite</i>													
Benchmark	5,6	5,1	5,0	5,3	4,8	4,6	4,1	3,9	4,1	4,2	3,9	3,7	4,0
Insgesamt	5,4	4,7	4,4	4,8	4,3	3,9	3,4	3,2	3,4	3,5	3,2	2,9	3,2
<i>Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
Kommerzkredite	6,5	6,4	5,8	5,8	5,9	5,7	5,4	.	5,3	5,1	5,1	.	.
Privatkredite	7,4	7,3	6,7	6,8	6,8	6,7	6,3	.	6,2	6,1	5,9	.	.
Hypothekarkredite	5,8	5,9	5,3	5,3	5,3	5,2	4,9	.	4,8	4,6	4,5	.	.
<i>Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
Spareinlagen täglich fällig	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	.	0,3	0,3	0,3	.	.
Spareinlagen über 12 Monate	3,1	3,3	2,8	2,9	2,8	2,6	2,3	.	2,2	2,2	2,1	.	.
Kapitalsparbrief	3,6	3,7	3,2	3,5	3,3	3,0	2,6	.	2,5	2,4	2,4	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 18: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.343	2.167	2.333	2.165	2.235	2.232	2.812	2.544	2.667	2.499	2.579	2.575
Tierische Erzeugung	2.693	2.286	2.280	2.412	2.577	2.410	2.980	2.450	2.359	2.495	2.696	2.570
Übrige Produktion	449	487	522	509	512	531	449	487	522	509	512	531
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.485	4.940	5.134	5.086	5.323	5.173	6.241	5.481	5.547	5.504	5.787	5.677
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	2.468	2.040	2.096	2.125	2.268	2.098	3.199	2.582	2.509	2.543	2.732	2.602
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	1.860	1.252	1.175	1.202	1.385	1.249
	1.000 Jahresarbeitseinheiten						Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	179,6	177,7	170,3	167,3	165,2	.	- 2,0	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,3
	Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100					
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	84,7	81,3	87,6	102,1	99,4	100,0	87,3	84,4	92,2	109,3	107,7
	Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen					
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,4	5,3	5,0	4,9	4,9	2,0	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3

Q: Eurostat, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 19: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/	1999	2000	2001	2002	2002			2003		2003		April
	1996					II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.538,5	2.662,8	2.652,3	2.649,6	- 0,7	- 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,4	- 0,4	+ 0,5	+ 0,7
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.505,0	2.209,1	2.442,9	2.277,4								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,7	194,8	203,7	198,3	- 4,2	- 5,4	- 4,2	- 3,6	- 7,1	+ 0,4	- 3,5	- 10,5
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,7	10,2	11,5	10,8	- 20,0	- 3,9	- 9,4	- 15,2	- 6,6	- 7,0	- 27,7	+ 11,2
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	482,8	468,3	453,0	463,5	+ 5,0	+ 7,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,1	- 2,2	+ 2,8	- 6,2
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,8	94,5	99,6	100,7	- 2,7	- 2,1	+ 1,8	- 1,0	+ 6,1	- 2,7	- 6,2	.
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,1	283,8	324,5	307,0	- 4,6	- 11,7	- 13,6	- 11,0	- 11,0	- 12,0	- 10,1	- 7,8
Qualitätsweizen	.	123,9	125,6	123,4	114,1	- 13,0	- 5,1	- 1,8	- 2,5	- 3,6	+ 1,3	- 5,2	- 3,1
Jungstiere (R3) ³⁾	.	2.778,8	2.824,2	2.456,7	2.680,0	+ 7,7	+ 6,1	+ 6,3	+ 8,0	+ 7,8	+ 7,8	+ 8,3	+ 7,4
Schweine (Kl. E.) ³⁾	.	1.151,9	1.430,8	1.719,2	1.374,2	- 28,1	- 15,7	- 14,6	- 12,6	- 13,0	- 7,8	- 16,8	- 8,8
Hühner bratfertig ³⁾	.	1.791,7	1.827,5	1.941,7	1.935,8	- 1,0	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	- 1,0	- 0,5	- 1,5	- 0,5

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. Jahr 2002: Werte bis April 2003. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dieter.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 20: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2000	2001	2002	2002				2002				Dezember	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober		November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)													
Vorprodukte	+ 9,9	+ 0,5	- 0,0	- 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,0	- 3,6	+ 2,7	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6
Kfz	+ 10,5	- 1,6	- 2,2	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	- 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Investitionsgüter	+ 18,6	+ 6,7	- 2,1	- 11,6	+ 5,7	- 2,6	+ 0,7	+ 9,3	- 8,6	- 8,9	+ 1,0	+ 5,5	- 4,9
Konsumgüter	+ 10,6	+ 5,0	+ 7,5	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 1,2	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6
Dauerhafte	+ 5,7	- 0,9	- 0,3	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 0,5	- 2,2	- 6,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	- 0,9
Nichtdauerhafte	+ 16,9	- 4,8	- 8,2	- 6,4	+ 4,1	- 20,8	- 8,5	- 25,6	- 21,2	- 15,7	- 10,8	- 5,9	- 8,8
Nahrungs- und Genussmittel	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 5,5	- 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 4,5	- 6,2	+ 4,0	+ 5,3	+ 2,3	- 4,7
Beschäftigte	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4
Geleistete Stunden	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	- 1,0	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 2,3	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,1	- 2,0
Produktion je Beschäftigten	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	- 4,1	- 2,1	- 1,9	- 1,5	+ 0,1	- 4,8	- 1,2	- 0,8	- 3,1	- 0,4
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 9,8	- 0,9	+ 1,7	- 2,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,4	- 0,9	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,6
Auftragseingänge	+ 9,3	- 0,5	+ 2,7	- 0,2	+ 4,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 6,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,6
Inland	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 1,8	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 4,7	- 10,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 3,6	- 22,8
Ausland	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 3,4	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 6,0	- 15,8	+ 1,0	- 12,8	- 16,4	- 39,4
Auftragsbestand	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	- 1,2	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	- 4,2	- 8,5	+ 7,8	+ 7,3	+ 13,9	- 11,1
Inland	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0
Ausland	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	- 15,4	- 18,2	- 20,6	- 8,5	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7	- 9,5	- 5,1
	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9	+ 11,8	+ 7,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Daten für 2003 laut Statistik Austria erst im September verfügbar. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 21: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2000		2001				2002				2003		
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	III. Qu.	
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Österreich													
Auftragsbestände	- 11,1	- 11,9	- 14,0	- 23,1	- 29,7	- 41,0	- 36,4	- 37,7	- 32,4	- 30,9	- 32,4	- 28,8	- 36,2
Exportauftragsbestände	- 14,2	- 16,1	- 16,7	- 27,7	- 30,6	- 41,8	- 39,3	- 35,3	- 31,8	- 30,7	- 34,1	- 28,9	- 44,0
Fertigwarenlager	+ 11,1	+ 9,5	+ 13,1	+ 18,7	+ 19,9	+ 21,3	+ 20,4	+ 18,2	+ 18,2	+ 15,8	+ 13,8	+ 12,9	+ 15,5
Produktionserwartungen	+ 14,3	+ 12,6	+ 11,1	+ 4,6	+ 2,9	- 3,7	+ 1,8	+ 8,3	+ 3,8	+ 7,7	+ 4,6	+ 2,9	+ 2,1
Verkaufspreiserwartungen	+ 5,9	+ 9,0	+ 9,1	- 3,4	- 3,6	- 11,6	- 5,2	- 2,2	+ 0,8	- 1,1	- 4,9	- 1,1	- 9,6
EU													
Auftragsbestände	+ 1	+ 1	- 2	- 10	- 18	- 27	- 28	- 25	- 26	- 26	- 23	- 27	- 30
Exportauftragsbestände	- 1	+ 2	- 2	- 10	- 19	- 26	- 30	- 24	- 21	- 20	- 22	- 25	- 28
Fertigwarenlager	+ 5	+ 6	+ 8	+ 12	+ 15	+ 17	+ 16	+ 13	+ 12	+ 11	+ 11	+ 12	+ 14
Produktionserwartungen	+ 15	+ 16	+ 13	+ 4	+ 2	- 10	- 5	+ 6	+ 3	+ 7	+ 0	+ 0	- 2
Verkaufspreiserwartungen	+ 10	+ 11	+ 10	+ 1	- 2	- 5	- 9	- 1	+ 0	+ 1	+ 0	+ 0	- 6

Q: WIFO-Konjunkturtest, Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 22: Produktion

	2000	2001	2002	2002				2002				Dezember	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober		November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	+ 2,5	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 4,6	+ 5,1
Hochbau	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,8	- 13,5	- 3,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 1,0	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3	- 10,2	- 16,4
Tiefbau	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5	+ 11,4	+ 22,0
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,1
Baunebengewerbe	+ 5,3	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 2,9	- 5,7	- 3,9	- 7,5	- 9,7	- 4,7
Auftragsbestände	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3	- 1,3	+ 2,5
Auftragseingänge	+ 4,3	- 3,7	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,8	- 1,6	+ 8,2	+ 3,2	- 6,3	- 1,5	+ 8,1	+ 0,3	+ 16,1

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 23: Preise und Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Baupreisindex¹⁾</i>													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9
Hochbau	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4
Tiefbau	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	- 0,3
<i>Arbeitsmarkt</i>													
Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,0	- 4,1	- 2,8	- 2,4	- 2,8	- 2,0	- 1,0	- 1,3	- 3,9	- 1,0	- 1,3	- 0,6	- 1,0
Arbeitslose	- 7,7	+ 10,4	+ 8,0	+ 12,4	+ 0,7	- 2,0	- 3,7	- 3,7	+ 1,8	- 4,9	- 3,2	- 4,8	- 3,1
Offene Stellen	+ 12,9	- 30,9	- 11,0	+ 2,8	+ 8,8	- 5,9	+ 5,3	+ 7,1	- 17,6	- 2,3	- 3,6	+ 14,4	+ 6,9

Q: Statistik Austria. – 1) 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel

Übersicht 24: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nettoumsätze nominell</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 5,7	- 2,0	+ 1,0	- 0,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,6	+ 2,8	+ 7,0	+ 3,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 0,2	- 1,0	- 2,0	- 4,6	- 0,5	+ 1,7	+ 3,5	+ 8,1	+ 5,7	+ 0,7	+ 4,0	+ 5,3	+ 8,0
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 8,9	- 3,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 4,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 3,8	+ 4,0	+ 5,6	+ 4,9	+ 6,8	+ 2,2
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 4,7	+ 1,4	- 2,1	+ 8,4	+ 3,3
<i>Nettoumsätze real</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 2,7	- 2,8	+ 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,3
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 2,1	- 2,1	- 3,5	- 6,0	- 2,2	- 0,4	+ 0,4	+ 5,9	+ 2,7	- 2,4	+ 0,8	+ 2,9	+ 5,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 4,6	- 4,0	+ 2,6	+ 2,1	+ 5,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 6,8	+ 2,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,8	- 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 4,1	+ 0,7	- 3,1	+ 7,4	+ 2,3
<i>Beschäftigte¹⁾</i>													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,2	+ 1,2	- 0,6	- 0,3	- 0,9	- 1,2	- 0,9	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 0,5	- 0,4	- 0,7
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	- 0,5	- 0,9	- 1,2	- 4,5	- 1,6	- 4,7	- 4,6	- 4,2	- 4,1	- 3,7
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,3	+ 1,1	- 0,7	- 0,6	- 1,1	- 1,2	+ 1,3	- 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,1

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr

Übersicht 25: Güter- und Personenverkehr

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Güterverkehr</i>													
Straße (in tkm)	+ 1,9	+ 2,3
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 4,5	- 13,2	- 7,4	- 6,1	+ 1,4	+ 5,5	.	+ 5,4	+ 9,0	+ 3,3	+ 8,4	+ 24,5	.
Bahn (in tkm)	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	- 2,8	- 0,6	- 2,9
Inlandverkehr	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 4,7	- 10,4
Ein- und Ausfuhr	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 3,3	- 1,5	- 0,7
Transit	+ 4,3	+ 5,3	- 2,3	- 5,5	- 4,3	- 0,4
<i>Personenverkehr</i>													
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,7
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,3	+ 16,3	+ 7,8	.	+ 15,1	+ 10,0	+ 0,2	- 0,4	- 3,0	.
Neuzulassungen Pkw	- 1,5	- 5,1	- 4,8	- 2,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 6,3	+ 7,4	- 1,4	+ 1,3	+ 5,3	+ 8,4	+ 5,4

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik

Übersicht 26: Einlagen und Kredite

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
<i>Einlagen insgesamt</i>													
Spareinlagen	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 5,3	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,8
Termineinlagen	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,5
Sichteinlagen	+ 12,5	+ 31,8	- 13,8	+ 6,9	+ 1,9	- 13,8	- 10,5	- 13,8	- 11,0	- 1,6	- 10,5	- 6,5	- 3,5
Fremdwährungseinlagen	+ 14,4	+ 8,2	+ 9,3	+ 11,4	+ 12,0	+ 9,3	+ 10,5	+ 9,3	+ 4,9	+ 8,7	+ 10,5	+ 9,5	+ 10,1
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 7,3	- 19,1	- 9,3	- 8,0	- 14,8	- 9,3	- 11,2	- 9,3	- 16,5	- 32,0	- 11,2	- 8,9	- 14,1
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 0,5

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 27: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2002				2003					2003 April	Mai	Juni	Juli
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März				
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
Arbeitslose	+ 5,0	+ 3,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,7	- 0,7	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7
Offene Stellen	- 6,3	- 7,4	- 7,9	- 8,8	- 5,9	- 5,8	- 2,3	- 0,9	- 1,7	- 1,2	- 3,9	- 2,4	- 1,0
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,7	6,9	7,0	7,0	7,0	7,1	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,1	7,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,1	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at

Übersicht 28: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2000	2001	2002	2002		2003		Februar	März	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	Juli
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.134	3.148	3.155	3.225	3.149	3.123	3.188	3.115	3.149	3.167	3.188	3.209	3.275
Männer	1.757	1.748	1.731	1.777	1.722	1.677	1.742	1.667	1.704	1.728	1.744	1.754	1.792
Frauen	1.377	1.400	1.424	1.448	1.427	1.446	1.446	1.448	1.444	1.438	1.444	1.455	1.484
Ausländer	320	329	334	348	331	334	352	336	344	345	352	360	.
Sachgütererzeugung	612	614	599	606	592	582	587	582	585	585	587	588	.
Bauwesen	258	247	240	261	241	203	250	193	223	244	252	254	.
Private Dienstleistungen	1.231	1.250	1.257	1.286	1.244	1.256	1.248	1.260	1.251	1.238	1.244	1.263	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	251	267	278	286	283	277	284	277	279	281	284	287	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.064	3.078	3.064	3.127	3.044	3.013	3.074	3.006	3.038	3.053	3.074	3.095	.
Männer	1.745	1.735	1.718	1.763	1.710	1.665	1.728	1.655	1.692	1.714	1.730	1.740	.
Frauen	1.320	1.343	1.345	1.364	1.334	1.348	1.346	1.351	1.346	1.339	1.345	1.355	.
Arbeitslose	194	204	232	197	244	284	216	295	253	231	215	201	200
Männer	108	115	134	104	141	184	119	196	155	130	117	109	106
Frauen	87	89	98	93	104	100	97	99	98	101	98	92	94
Personen in Schulung ²⁾	29	32	35	33	41	44	44	45	46	45	45	42	37
Offene Stellen	35	30	23	24	21	21	24	21	22	24	25	23	23

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

Unselbständig Beschäftigte	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 7,2	+ 15,0	+ 31,3	+ 32,5	+ 30,2	+ 26,3	+ 38,3	+ 31,9	+ 27,4	+ 28,8
Männer	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 17,6	- 17,5	- 7,1	+ 0,5	- 9,4	- 6,0	+ 0,7	+ 1,4	- 0,7	+ 3,2
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 23,7	+ 24,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 32,1	+ 39,6	+ 32,2	+ 37,6	+ 30,6	+ 28,1	+ 25,6
Ausländer	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 4,7	+ 6,4	+ 11,9	+ 15,9	+ 14,3	+ 14,0	+ 16,8	+ 14,8	+ 16,2	.
Sachgütererzeugung	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 18,5	- 18,2	- 14,5	- 12,0	- 14,6	- 13,7	- 13,3	- 11,6	- 11,0	.
Bauwesen	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 6,4	- 7,0	- 4,2	- 2,5	- 7,8	- 2,3	- 3,2	- 1,6	- 2,7	.
Private Dienstleistungen	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 5,4	+ 5,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 5,8	- 3,0	+ 9,4	+ 1,1	+ 0,2	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 11,7	+ 13,2	+ 11,1	+ 8,6	+ 10,6	+ 10,2	+ 9,2	+ 8,7	+ 7,9	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 19,8	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	- 3,5	- 6,0	+ 9,0	+ 6,4	+ 4,7	.
Männer	+ 2,1	- 9,5	- 16,7	- 17,7	- 17,7	- 7,5	- 0,2	- 9,3	- 6,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	.
Frauen	+ 26,8	+ 23,2	+ 2,1	- 2,1	- 3,4	+ 4,1	+ 6,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 9,3	+ 5,7	+ 5,8	.
Arbeitslose	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 26,6	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,8	+ 4,2	- 0,1	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,3
Männer	- 14,0	+ 7,8	+ 19,1	+ 17,7	+ 11,8	+ 6,2	+ 4,3	+ 9,3	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,7
Frauen	- 13,4	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,0	+ 3,0	- 0,3	+ 1,1	- 1,5	+ 0,5	- 2,8	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,6
Personen in Schulung ²⁾	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 7,5	+ 11,8	+ 8,6	+ 11,9	+ 13,1	+ 9,8	+ 9,2	+ 7,0	+ 5,1
Offene Stellen	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 6,5	- 2,5	- 1,8	- 1,1	- 2,2	- 2,1	- 1,2	- 0,9	- 1,1	- 0,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler. – ²⁾ Bezieher und Bezieherinnen von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at

Übersicht 29: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2000	2001	2002	2002		2003		Februar	März	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	Juli
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,9	5,8	7,2	8,3	6,3	8,6	7,4	6,8	6,3	5,9	5,8
Männer	5,8	6,2	7,2	5,5	7,6	9,9	6,4	10,5	8,3	7,0	6,3	5,9	5,6
Frauen	5,9	5,9	6,4	6,0	6,8	6,4	6,3	6,4	6,4	6,6	6,3	5,9	6,0
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	14,4	15,2	15,8	16,6	16,6	15,4	16,1	15,2	15,5	16,0	16,2	16,1	.
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	547	687	1.002	837	1.144	1.348	902	1.432	1.162	976	869	862	882

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 30: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2000	2001	2002	2002		2003		2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,1
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	.	+ 3,6	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,7	- 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6
Alkoholische Getränke, Tabak	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,3	+ 5,6	+ 4,9	+ 3,6	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6
Bekleidung und Schuhe	.	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 0,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3
Wohnung, Wasser, Energie	.	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,4
Hausrat und laufende Instandhaltung	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7
Gesundheitspflege	.	+ 5,8	+ 1,8	- 1,0	+ 1,8	+ 2,4	- 1,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	- 0,5	- 2,6
Verkehr	.	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 3,4	- 0,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,3	- 1,1
Nachrichtenübermittlung	.	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,9	- 2,1	- 1,7	- 2,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6	- 1,6
Freizeit und Kultur	.	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6
Erziehung und Unterricht	.	+ 10,0	+ 21,9	+ 29,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0
Restaurants und Hotels	.	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	.	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,8
Großhandelspreisindex	+ 4,0	+ 1,5	- 0,4	- 0,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,6
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 1,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,5

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 31: Tarifföhne

	2000	2001	2002	2002		2003		2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Arbeiter	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2
Angestellte	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
Bedienstete												
Öffentlicher Dienst	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Verkehr	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 32: Effektivverdienste

	2000	2001	2002	2002		2003		2003				
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft ¹⁾												
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,4	+ 1,7	+ 1,0
Pro-Kopf-Einkommen												
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,3
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,5	- 1,0	- 0,5
Sachgütererzeugung												
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	- 0,4	.	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,6
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten												
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,7	.	+ 4,8	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5
Stundenverdienste je Arbeiter												
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,4	+ 1,9	.	+ 3,6	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	.	+ 1,8	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,9
Bauwesen												
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,1	- 2,4	- 0,4	- 1,1	+ 0,2	- 0,4	.	+ 1,5	- 3,7	+ 3,0	- 0,3	- 2,9
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten												
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,3	.	+ 5,7	+ 0,0	+ 6,2	+ 2,8	- 0,2
Stundenverdienste je Arbeiter												
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	.	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,5
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	.	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,3

Q: Statistik Austria. -¹⁾ Laut ESVG 1995. -²⁾ Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 33: Staatsquoten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
In % des Bruttoinlandsproduktes										
Staatsausgaben	57,9	57,4	57,3	56,8	54,1	54,2	54,2	52,4	52,1	52,4
Abgabenquote Staat und EU	43,2	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,6	44,7
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 4,2	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,6
Schuldenstand	61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	66,8	67,3	67,9

Q: Statistik Austria. Stand: 9. April 2003. -¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 34: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Unselbständige	1.549,7	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	699	716	738	760	773	790
Arbeiter	952,0	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	571	582	595	609	616	626
Angestellte	557,8	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	911	934	962	989	1.008	1.029
Selbständige	344,3	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	588	607	626	646	663	681
Gewerbliche Wirtschaft	153,0	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	733	755	782	809	831	856
Bauern	191,0	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	469	484	496	509	519	531
Neuzuerkennungen insgesamt	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1		709	737	804	846	783	
Unselbständige	94,4	89,6	99,6	100,9	83,5		716	746	816	863	786	
Arbeiter	56,0	52,4	55,4	54,8	45,7		556	577	611	638	565	
Angestellte	36,5	35,5	42,0	43,9	36,0		954	988	1.076	1.137	1.058	
Selbständige	16,3	15,5	17,0	19,0	13,6		669	684	738	754	763	
Gewerbliche Wirtschaft	8,3	8,0	8,7	9,2	7,6		839	849	909	974	952	
Bauern	8,0	7,5	8,2	9,8	6,1		492	508	557	548	528	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsarten

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Direkt pensionen	1.362,5	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	771	791	815	791	853	872
Invaliditätspensionen	385,9	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	658	675	692	710	731	752
Alle Alterspensionen ¹⁾	976,7	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	816	835	860	882	896	914
Normale Alterspensionen	763,9	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	760	774	789	803	816	832
Vorzeitige Alterspensionen	212,1	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	1.019	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261
Lange Versicherungsdauer	124,5	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	1.110	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370
Arbeitslosigkeit	20,8	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	629	648	672	698	716	729
Geminderte Arbeitsfähigkeit	65,7	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	968	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190
Gleitpensionen	1,1	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	998	993	956	957	953	947
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,5	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	466	476	486	497	504	514
Waisenpensionen	51,0	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	222	228	234	240	246	253
Neuzuerkennungen insgesamt	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1		709	737	804	846	783	
Direkt pensionen	75,9	72,9	84,7	89,2	67,4		841	875	945	985	933	
Invaliditätspensionen	14,5	15,0	15,3	17,8	21,7		765	794	784	860	900	
Alle Alterspensionen ¹⁾	61,4	57,9	69,3	71,3	45,6		859	897	980	1.016	949	
Normale Alterspensionen	15,5	14,7	17,0	18,0	18,2		428	413	450	482	473	
Vorzeitige Alterspensionen	45,9	43,2	52,3	53,3	27,4		1.004	1.061	1.153	1.197	1.264	
Lange Versicherungsdauer	28,0	26,9	34,0	33,1	21,5		1.095	1.142	1.252	1.329	1.366	
Arbeitslosigkeit	4,1	3,5	4,2	4,1	3,0		636	648	677	690	706	
Geminderte Arbeitsfähigkeit	13,3	12,4	14,0	15,9	2,8		926	1.010	1.059	1.054	1.094	
Gleitpensionen	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2		1.033	804	719	881	959	
Witwen- bzw. Witwerpensionen	29,0	26,6	26,4	25,3	24,5		466	471	480	494	493	
Waisenpensionen	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3		198	203	201	204	207	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direkt pensionen	58,2	58,4	58,2	58,4	58,5	58,7	56,7	56,8	56,7	56,7	56,8	57,3
Invaliditätspensionen	60,2	61,0	60,9	60,6	60,5	62,2	57,9	58,2	58,2	58,0	58,3	59,4
Alle Alterspensionen	49,2	49,9	50,3	50,4	51,8	53,4	48,6	48,1	48,2	48,3	49,2	50,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Beiträge des Bundes

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.064,4	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	14,4	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6
Gewerbliche Wirtschaft	1.006,3	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	68,4	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9
Bauern	841,4	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	82,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 38: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990	1995	1996	Emissionen			2000	Emissionsintensität			
				1997	1998	1999		2000	2000	2000	
				Megatonnen			kg je BIP ¹⁾		t je Einwohner		
OECD	11.013,6	11.529,9	11.932,3	12.036,6	12.050,8	12.134,6	12.449,0	0,51	11,09		
USA	4.825,7	5.108,7	5.290,0	5.395,4	5.432,4	5.488,0	5.665,4	0,63	20,57		
EU	3.114,8	3.083,1	3.179,8	3.129,1	3.162,4	3.130,3	3.161,7	0,38	8,35		
Deutschland	964,1	870,0	908,4	879,7	861,9	830,7	833,0	0,44	10,14		
Österreich	56,9	58,8	61,8	63,2	62,2	62,3	62,8	0,32	7,74		

Q: OECD. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 39: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001
			Mio. €		
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	6.065
Energiesteuern ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635
Umweltverschmutzungssteuern ²⁾	34	43	65	72	89
Ressourcensteuern ³⁾	407	421	441	452	451
Transportsteuern ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.890

Anteile der Umweltsteuern in %

	1997	1998	1999	2000	2001
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,3
Am BIP	2,5	2,5	2,5	2,6	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 40: Bruttowertschöpfung

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995												
Wien	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Niederösterreich	+ 5,6	+ 2,1	+ 4,6	- 1,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 1,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9
Burgenland	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6
Steiermark	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,9
Kärnten	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2
Oberösterreich	+ 4,2	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5
Salzburg	+ 4,1	+ 0,3	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9
Tirol	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,8	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 3,1	+ 1,1

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 41: Tourismus

	2000	2001	2002	2002				2002			2003		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Übernachtungen													
Wien	+ 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 4,3	- 3,6	- 5,5	+ 6,3	+ 7,9	+ 5,6	+ 0,6	- 7,5	+ 2,4	- 2,5
Niederösterreich	+ 0,9	- 1,5	- 3,9	- 1,7	- 4,0	- 6,2	- 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,1	- 7,8	+ 3,8	- 3,7
Burgenland	+ 3,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 8,9	+ 1,7	+ 0,9	- 3,7	+ 0,1	+ 7,0	+ 0,7	- 15,2	+ 11,9	- 13,3
Steiermark	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 5,5	- 5,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,5	- 12,4	+ 21,2	- 2,7
Kärnten	- 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,9	- 3,5	- 5,0	+ 47,7	- 11,9
Oberösterreich	- 1,1	- 1,2	- 1,7	+ 2,3	- 1,4	- 4,1	- 0,8	- 2,6	- 5,4	- 4,6	- 9,3	+ 3,6	- 4,4
Salzburg	- 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 6,4	- 6,0	+ 0,0	+ 2,6	+ 2,1	- 13,9	- 1,0	- 4,8	- 6,6	+ 34,2
Tirol	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,4	- 9,5	+ 3,3	+ 4,1	+ 4,3	+ 1,9	- 5,4	- 2,1	+ 42,8	- 14,0
Vorarlberg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 5,5	- 14,4	+ 0,5	+ 2,7	+ 5,5	- 0,9	- 8,2	- 0,2	+ 51,1	- 17,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,3	- 4,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 6,3	+ 5,5	- 11,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 6,8	- 20,1	- 4,6	- 8,1
Niederösterreich	+ 14,3	- 0,1	+ 0,3	- 5,3	+ 2,8	- 2,2	+ 6,1	- 5,3	- 6,5	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,8	+ 12,2
Burgenland	+ 13,0	+ 12,6	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,8	- 1,0	+ 3,7	+ 1,1	- 10,1	+ 5,4	+ 6,6	- 1,9	+ 7,2
Steiermark	+ 8,8	+ 8,1	- 1,3	+ 2,7	+ 4,2	- 6,4	- 5,7	+ 0,6	- 13,9	- 6,5	- 3,5	- 8,2	- 5,4
Kärnten	+ 9,1	- 2,4	- 1,1	- 6,5	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,2	- 4,2	+ 6,2	+ 1,4	- 5,0	+ 3,8
Oberösterreich	+ 14,1	+ 4,7	+ 1,2	- 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,9	- 4,8	+ 6,6	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,8
Salzburg	+ 8,5	+ 4,0	+ 3,4	- 0,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,3	- 1,6	+ 6,6	+ 5,8	+ 2,9	+ 7,9
Tirol	+ 12,1	+ 3,9	+ 2,9	- 0,4	+ 0,0	+ 5,9	+ 5,8	+ 15,3	- 5,4	+ 6,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,7
Vorarlberg	+ 11,2	+ 3,8	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 6,1	+ 1,1	+ 6,3	+ 3,3	+ 8,4	+ 3,4	- 3,4	+ 3,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,8	- 5,0	- 5,0	- 3,1	- 0,3	- 5,2	- 9,7	- 6,9	- 3,3	- 5,4	- 5,5	- 10,1	- 12,6
Niederösterreich	+ 5,3	- 2,8	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 0,0	- 0,9	- 1,0	- 6,1	+ 7,1	- 0,6	- 3,2	+ 1,2
Burgenland	+ 1,9	- 1,1	+ 11,5	+ 27,4	+ 9,1	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,4	- 3,6	+ 9,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 5,4
Steiermark	+ 9,6	- 3,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 4,7	- 2,5	+ 0,1	+ 1,8	- 10,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,3	- 4,5
Kärnten	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 9,2	+ 6,9	+ 15,1	+ 2,8	+ 9,3	- 0,5	+ 8,2	+ 14,1
Oberösterreich	+ 2,6	+ 0,1	+ 3,5	+ 1,4	+ 9,7	- 0,0	+ 2,9	+ 1,4	- 3,8	+ 2,1	- 1,5	- 1,5	+ 13,1
Salzburg	+ 2,1	- 5,8	- 0,6	- 6,9	- 3,7	- 5,0	+ 9,5	+ 1,3	- 2,8	- 12,5	+ 4,7	+ 6,1	+ 18,0
Tirol	+ 1,0	- 3,0	+ 6,5	+ 12,1	+ 8,6	+ 6,4	+ 2,2	+ 6,8	+ 5,9	+ 6,5	- 1,4	+ 1,6	+ 6,7
Vorarlberg	+ 8,1	- 5,9	- 4,8	+ 7,5	- 2,8	- 7,3	- 11,3	- 5,4	- 12,3	- 4,7	- 13,2	- 11,6	- 9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002		2003		Jänner	Februar	2003			Mai	Juni
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>														
Wien	- 0,6	- 0,6	- 1,9	- 2,2	- 2,8	- 1,7	- 1,1	- 1,6	- 1,7	- 1,7	- 1,2	- 0,8	- 1,1	
Niederösterreich	+ 1,1	- 0,3	- 0,9	- 1,0	- 0,8	- 0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	
Burgenland	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,4	
Steiermark	+ 1,5	+ 0,6	- 0,8	- 1,0	- 1,3	- 0,7	- 0,2	- 0,9	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,2	- 0,2	
Kärnten	+ 0,8	+ 0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,1	
Oberösterreich	+ 1,5	+ 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,1	
Salzburg	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,2	- 1,1	+ 0,5	- 0,1	- 0,8	
Tirol	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	- 1,4	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,5	
Vorarlberg	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,2	
<i>Arbeitslose</i>														
Wien	- 12,8	+ 6,4	+ 18,0	+ 14,4	+ 5,5	+ 0,0	+ 4,6	+ 3,1	- 1,5	- 1,5	+ 1,8	+ 4,2	+ 8,2	
Niederösterreich	- 10,5	+ 7,1	+ 12,5	+ 17,0	+ 6,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,7	+ 4,7	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 3,6	
Burgenland	- 6,2	+ 5,8	+ 8,1	+ 11,9	+ 6,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,8	+ 3,5	+ 3,7	+ 0,2	+ 2,8	+ 4,5	
Steiermark	- 12,8	+ 2,4	+ 11,8	+ 15,2	+ 7,6	+ 4,1	+ 4,8	+ 3,1	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,2	+ 6,0	
Kärnten	- 10,9	+ 2,8	+ 8,3	+ 13,3	+ 4,8	+ 2,0	- 0,3	- 0,6	+ 3,1	+ 4,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,9	
Oberösterreich	- 15,2	+ 2,2	+ 16,2	+ 18,4	+ 7,3	- 0,6	- 5,4	- 0,5	+ 1,4	- 3,3	- 4,3	- 6,2	- 5,7	
Salzburg	- 10,7	+ 7,1	+ 15,0	+ 21,1	+ 8,7	+ 3,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 5,0	+ 4,2	- 4,2	+ 7,1	+ 4,8	
Tirol	- 13,0	+ 6,3	+ 5,9	+ 10,6	+ 2,7	+ 4,7	- 0,3	- 1,4	+ 5,1	+ 12,0	- 9,9	+ 7,8	+ 4,8	
Vorarlberg	- 16,5	- 0,2	+ 22,8	+ 22,9	+ 17,8	+ 16,5	+ 11,3	+ 17,0	+ 16,3	+ 16,0	+ 3,2	+ 17,3	+ 14,9	
<i>In % der unselbständigen Erwerbsspersonen</i>														
<i>Arbeitslosenquote</i>														
Wien	7,2	7,6	9,0	8,3	9,0	10,0	9,0	10,3	10,1	9,7	9,2	8,9	8,9	
Niederösterreich	5,8	6,2	6,9	5,9	7,1	8,8	5,9	9,6	9,3	7,5	6,3	5,7	5,7	
Burgenland	7,9	8,2	8,6	6,4	8,9	12,6	6,7	13,9	13,7	10,2	7,2	6,5	6,3	
Steiermark	6,4	6,5	7,2	5,9	7,5	9,5	6,4	10,3	10,0	8,3	7,1	6,3	5,9	
Kärnten	7,5	7,6	8,2	5,7	9,3	11,4	6,5	12,5	11,9	9,7	8,0	6,4	5,2	
Oberösterreich	4,0	4,1	4,7	4,0	4,8	5,8	3,7	6,4	6,2	4,8	4,0	3,6	3,4	
Salzburg	4,1	4,3	4,9	3,7	5,6	5,5	4,9	5,9	5,7	4,9	5,5	5,1	4,0	
Tirol	4,9	5,1	5,3	3,5	6,6	5,6	5,7	6,0	5,7	5,3	6,4	6,4	4,3	
Vorarlberg	4,3	4,3	5,1	4,5	5,8	5,7	5,7	6,0	5,8	5,4	5,9	6,0	5,2	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz

Investitionen 2003 insgesamt schwach

Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003

Die im WIFO-Investitionstest befragten Unternehmen aus der Sachgütererzeugung rechnen 2003 mit einer schwachen Zunahme der Investitionen. Nur die Kfz-Industrie investiert in großem Umfang in Bauten und Ausrüstungen. Die Versorgungsbetriebe planen ebenfalls eine starke Ausweitung ihrer Investitionen. In der Bauwirtschaft werden die Investitionen heuer weitgehend stabil bleiben.

Begutachtung: Markus Marterbauer • Wissenschaftliche Assistenz: Elisabeth Lebar • E-Mail-Adressen: Margarete.Czerny@wifo.ac.at, Martin.Falk@wifo.ac.at, Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at • Der WIFO-Investitionstest wird seit 1996 im Rahmen des harmonisierten Programms in Zusammenarbeit mit der EU (DG-ECFIN) durchgeführt und von dieser finanziell unterstützt. Ein detaillierter Tabellensatz findet sich im Anhang.

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung rechnen 2003 mit einer schwachen Zunahme der Investitionen um nominell 1,8% (real +1,9%). Dagegen planen die im WIFO-Investitionstest erfassten Versorgungsbetriebe¹⁾ eine starke Ausweitung um 11,5%. In der Bauwirtschaft werden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr stabil bleiben. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO in seiner jüngsten Prognose vom Juni 2003 mit einer schwachen Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um real 0,8% im Jahr 2003 (2002 real -4,6%).

Der WIFO-Investitionstest

Im Mai und Juni 2003 befragte das WIFO österreichische Unternehmen zu Investitionsabsichten und Umsatzerwartungen. Rund 1.000 Betriebe aus den Bereichen Sachgütererzeugung, Bauwirtschaft, Elektrizitätsversorgung, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe sowie Sondergesellschaften beteiligten sich an der Erhebung.

Der Investitionstest wird seit 1963 durchgeführt und ist seit 1996 Teil des Gemeinsamen harmonisierten Programms für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union. Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission (DG-ECFIN) finanziell unterstützt.

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung beabsichtigen im Jahr 2003 nur geringfügig mehr zu investieren als im Vorjahr (+1,8%). Gegenüber dem WIFO-Investitionstest vom Herbst 2002 wurden die Investitionspläne für 2003 um 3 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Offenbar werden Projekte aufgrund großer Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf weiter aufgeschoben (Marterbauer, 2003). 2002 kürzten die Unternehmen ihre Bruttoanlageinvestitionen außerordentlich stark. Die jüngste Hochschätzung vom Frühsommer ergibt unverändert einen nominellen Rückgang um 9,6% gegenüber 2001. Die Investitionsquote²⁾ wird heuer in der Sachgütererzeugung mit 5,8% leicht unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres liegen. Sie bleibt damit um fast ½ Prozentpunkt unter dem längerfristigen Durchschnitt (1995/2003) von 6,2%.

Eine Erholung der Investitionstätigkeit auf breiter Basis ist nicht in Sicht. In der Nahrungsmittel- und Investitionsgüterindustrie werden die Investitionen 2003 auf dem niedrigen Vorjahreswert verharren. In der Branche mit den höchsten Ausgaben für

Anhaltend schlechtes Investitionsklima in der Sachgütererzeugung

Große Unterschiede zwischen den Sektoren

¹⁾ Elektrizitätsversorgung, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe und Sondergesellschaften.

²⁾ Investitionen in Prozent des Umsatzes.

In der Sachgütererzeugung werden die Investitionen 2003 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zunehmen. 2002 waren sie aufgrund der Konjunkturschwäche um 9,6% gesunken. Eine Erholung auf breiter Basis ist nicht in Sicht. Einzig in der Kfz-Branche ist mit einem starken Anstieg der Investitionen 2003 gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Ohne diesen Effekt sinken die Investitionen in der Sachgütererzeugung um 3,9%.

Investitionen – der Erzeugung von Vor- und Zwischenprodukten – werden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr nominell um 2,4% zurückgehen.

In der Kfz-Industrie werden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 80,5% ausgeweitet. Bereits 2002 stiegen sie um fast 18%. Lässt man diese Branche außer Acht, so zeigen die Angaben im WIFO-Investitionstest für 2003 einen Rückgang der Investitionen in der Sachgütererzeugung um insgesamt 3,9% im Vergleich zum Vorjahr.

Übersicht 1: Investitionen der Sachgütererzeugung

ÖNACE-Gliederung

		2000	2001	2002	2003
Nominell	Mio. €	7.072	7.440	6.724	6.847
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8
Real, zu Preisen von 1995	Mio. €	6.900	7.168	6.484	6.609
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 11,1	+ 3,9	- 9,5	+ 1,9

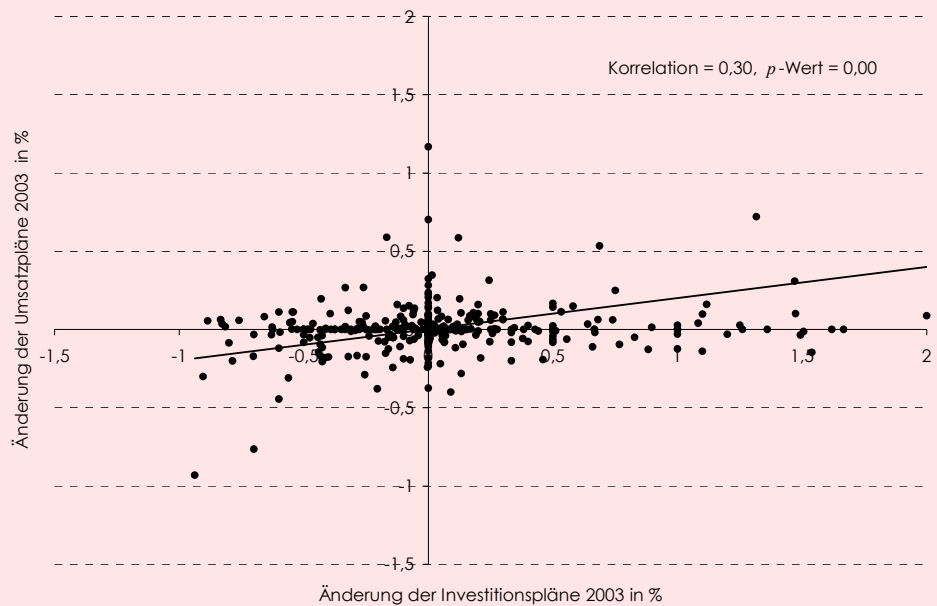
Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Revision der Investitionspläne seit dem Herbst 2002

Im WIFO-Investitionstest vom Herbst 2002 gingen die Unternehmen für 2003 noch von einer nominellen Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,7% aus. Die Dämpfung der Investitionen geht vor allem auf die Korrektur der Pläne in der Produktion kurzlebiger Konsumgüter zurück: In der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie revidierten fast die Hälfte der Unternehmen (47%) ihre Ansätze für das laufende Jahr nach unten (2. Plan für 2003 gegenüber dem 1. Plan für 2003); nur 13% der Unternehmen weiteten ihre Pläne aus. In der Kfz-Industrie, dem Maschinenbau oder der Elektrotechnikbranche wurden dagegen die Investitionspläne für 2003 im Vergleich zum Herbst 2002 nicht geändert oder sogar nach oben revidiert. In diesen Branchen können offenbar die Ansätze trotz anhaltend unsicherer Konjunkturaussichten kurzfristig nicht gekürzt werden.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen der Änderung der Umsatz- und der Investitionspläne

Meldungen der einzelnen Unternehmen; Veränderung 2. Plan aus dem Frühjahr 2003 gegenüber 1. Plan aus dem Herbst 2002



Q: WIFO-Investitionstest.

Hauptursache für die Korrektur der Investitionspläne ist die Revision der Umsatzpläne. Eine Regressionsanalyse zeigt, dass die Änderung der Investitionspläne und die Änderung der Umsatzpläne signifikant positiv miteinander korrelieren. Die Unternehmen passen ihre Investitionspläne der erwarteten Entwicklung der Umsätze allerdings unterproportional an: Eine Änderung der Umsatzpläne für 2003 vom Frühjahr gegenüber dem Herbst 2002 um +1% zieht im Durchschnitt eine Änderung der Investitionspläne um +0,5% nach sich.

Die Sachgütererzeuger wollen 2003 um 34% weniger in Bauten (neue Gebäude, bauliche Anlagen) investieren als im Vorjahr. Ein Rückgang in dieser Größenordnung zeichnete sich bereits im Herbst 2002 ab. Die Ausrüstungsinvestitionen (vor allem Maschinen, Informations- und Kommunikationstechnologien) werden dagegen heuer voraussichtlich um 9,5% gesteigert. Dazu trägt der Investitionsboom in der Kfz-Industrie maßgeblich bei. Ohne diesen Effekt ist mit einem mäßigen Anstieg um 4,4% gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. 2002 gingen die Ausrüstungsinvestitionen noch um 12,9% zurück.

Die Aussagekraft dieser Ergebnisse zur Entwicklung der beiden Investitionsarten (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) sollte erfahrungsgemäß nicht überbewertet werden. In der Vergangenheit wurde die Verteilung der Ausgaben jeweils wesentlich stärker revidiert als die Investitionspläne insgesamt. Deswegen basiert die aktuelle WIFO-Prognose für die Sachgüterzeugung auf der Entwicklung der Investitionen insgesamt (Marterbauer, 2003)³⁾.

Die deutliche Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen könnte 2003 teilweise auf Vorzieheffekte vor dem Auslaufen der Investitionszuwachsprämie Ende 2003 zurückzuführen sein. Begünstigt sind nämlich nur Investitionen in ungebrauchte, körperliche und abnutzbare Wirtschaftsgüter (z. B. neue Maschinen, Büroeinrichtung, Lagerausrüstung, EDV, Lkw), die bis 31. Dezember 2003 getätigt wurden. Nicht begünstigt sind Investitionen in Grund und Boden sowie Gebäude.

Investitionen in Bauten sinken, Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen

In der Sachgüterzeugung wird sich die Verlagerung der Investitionsstruktur zugunsten der Ausgaben für Maschinen heuer verstärkt fortsetzen. Sie geht maßgeblich auf die drastische Reduzierung der Aufwendungen für neue Bauten zurück (Investitionen in neue Gebäude, bauliche Anlagen 2003 -34% gegenüber dem Vorjahr). Dagegen werden in allen Branchen die Ausrüstungsinvestitionen (vor allem Maschinen, Informations- und Kommunikationstechnologien) deutlich ausgeweitet.

Übersicht 2: Investitionskennzahlen der Sachgüterzeugung – Investitionsintensität, Investitionsquote

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Investitionsintensität						Investitionsquote					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Investitionen je Beschäftigten in €						Investitionen in % des Umsatzes					
Sachgüterzeugung insgesamt	9.806	11.333	12.622	13.216	12.245	12.470	5,7	6,4	6,5	6,6	5,9	5,8
Bergbau	21.945	35.246	38.740	16.453	22.017	49.622	4,9	6,7	4,7	2,4	3,3	6,8
Vorprodukte	11.300	13.585	12.995	14.062	13.978	13.642	6,8	7,9	7,0	7,2	6,9	6,5
Kraftfahrzeuge	13.661	15.242	16.529	15.246	18.031	32.540	4,8	5,0	5,5	4,8	6,0	10,0
Investitionsgüter	6.915	7.748	11.108	12.459	7.390	7.485	4,1	4,5	5,8	6,6	3,8	3,6
Dauerhafte Konsumgüter	5.822	6.344	6.590	6.485	5.133	5.762	4,8	5,0	5,2	4,6	3,1	3,9
Nahrungs- und Genussmittel	11.299	10.478	15.896	16.245	15.981	16.072	5,5	5,1	7,0	6,9	6,4	6,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter	7.637	9.379	10.543	10.519	11.288	5.736	6,2	6,8	7,1	7,2	7,3	3,6

Q: WIFO-Investitionstest.

Die Einführung der Investitionsprämie ist jedoch nicht ursächlich für die längerfristige Verlagerung der Investitionsstruktur zugunsten der Ausgaben für Maschinen. Seit einigen Jahren bleibt die Entwicklung der Bauinvestitionen hinter jener der Ausrüstungsinvestitionen zurück. Dies hat vielfältige Gründe: Erstens könnten Bauten zum Zweck der Kapazitätserweiterung eine immer geringere Rolle spielen (Bartholmai, 2000). Zweitens könnten Mietimmobilien auch als Verwaltungsgebäude von Produktionsunternehmen immer mehr an Bedeutung gewinnen (Bartholmai, 2000). Drittens ist denkbar, dass Fabriksgebäude dank neuer Technologien an veränderte Anforderungen ohne umfangreiche Baumaßnahmen angepasst werden können. Auch die Umgestaltung von Fabriksgebäuden für andere Verwendungszwecke könnte kostengünstiger sein als ein Neubau. Insgesamt werden somit weniger Neubauten als

³⁾ Auf Basis der ersten vorläufigen Hochrechnung, welche im Juni 2003 an die EU-Kommission gemeldet wurde, zeichnete sich in der Sachgüterzeugung für 2003 noch ein Rückgang der Investitionen um 1,1% gegenüber dem Vorjahr ab.

Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien

vielmehr bestandsbezogene Baumaßnahmen induziert. Sie lassen sich häufig von den Ausrüstungsinvestitionen nicht genau abgrenzen. Auch deshalb ist die Aussagekraft der Entwicklung der einzelnen Investitionsarten begrenzt.

Im WIFO-Investitionstest vom Frühjahr werden jeweils die ersten Pläne für die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien erfragt (Computer-Hardware, Software⁴⁾ wie Betriebssysteme und Datenbanken, Telekommunikation). Der Anteil dieser Ausgaben an den Gesamtinvestitionen war in der Sachgüterzeugung 2002 mit 3,8% relativ gering; ihr Anteil an den Ausrüstungsinvestitionen – der international gebräuchlichere Indikator – betrug 4,5%.

Übersicht 3: Struktur der Investitionen der Sachgüterzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2001				2002				2003			
	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Software	Maschi-nen	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Software	Maschi-nen	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Software	Maschi-nen
	Anteile in %				Anteile in %				Anteile in %			
Sachgüterzeugung insgesamt	14,96	2,24	1,40	44,32	18,08	2,16	1,27	43,89	11,87	2,38	1,62	52,32
Bergbau	38,26	0,37	0,46	12,54	65,41	0,07	0,19	2,09	0,00	0,49	0,06	2,92
Vorprodukte	16,53	1,80	0,94	45,38	21,08	1,85	1,17	45,99	13,75	2,08	1,68	58,10
Kraftfahrzeuge	11,43	2,93	2,47	57,12	2,16	2,11	1,03	67,63	9,24	1,37	0,88	77,71
Investitionsgüter	13,41	3,51	2,43	52,16	17,43	3,57	2,19	38,50	11,90	5,54	2,45	37,94
Dauerhafte Konsumgüter	18,44	3,54	1,43	23,79	13,07	4,77	3,63	26,52	11,89	3,39	4,44	25,80
Nahrungs- und Genussmittel	10,97	2,06	1,49	27,41	15,54	2,51	1,03	25,10	10,90	1,99	1,41	35,72
Nichtdauerhafte Konsumgüter	15,36	1,19	0,69	49,59	12,13	1,14	0,74	60,97	8,78	1,26	0,64	58,85

Q: WIFO-Investitionstest. Differenz auf 100%: sonstige Ausrüstungsinvestitionen.

Die österreichische Wirtschaft wendet insgesamt 12,8% der Ausrüstungsinvestitionen für Informations- und Kommunikationstechnologien auf (OECD, 2002). Davon entfallen 3,5 Prozentpunkte auf Software, 5,9 Prozentpunkte auf Telekommunikation und 3,4 Prozentpunkte auf Hardware. 80% der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien entfallen auf den Dienstleistungsbereich.

Die Sachgüterzeuger investieren mehr in Hardware als in Software: Die Investitionen in Software machten 2002 nur 1,3% der Gesamtinvestitionen aus, der Anteil der Hardware betrug hingegen 2,2%. Die Investitionen in Telekommunikation sind mit 0,3% der Gesamtausgaben vernachlässigbar gering.

Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien werden in allen Branchen getätigt – dies verdeutlicht den Querschnittscharakter dieser Technologien. Ihr Anteil ist jedoch in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. Generell ist er in forschungs- und entwicklungs- oder wissensintensiven Branchen überdurchschnittlich (Elektrotechnik 9%, Maschinenbau 5%). Eine Regressionsanalyse belegt, dass die Forschungs- und Entwicklungsintensität und der Anteil der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien signifikant positiv korreliert sind: Forschung und der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien sind somit keine Substitute, sondern Komplemente, d. h. sie sind aufeinander angewiesen.

Die Unternehmen planen heuer in der Sachgüterzeugung eine deutliche Steigerung der Investitionen in Hard- und Software gegenüber dem Vorjahr. Für Hardware liegt die Zunahme bei 11%, bei Software sogar bei 27%. Damit verschiebt sich der Hardware-Anteil an den Investitionen insgesamt 2003 von 2,2% (2002) auf 2,4% und der Softwareanteil von 1,3% auf 1,6%. Der Einbruch der Investitionen in Hard- und Software im Jahr 2002 dürfte durch die geplante Ausweitung im laufenden Jahr mehr als ausgeglichen werden. Hingegen werden die Investitionen in die Telekommunikation stagnieren.

⁴⁾ Software zählt zu den immateriellen Anlagegütern.

Übersicht 4: Entwicklung der Investitionen und des Umsatzes der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Hochgeschätzte Investitionen				
	5. Plan 1999 gegen 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %				
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 15,0	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8
Bergbau	+ 48,6	+ 4,7	- 60,8	+ 31,1	+125,4
Vorprodukte	+ 19,3	- 3,3	+ 8,8	- 2,1	- 2,4
Kraftfahrzeuge	+ 20,1	+ 12,4	- 3,7	+ 17,9	+ 80,5
Investitionsgüter	+ 14,0	+ 46,0	+ 14,8	- 42,6	+ 1,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 5,2	+ 2,7	- 4,0	- 25,9	+ 12,2
Nahrungs- und Genussmittel	- 8,0	+ 50,7	+ 1,8	- 1,9	+ 0,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 17,9	+ 7,8	- 2,5	+ 1,0	- 49,2

	Hochgeschätzter Umsatz				
	5. Plan 1999 gegen 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %				
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 3,7	+ 9,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 3,8
Bergbau	+ 7,7	+ 49,0	- 23,2	- 4,0	+ 9,0
Vorprodukte	+ 2,7	+ 8,8	+ 5,8	+ 2,4	+ 3,6
Kraftfahrzeuge	+ 13,9	+ 3,7	+ 9,8	- 5,5	+ 8,2
Investitionsgüter	+ 3,7	+ 12,5	+ 2,1	- 0,5	+ 6,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	- 1,9	+ 8,5	+ 11,4	- 11,8
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,2	+ 9,3	+ 3,3	+ 5,8	+ 4,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 6,8	+ 3,2	- 3,4	- 0,4	+ 1,6

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 5: Investitionen und Umsätze in den Bundesländern

ÖNACE-Gliederung, Sachgütererzeugung insgesamt

	Investitionen			
	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %			
Österreich	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8
Wien	+ 17,6	+ 0,6	- 24,7	+ 2,7
Niederösterreich	+ 7,5	- 1,0	- 5,5	- 0,2
Burgenland	+ 16,0	+ 9,6	- 7,1	- 12,4
Steiermark	+ 8,5	+ 10,3	- 5,4	+ 6,8
Kärnten	+ 16,7	+ 4,4	- 14,1	+ 2,3
Oberösterreich	+ 9,9	+ 9,0	- 7,3	+ 5,4
Salzburg	+ 12,8	+ 1,1	- 9,1	- 2,3
Tirol	+ 11,9	+ 7,3	- 4,0	- 3,7
Vorarlberg	+ 21,3	+ 10,7	- 3,0	- 9,1

	Umsätze			
	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %			
Österreich	+ 9,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 3,8
Wien	+ 8,8	- 2,0	- 6,3	+ 5,4
Niederösterreich	+ 10,5	+ 0,5	+ 3,9	+ 3,9
Burgenland	+ 9,4	+ 4,0	+ 6,8	+ 4,3
Steiermark	+ 8,7	+ 6,0	+ 0,7	+ 4,3
Kärnten	+ 9,2	+ 4,8	+ 2,3	+ 3,6
Oberösterreich	+ 8,8	+ 6,0	+ 3,5	+ 3,2
Salzburg	+ 8,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,5
Tirol	+ 11,0	+ 7,3	+ 6,6	+ 2,6
Vorarlberg	+ 10,0	+ 4,6	+ 3,5	+ 3,1

Q: WIFO-Investitionstest.

Entwicklung in den Bundesländern

Die Investitionspläne der Sachgütererzeuger lassen 2003 – bedingt durch die regionale Industriestruktur – in Oberösterreich und in der Steiermark eine Steigerung erwarten. Ein geringfügiger Anstieg erscheint in Kärnten und Wien möglich. In den anderen Bundesländern ist mit einer Stagnation beziehungsweise Einbußen zu rechnen. Lässt man die Kfz-Industrie außer Acht, so bleibt das Investitionsklima in allen Bundesländern relativ verhalten.

Übersicht 6: Umfang der Erhebung in der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte 2002		Repräsentationsgrad In %
		Gemeldet	Insgesamt	
Sachgütererzeugung insgesamt	696	221.796	549.077	40,4
Bergbau	3	3.073	4.002	76,8
Vorprodukte	386	106.113	252.547	42,0
Kraftfahrzeuge	21	19.254	25.275	76,2
Investitionsgüter	118	57.421	120.653	47,6
Dauerhafte Konsumgüter	34	8.250	30.168	27,3
Nahrungs- und Genussmittel	59	11.653	61.540	18,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	75	16.032	54.892	29,2

Q: WIFO-Investitionstest.

Mäßige Umsatzsteigerungen

Die Sachgütererzeuger erwarten im Jahr 2003 eine nominelle Umsatzsteigerung von 3,8%. Im Vorjahr betrug der Zuwachs nominell 1,7%. Nach Branchen-Obergruppen betrachtet ergibt sich ein sehr differenziertes Bild: Die Hersteller von Kraftfahrzeugen rechnen mit einem starken Zuwachs von 8,2%, und auch in der Investitionsgüterindustrie werden die Umsätze überdurchschnittlich wachsen (+6%). Die Produzenten dauerhafter Konsumgüter werden dagegen weniger umsetzen als im Vorjahr (-11,8%), die Hersteller kurzlebiger Konsumgüter ist nur geringfügig mehr.

Anders als für die Branchen-Obergruppen ergibt die Schätzung der erwarteten Umsätze für die einzelnen Bundesländer ein recht homogenes Bild: in allen Bundesländern gehen die Unternehmen von Steigerungen zwischen 3% und 5% aus.

Übersicht 7: Vergleich der Investitionspläne vom Herbst 2002 und vom Frühjahr 2003

	2. Plan 2003 gegen 1. Plan 2003		
	Korrektur nach unten	Keine Änderung	Korrektur nach oben
	Anteile in %		
Sachgütererzeugung insgesamt	29	41	31
Bergbau	57	29	14
Nahrungs- und Genussmittel	31	43	27
Textilien, Bekleidung und Lederzeugung und -verarbeitung	47	39	13
Be- und Verarbeitung von Holz, Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe, Verlagswesen, Druckerei, Holz, Papier und Druck	23	41	36
Chemikalien und chemische Erzeugnisse, Gummi- und Kunststoffwaren	29	41	30
Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden	39	33	27
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	22	53	24
Maschinenbau	26	39	35
Elektrotechnik	22	41	37
Fahrzeugbau	29	33	38
Sonstige Sachgütererzeugung	24	45	31

Die Bauwirtschaft erholt sich seit Anfang 2003. Im 1. Halbjahr und in den Sommermonaten weisen die Konjunkturindikatoren auf eine leichte Belebung der Bautätigkeit hin. Die Arbeitslosigkeit geht kontinuierlich zurück, Auftragslage und derzeitige Bautätigkeit werden im WIFO-Konjunkturtest günstiger beurteilt als zuletzt. Das WIFO erwartet in seiner jüngsten Prognose für 2003 einen Anstieg der realen Bauproduktion von 1,5% nach einer Stagnation 2002 und einem Rückgang 2001.

Aufgrund der verbesserten Konjunkturerwartungen veranschlagten die Bauunternehmer ihre Ausgaben für Maschinen- und Geräteinvestitionen für 2003 nicht mehr so zurückhaltend wie im vergangenen Jahr. Nachdem sie 2002 nur rund 500 Mio. € oder um ein Drittel weniger investiert hatten als 2000, fielen die Plankorrekturen für 2003 weniger restriktiv aus: Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen ein Volumen der Bruttoanlageinvestitionen von 485 Mio. € erwarten. Damit würden die Investitionen nominell um 3% unter dem vorläufigen Ergebnis für 2002 bleiben⁵⁾. Die Maschinen und Geräteinvestitionen würden 2003 weniger gedrosselt, als noch in der Herbsthebung erwartet wurde.

Investitionen der Bauwirtschaft stagnieren auf niedrigem Niveau

Die Bauwirtschaft wird heuer voraussichtlich nur geringfügig weniger investieren als 2002. Die Bauproduktion sollte – getragen vom Tiefbau – leicht zunehmen (+1,5%).

Übersicht 8: Bruttoanlageinvestitionen der Bauwirtschaft

		2001	2002	2003
Nominell	Mio. €	537	500	485
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	- 38,0	- 6,9	- 3,0

Q: WIFO-Investitionstest. Schätzung aus Unternehmerangaben unter Berücksichtigung des Revisionsverhaltens.

Die Investitionspläne der Bauunternehmen spiegeln die unterschiedliche Auftragslage in den einzelnen Bausparten wider: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2003 verzeichneten vor allem die Hochbauunternehmen eine Verbesserung, die Tiefbautätigkeit wurde jedoch erst in den Sommermonaten kräftiger ausgeweitet. Im Hochbau wurden in der Folge die Budgets für Maschinen- und Gerätekäufe (von einem sehr niedrigen Niveau aus) etwas stärker nach oben korrigiert als im Tiefbau, der schon im Vorjahr besser ausgelastet war.

Übersicht 9: Investitionspläne und ihre Revisionen

Bauwirtschaft

	1999	2000	2001	2002	2003
			Mio. €		
Herbst 1998	212				
Frühjahr 1999	407				
Herbst 1999	352	292			
Frühjahr 2000	566	415			
Herbst 2000		401	429		
Frühjahr 2001	701	607	421		
Herbst 2001			317	315	
Frühjahr 2002		866	503	355	
Herbst 2002				285	242
Frühjahr 2003			537	381	381

Q: WIFO-Investitionstest. Neuberechnung einschließlich nachträglich eintreffender Meldungen.

Obwohl die Bauwirtschaft etwas an Dynamik gewinnt, planen die Bauunternehmer ihre Ausgaben für den Maschinenpark weiterhin sehr vorsichtig.

Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes) sank 2002 auf 3%, den niedrigsten Wert seit sieben Jahren. Die Investitionsintensität (Investitionen je Beschäftigten) wird 2003 mit 4.034 € etwa gleich hoch sein wie 2002. Im kapitalintensiven Tiefbau nimmt sie etwas zu, vor allem wegen der verstärkten Auftragsvergabe

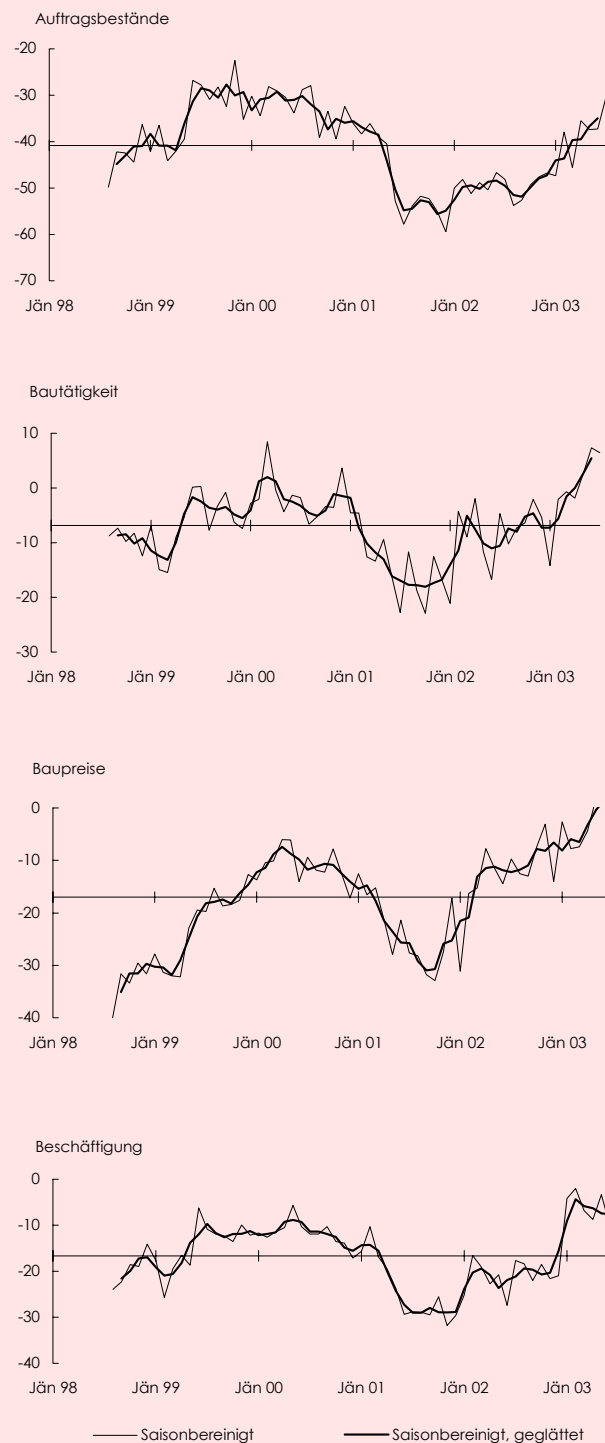
⁵⁾ Auf Basis des 2. Plans für 2003 ergibt sich im Vergleich zum 4. Plan 2002 sogar eine Stagnation der Investitionen. In der Bauwirtschaft werden die Investitionspläne jedoch regelmäßig umfangreich revidiert. Berücksichtigt man, dass die Investitionen von Plan zu Plan nach oben korrigiert werden, so ist 2003 mit einem schwachen Rückgang um 3% zu rechnen.

im Straßen- und Schienenbau: Die ASFINAG hat für 2003 ein Auftragsvolumen von über 1 Mrd. € freigegeben.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt im Juli eine kräftige Belebung des Tiefbaus. Aber auch der Wohnungsbau hat sich aus der Talsohle gelöst, und der sonstige Hochbau dürfte von der Verlängerung der Möglichkeit zur erhöhten vorzeitigen Abschreibung bis Ende 2003 profitieren. Vor dem Hintergrund dieser Konjunkturbelebung könnte die Investitionsbereitschaft der Bauunternehmen im kommenden Jahr etwas steigen.

Abbildung 2: Konjunkturschätzung in der Bauwirtschaft

Salden aus positiven und negativen Einschätzungen in % aller Meldungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Investitionstest.

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen wollen 2003 um 17,7% mehr investieren als im Vorjahr. Diese Expansion zeichnete sich bereits im WIFO-Investitionstest vom Herbst 2002 ab. Trotz der beträchtlichen Zunahme wird das Niveau der Investitionen von 2001 nicht erreicht werden. Dieser erste kräftige Anstieg seit 1997 deutet auf ein Ende der massiven Strukturanpassungen im Zuge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes seit 2000 hin. Nach den jüngsten Plänen wird der Verbundkonzern um 26,6%, die Landesgesellschaften um 12,8% mehr investieren.

Anhaltend expansive Investitionspläne in der Elektrizitätswirtschaft, im Verkehrs- und Versorgungsbereich

Übersicht 10: Investitionen der Elektrizitätswirtschaft

	2000	2001	2002	2003	2001-2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mio. €						
Erfasste Elektrizitätswirtschaft	729	668	504	593	- 8,3	- 24,6	+ 17,7
Verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft	687	607	489	568	- 11,6	- 19,6	+ 16,2
Verbundkonzern	76	63	58	73	- 16,8	- 8,8	+ 26,6
Landesgesellschaften	526	459	352	397	- 12,7	- 23,4	+ 12,8
Landeshauptstädtische EVU	85	85	80	98	- 0,0	- 6,9	+ 23,3

Q: WIFO-Investitionstest.

Im Jahr 2002 investierten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach vorläufigen Ergebnissen insgesamt 503,7 Mio. €; das entspricht einer Verringerung um 24,6% gegenüber 2001 (668 Mio. €). Der Rückgang konzentrierte sich auf die Landesgesellschaften (-23,4%).

Übersicht 11: Investitionen in Bauten

Elektrizitätswirtschaft

	2000	2001	2002	2003	2001-2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mio. €						
Erfasste Elektrizitätswirtschaft	90	96	66	72	+ 6,6	- 31,0	+ 8,4
Verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft	79	56	58	56	- 29,5	+ 4,6	- 2,9
Verbundkonzern	7	20	18	14	+ 195,3	- 11,6	- 21,8
Landesgesellschaften	64	23	23	31	- 64,1	- 1,4	+ 36,8
Landeshauptstädtische EVU	8	13	18	12	+ 55,2	+ 40,2	- 34,4

Q: WIFO-Investitionstest.

Erstmals seit mehreren Jahren sind auch die Investitionspläne der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe für 2003 expansiv. Sie sehen nach der Stagnation im Vorjahr eine starke Ausweitung der Investitionen um 13,1% vor. Damit dürfte das Investitionsniveau des Jahres 2000 deutlich überschritten werden.

Übersicht 12: Investitionen der städtischen Verkehrs- und Versorgungsbetriebe

	2000	2001	2002	2003	2001-2003 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Mio. €						
Erfasste Stadtwerke	604	600	597	674	- 0,7	- 0,6	+ 13,1
Gaswerke	153	146	119	121	- 4,8	- 18,6	+ 2,2
Wasserwerke	67	58	34	40	- 12,4	- 41,5	+ 18,2
Verkehrsbetriebe ¹⁾	288	282	328	361	- 2,1	+ 16,4	+ 10,1
Fernheizwerke	97	114	116	152	+ 18,0	+ 1,3	+ 31,1

Q: WIFO-Investitionstest. - ¹⁾ Einschließlich der Aufwendungen für den Bau der U-Bahn in Wien.

Literaturhinweise

Bartholmai, B., "Zur Entwicklung der Bauwirtschaft 2000 und 2001 – Produktionsniveau wird nur knapp gehalten", DIW-Wochenbericht, 2000, (22/00).

Marterbauer, M., "Konjunkturaufschwung nicht in Sicht. Prognose für 2003 und 2004", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 467-480, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24411.

OECD, OECD Information Technology Outlook, Paris, 2002.

Investment will Remain Steady at a Low Level

Results of the WIFO Investment Survey of Spring 2003 – Summary

For 2003, the Austrian manufacturing industry as well as the electricity, gas, water and public transport sectors plan to invest € 6.8 billion at current prices. The plans indicate a minor increase in investment spending, up 1.8 percent compared to 2002, but slower than foreseen in October-November 2002, when a plus of about 5.7 percent was forecast for 2003. The reason for the decline is that industries producing non-durable consumer goods substantially cut back on their investment plans. Another reason for the poor overall investment performance is that investments in buildings will decrease sharply by about 30 percent. In contrast, investment in machinery and equipment including ICT investment will grow by 6.4 percent. This increase will be substantial enough to offset the decline in investment in structures.

The rise in investment spending is restricted to a few sectors where figures are, however, large. The headiest growth rate, of about 125 percent over the previous year, is reported by the energy utilities. Transport equipment industries plan to increase their capital outlays by more than 80 percent. In contrast, companies manufacturing non-durable consumer goods and intermediate goods plan significant cuts of their investment expenditures.

The survey also contains data on actual and planned investment in intangible assets such as R&D expenditures, marketing and software. Furthermore this year's survey is the first to include actual and planned investment in hardware and telecommunications equipment. For manufacturing, the share of total ICT investment (hardware, telecommunications and software) in total non-residential gross fixed capital formation was 3.8 percent in 2002. Investment in hardware and software will rise by 11 percent and 25 percent, respectively, in 2003.

Anhang: Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003

Übersicht 1: Entwicklung der Investitionen und Umsätze

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €								
<i>Investitionen</i>									
Industrie nach Fachverbänden	3.890	4.693	4.433	4.103	5.097	5.327	5.588	5.043	5.780
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	4.709	5.478	5.528	5.501	6.326	7.072	7.440	6.724	6.847
Real, zu Preisen von 1995	4.709	5.467	5.500	5.435	6.208	6.900	7.168	6.484	6.609
Bauhauptgewerbe	302	393	432	461	701	866	537	381	381
Elektrizitätswirtschaft insgesamt	1.003	926	1.065	979	846	729	668	504	593
Verkehrs- und Versorgungsbetriebe	719	697	684	661	655	604	600	597	674
<i>Umsätze</i>									
Industrie nach Fachverbänden	69.366	66.857	70.747	74.758	78.530	84.781	85.247	86.482	89.793
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	81.666	83.083	90.816	95.703	99.260	108.511	112.141	114.026	118.401
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
<i>Investitionen</i>									
Industrie nach Fachverbänden	+ 10,3	+ 20,7	- 5,5	- 7,5	+ 24,2	+ 4,5	+ 4,9	- 9,8	+ 14,6
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	.	+ 16,3	+ 0,9	- 0,5	+ 15,0	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8
Real, zu Preisen von 1995	.	+ 16,1	+ 0,6	- 1,2	+ 14,2	+ 11,1	+ 3,9	- 9,5	+ 1,9
Bauhauptgewerbe und Bauindustrie	- 29,8	+ 30,0	+ 10,0	+ 6,7	+ 52,1	+ 23,6	- 38,0	- 29,1	+ 0,1
Elektrizitätswirtschaft insgesamt	+ 1,6	- 7,7	+ 15,0	- 8,1	- 13,5	- 13,9	- 8,3	- 24,6	+ 17,7
Verkehrs- und Versorgungsbetriebe	+ 0,0	- 3,0	- 2,0	- 3,2	- 1,0	- 7,7	- 0,7	- 0,6	+ 13,1
<i>Umsätze</i>									
Industrie nach Fachverbänden	+ 2,1	- 3,6	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,5	+ 1,4	+ 3,8
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	.	+ 1,7	+ 9,3	+ 5,4	+ 3,7	+ 9,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 3,8

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 2: Umfang der Erhebung

Industrie nach Fachverbänden

	Beschäftigte 2002		Repräsentationsgrad In %
	Gemeldet	Insgesamt	
Industrie insgesamt	219.100	393.147	55,7
Bergwerke	1.135	2.743	41,4
Eisenhütten	13.056	13.488	96,8
NE-Metallindustrie	3.662	5.649	64,8
Stein- und keramische Industrie	8.273	16.369	50,5
Glasindustrie	7.202	9.347	77,1
Chemische Industrie, Erdölindustrie	28.592	44.882	63,7
Papierherzeugende Industrie	5.932	9.120	65,0
Papierverarbeitende Industrie	4.173	8.697	48,0
Sägeindustrie	2.003	4.600	43,5
Holzverarbeitende Industrie	9.084	24.913	36,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	11.918	30.184	39,5
Lederherzeugende Industrie	1.857	2.056	90,3
Lederverarbeitende Industrie	1.932	3.423	56,4
Textilindustrie	7.320	15.495	47,2
Bekleidungsindustrie	1.399	6.827	20,5
Gießereindustrie	3.845	8.345	46,1
Maschinen- und Stahlbauindustrie	33.324	61.499	54,2
Fahrzeugindustrie	16.460	27.405	60,1
Eisen- und Metallwarenindustrie	22.102	42.452	52,1
Elektroindustrie	35.831	55.653	64,4

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 3: Investitionsentwicklung

Industrie nach Fachverbänden

	1999 5. Plan	2000 5. Plan	2001 5. Plan	2002 4. Plan	2003 2. Plan	5. Plan 1999 gegen 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Mio. € (hochgeschätzt)					Veränderung in %				
Industrie insgesamt	5.097	5.327	5.588	5.043	5.780	+ 24,2	+ 4,5	+ 4,9	- 9,7	+ 14,6
Basissektor	936	852	855	1.164	1.119	+ 6,2	- 9,0	+ 0,4	+ 36,1	- 3,8
Chemie	764	716	676	671	868	+ 45,7	- 6,4	- 5,5	- 0,8	+ 29,4
Technische Verarbeitung	1.809	2.264	2.651	1.972	2.570	+ 17,7	+ 25,1	+ 17,1	- 25,6	+ 30,3
Bauzulieferung	1.001	745	609	468	447	+ 90,5	- 25,6	- 18,2	- 23,2	- 4,3
Traditionelle Konsumgüter	586	751	796	770	777	- 7,6	+ 28,2	+ 6,1	- 3,4	+ 1,0
Bergwerke	71	47	34	29	33	+ 62,4	- 34,2	- 27,1	- 15,4	+ 12,5
Erdölindustrie	238	251	108	127	277	+ 66,7	+ 5,5	- 56,8	+ 17,5	+ 117,3
Eisenhütten	266	209	286	306	304	- 10,2	- 21,6	+ 36,8	+ 7,1	- 0,7
NE-Metallindustrie	118	90	85	86	96	+ 89,2	- 23,3	- 6,2	+ 1,6	+ 11,6
Stein- und keramische Industrie	215	170	144	143	173	- 5,0	- 20,9	- 15,6	- 0,3	+ 20,6
Glasindustrie	79	138	171	165	95	+ 3,9	+ 74,7	+ 23,8	- 3,3	- 42,6
Chemische Industrie	764	716	676	671	868	+ 45,7	- 6,4	- 5,5	- 0,8	+ 29,4
Papierherzeugende Industrie	176	183	250	515	322	- 33,5	+ 3,5	+ 37,1	+ 105,9	- 37,4
Papierverarbeitende Industrie	69	96	79	92	137	+ 2,8	+ 37,8	+ 17,6	+ 17,6	+ 48,6
Sägeindustrie	488	235	103	50	45	+ 638,1	- 51,9	- 56,3	- 51,4	- 9,2
Holzverarbeitende Industrie	219	202	192	110	135	+ 39,6	- 7,7	- 4,9	- 43,0	+ 23,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	389	519	569	526	532	+ 12,3	+ 33,3	+ 9,6	- 7,5	+ 1,1
Lederherzeugende Industrie	8	10	14	14	6	- 59,2	+ 23,6	+ 41,5	- 2,9	- 55,7
Lederverarbeitende Industrie	8	9	8	10	4	+ 103,5	+ 3,5	- 6,1	+ 27,7	- 64,2
Textilindustrie	98	93	102	106	79	- 9,6	- 5,5	+ 10,0	+ 3,5	- 25,8
Bekleidungsindustrie	12	25	24	21	20	- 85,8	+ 100,9	- 2,0	- 13,5	- 7,5
Gießereindustrie	66	72	92	100	87	- 5,8	+ 9,0	+ 27,0	+ 9,3	- 12,9
Maschinen- und Stahlbauindustrie	384	522	606	764	968	- 3,1	+ 35,9	+ 16,0	+ 26,2	+ 26,7
Fahrzeugindustrie	373	373	263	314	669	+ 36,9	- 0,2	- 29,4	+ 19,2	+ 113,2
Eisen- und Metallwarenindustrie	409	457	524	480	510	+ 3,9	+ 11,5	+ 14,7	- 8,3	+ 6,2
Elektroindustrie	642	913	1.259	414	423	+ 35,3	+ 42,1	+ 37,9	- 67,1	+ 2,1

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 4: Revisionen der Investitionspläne 2002 und 2003

Industrie nach Fachverbänden

	2002				2003		Revisionen			
	1. Plan	2. Plan	3. Plan	4. Plan	1. Plan	2. Plan	2. Plan 2002 gegen 1. Plan 2002	3. Plan 2002 gegen 2. Plan 2002	4. Plan 2002 gegen 3. Plan 2002	2. Plan 2003 gegen 1. Plan 2003
	Mio. € (hochgeschätzt)					Veränderung in %				
Industrie insgesamt	5.268	4.846	4.829	5.043	5.935	5.780	- 8,0	- 0,4	+ 4,4	- 2,6
Basissektor	824	778	888	1.164	1.050	1.119	- 5,5	+ 14,1	+ 31,0	+ 6,5
Chemie	773	721	722	671	914	868	- 6,7	+ 0,1	- 7,1	- 5,1
Technische Verarbeitung	2.432	2.090	2.027	1.972	2.805	2.570	- 14,1	- 3,0	- 2,7	- 8,4
Bauzulieferung	515	556	491	468	486	447	+ 7,9	- 11,6	- 4,8	- 8,0
Traditionelle Konsumgüter	725	701	701	770	678	777	- 3,4	+ 0,0	+ 9,8	+ 14,6
Bergwerke	35	30	27	29	34	33	- 16,2	- 8,1	+ 6,5	- 3,7
Erdölindustrie	208	112	165	127	254	277	- 46,1	+ 47,0	- 22,6	+ 9,0
Eisenhütten	187	222	247	306	288	304	+ 18,8	+ 11,2	+ 23,9	+ 5,5
NE-Metallindustrie	75	98	99	86	85	96	+ 29,8	+ 1,1	- 12,8	+ 12,9
Stein- und keramische Industrie	149	155	138	143	208	173	+ 4,5	- 11,2	+ 3,7	- 17,0
Glasindustrie	183	187	207	165	104	95	+ 2,0	+ 10,5	- 20,1	- 8,9
Chemische Industrie	773	721	722	671	914	868	- 6,7	+ 0,1	- 7,1	- 5,1
Papierherzeugende Industrie	225	229	232	515	298	322	+ 1,6	+ 1,3	+ 122,2	+ 8,2
Papierverarbeitende Industrie	71	62	93	92	94	137	- 13,1	+ 50,4	- 0,0	+ 46,3
Sägeindustrie	41	62	46	50	44	45	+ 53,2	- 26,4	+ 8,3	+ 2,0
Holzverarbeitende Industrie	142	151	100	110	130	135	+ 6,3	- 33,4	+ 9,2	+ 3,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	510	495	491	526	472	532	- 3,0	- 0,8	+ 7,1	+ 12,7
Lederherzeugende Industrie	4	14	13	14	6	6	+ 256,7	- 4,7	+ 1,4	+ 1,8
Lederverarbeitende Industrie	8	9	11	10	6	4	+ 3,1	+ 27,0	- 3,6	- 32,0
Textilindustrie	100	97	73	106	83	79	- 2,8	- 24,7	+ 44,5	- 5,7
Bekleidungsindustrie	32	24	20	21	18	20	- 22,7	- 18,5	+ 6,3	+ 10,5
Gießereindustrie	93	88	119	100	92	87	- 5,3	+ 34,8	- 15,7	- 4,6
Maschinen- und Stahlbauindustrie	950	721	728	764	993	968	- 24,1	+ 0,9	+ 5,0	- 2,5
Fahrzeugindustrie	371	363	349	314	846	669	- 2,2	- 3,8	- 10,0	- 21,0
Eisen- und Metallwarenindustrie	520	492	478	480	525	510	- 5,3	- 2,9	+ 0,4	- 2,8
Elektroindustrie	592	514	473	414	441	423	- 13,1	- 8,0	- 12,4	- 4,2

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 5: Entwicklung des Umsatzes

Industrie nach Fachverbänden

	1999 5. Plan	2000 5. Plan	2001 5. Plan	2002 4. Plan	2003 2. Plan	5. Plan 1999 gegen 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Mio. € (hochgeschätzt)					Veränderung in %				
Industrie insgesamt	78.530	84.781	85.247	86.482	89.793	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,5	+ 1,4	+ 3,8
Basissektor	12.418	15.642	14.366	14.245	14.881	+ 3,1	+ 26,0	- 8,2	- 0,8	+ 4,5
Chemie	9.247	9.554	9.309	9.481	9.747	+ 13,4	+ 3,3	- 2,6	+ 1,8	+ 2,8
Technische Verarbeitung	35.862	38.142	39.384	40.361	42.774	+ 3,5	+ 6,4	+ 3,3	+ 2,5	+ 6,0
Bauzulieferung	8.270	8.734	8.675	8.377	8.508	+ 5,0	+ 5,6	- 0,7	- 3,4	+ 1,6
Traditionelle Konsumgüter	12.733	12.708	13.512	14.019	13.882	+ 5,8	- 0,2	+ 6,3	+ 3,8	- 1,0
Bergwerke	481	563	455	513	522	+ 7,4	+ 17,0	- 19,1	+ 12,6	+ 1,8
Erdölindustrie	3.325	5.200	3.987	3.402	3.756	+ 15,7	+ 56,4	- 23,3	- 14,7	+ 10,4
Eisenhütten	2.788	2.882	2.872	3.151	3.223	- 1,9	+ 3,4	- 0,4	+ 9,7	+ 2,3
NE-Metallindustrie	1.756	2.417	2.573	2.499	2.461	- 8,3	+ 37,7	+ 6,4	- 2,9	- 1,5
Stein- und keramische Industrie	2.868	2.826	2.806	2.788	2.761	+ 0,1	- 1,4	- 0,7	- 0,6	- 1,0
Glasindustrie	808	951	1.020	1.028	1.006	+ 6,6	+ 17,7	+ 7,2	+ 0,8	- 2,1
Chemische Industrie	9.247	9.554	9.309	9.481	9.747	+ 13,4	+ 3,3	- 2,6	+ 1,8	+ 2,8
Papierzeugende Industrie	3.207	3.653	3.476	3.525	3.747	+ 2,2	+ 13,9	- 4,9	+ 1,4	+ 6,3
Papierverarbeitende Industrie	1.480	1.528	1.728	1.743	1.762	+ 21,5	+ 3,2	+ 13,1	+ 0,9	+ 1,1
Sägeindustrie	1.403	1.683	1.259	1.046	1.127	+ 1,2	+ 19,9	- 25,2	- 16,9	+ 7,7
Holzverarbeitende Industrie	3.192	3.274	3.590	3.514	3.614	+ 11,4	+ 2,6	+ 9,7	- 2,1	+ 2,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	7.272	7.686	8.138	8.534	8.541	+ 12,3	+ 5,7	+ 5,9	+ 4,9	+ 0,1
Lederzeugende Industrie	302	354	449	488	487	- 4,3	+ 17,1	+ 26,9	+ 8,7	- 0,3
Lederverarbeitende Industrie	452	440	453	454	374	+ 5,0	- 2,6	+ 3,0	+ 0,3	- 17,7
Textilindustrie	2.471	2.000	1.962	2.100	2.031	- 10,5	- 19,0	- 1,9	+ 7,0	- 3,3
Bekleidungsindustrie	756	700	782	699	688	- 10,1	- 7,4	+ 11,8	- 10,6	- 1,6
Gießereiindustrie	862	926	1.003	1.154	1.172	+ 4,9	+ 7,5	+ 8,3	+ 15,1	+ 1,6
Maschinen- und Stahlbauindustrie	11.995	13.027	13.175	14.403	15.408	- 3,2	+ 8,6	+ 1,1	+ 9,3	+ 7,0
Fahrzeugindustrie	6.191	6.092	6.320	6.923	7.628	+ 8,9	- 1,6	+ 3,7	+ 9,5	+ 10,2
Eisen- und Metallwarenindustrie	6.225	6.463	7.062	7.484	7.201	- 1,8	+ 3,8	+ 9,3	+ 6,0	- 3,8
Elektroindustrie	11.451	12.560	12.827	11.551	12.538	+ 11,9	+ 9,7	+ 2,1	- 10,0	+ 8,5

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 6: Investitionskennzahlen: Investitionsintensität, Investitionsquote

Industrie nach Fachverbänden

	1999	Investitionsintensität Investitionen je Beschäftigte in €			2003	1999	Investitionsquote Investitionen in % des Umsatzes			2003
	1999	2000	2001	2002	2003	1999	2000	2001	2002	2003
Industrie insgesamt	12.635	13.187	13.918	12.828	14.703	6,5	6,3	6,6	5,8	6,4
Basissektor	22.449	20.400	21.157	27.429	26.373	7,5	5,5	6,0	8,2	7,5
Chemie	17.433	16.670	15.980	16.041	20.753	8,3	7,5	7,3	7,1	8,9
Technische Verarbeitung	9.477	11.803	13.761	10.544	13.741	5,0	5,9	6,7	4,9	6,0
Bauzulieferung	17.597	12.649	10.496	8.467	8.102	12,1	8,5	7,0	5,6	5,3
Traditionelle Konsumgüter	8.366	10.950	11.702	11.540	11.651	4,6	5,9	5,9	5,5	5,6
Bergwerke	21.070	14.618	13.486	10.551	11.869	14,8	8,3	7,5	5,6	6,2
Erdölindustrie	65.939	71.283	32.600	41.339	89.831	7,2	4,8	2,7	3,7	7,4
Eisenhütten	19.386	15.434	23.699	22.683	22.530	9,6	7,3	10,0	9,7	9,4
NE-Metallindustrie	26.190	18.027	14.398	15.236	17.002	6,7	3,7	3,3	3,4	3,9
Stein- und keramische Industrie	12.291	9.863	8.462	8.742	10.538	7,5	6,0	5,1	5,1	6,3
Glasindustrie	10.151	16.252	18.146	17.664	10.138	9,8	14,5	16,8	16,1	9,4
Chemische Industrie	17.433	16.670	15.980	16.041	20.753	8,3	7,5	7,3	7,1	8,9
Papierzeugende Industrie	19.193	20.167	27.619	56.484	35.346	5,5	5,0	7,2	14,6	8,6
Papierverarbeitende Industrie	7.731	11.056	8.939	10.635	15.806	4,7	6,3	4,6	5,3	7,8
Sägeindustrie	77.085	31.894	17.654	10.829	9.832	34,8	13,9	8,2	4,8	4,0
Holzverarbeitende Industrie	8.665	7.840	7.438	4.399	5.417	6,9	6,2	5,4	3,1	3,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	13.155	17.367	19.159	17.426	17.612	5,4	6,8	7,0	6,2	6,2
Lederzeugende Industrie	4.703	5.430	7.269	6.596	2.919	2,6	2,8	3,1	2,8	1,2
Lederverarbeitende Industrie	2.172	2.414	2.329	3.055	1.095	1,9	2,0	1,8	2,3	1,0
Textilindustrie	5.499	5.466	6.148	6.834	5.071	4,0	4,7	5,2	5,0	3,9
Bekleidungsindustrie	1.553	3.274	3.260	3.095	2.862	1,6	3,6	3,1	3,0	2,8
Gießereiindustrie	9.098	9.708	12.147	12.012	10.467	7,7	7,8	9,2	8,7	7,5
Maschinen- und Stahlbauindustrie	6.276	8.592	9.776	12.426	15.745	3,2	4,0	4,6	5,3	6,3
Fahrzeugindustrie	15.434	15.153	10.091	11.452	24.413	6,0	6,1	4,2	4,5	8,8
Eisen- und Metallwarenindustrie	8.899	9.749	11.625	11.306	12.005	6,6	7,1	7,4	6,4	7,1
Elektroindustrie	10.796	15.309	21.127	7.437	7.596	5,6	7,3	9,8	3,6	3,4

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 7: Struktur der Investitionen

Industrie nach Fachverbänden

	2001				2002				2003			
	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Soft-ware	Maschi-nen	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Soft-ware	Maschi-nen	Bauten	Com-puter-Hard-ware	Soft-ware	Maschi-nen
Anteile an den Investitionen in %												
Industrie insgesamt	15,11	2,14	1,54	46,34	18,10	1,95	1,28	44,88	10,88	2,01	1,45	54,47
Basissektor	13,42	0,98	0,33	36,04	20,90	0,88	0,57	44,66	6,79	0,77	1,20	47,66
Chemie	13,19	2,01	0,94	44,27	16,12	1,59	0,94	51,88	13,58	1,47	0,90	63,16
Technische Verarbeitung	14,12	2,75	2,19	56,37	14,51	2,78	1,83	48,53	11,57	2,77	1,58	61,63
Bauzulieferung	27,96	2,23	1,27	37,12	31,47	2,35	1,86	32,58	18,36	2,84	2,52	36,76
Traditionelle Konsumgüter	13,56	1,81	1,99	32,04	14,83	2,12	1,27	33,89	9,61	2,45	1,71	40,02
Bergwerke	15,44	2,39	0,41	31,54	13,17	3,78	1,33	25,39	5,57	3,80	0,33	40,34
Erdölindustrie	40,45	0,00	0,00	12,62	66,29	0,00	0,00	2,12	0,00	0,00	0,00	0,00
Eisenhütten	7,16	0,89	0,03	29,27	12,62	1,29	0,31	36,66	12,26	0,68	1,27	80,63
NE-Metallindustrie	3,06	0,71	0,77	44,88	12,21	0,49	0,13	29,62	1,66	0,51	2,17	53,49
Stein- und keramische Industrie	19,50	1,92	1,84	18,93	16,62	1,94	0,93	23,50	12,79	1,62	1,32	28,75
Glasindustrie	40,15	1,64	1,06	33,06	47,48	1,50	1,08	30,70	23,29	1,93	1,56	45,83
Chemische Industrie	13,19	2,01	0,94	44,27	16,12	1,59	0,94	51,88	13,58	1,47	0,90	63,16
Papierherstellende Industrie	9,75	1,61	0,92	59,57	16,05	0,77	1,05	66,78	8,66	1,50	2,48	60,04
Papierverarbeitende Industrie	13,78	1,50	0,81	48,46	9,17	1,56	1,16	36,85	5,62	2,13	1,25	58,57
Sägeindustrie	10,84	1,09	0,49	67,62	17,25	1,42	5,31	57,32	16,74	3,43	6,49	56,98
Holzverarbeitende Industrie	22,65	4,18	1,47	47,57	15,09	6,28	4,18	41,54	20,07	5,88	4,37	28,22
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	12,69	1,75	2,28	28,75	15,58	2,18	1,27	30,81	10,61	2,46	1,98	34,85
Lederherstellende Industrie	12,82	0,00	0,00	0,00	27,78	0,00	0,00	0,00	2,79	0,10	0,10	0,00
Lederverarbeitende Industrie	31,46	0,13	0,53	23,56	45,94	0,32	0,66	21,74	16,07	4,73	1,80	18,91
Textilindustrie	17,32	3,24	1,83	49,47	11,13	2,15	1,56	55,14	12,15	3,22	1,09	46,65
Bekleidungsindustrie	1,26	0,95	5,58	12,91	0,75	13,07	3,79	17,83	2,51	2,14	1,77	21,23
Gießereindustrie	23,31	1,13	0,49	40,05	6,50	0,93	0,57	66,66	9,35	1,99	0,53	47,03
Maschinen- und Stahlbauindustrie	22,54	2,71	1,24	48,23	13,95	1,77	1,13	61,30	16,54	2,13	1,34	58,15
Fahrzeugindustrie	8,61	4,65	3,95	40,50	6,77	3,44	1,70	37,08	1,01	1,79	1,21	75,26
Eisen- und Metallwarenindustrie	23,92	1,82	1,03	46,12	27,70	2,74	1,31	43,31	19,35	2,24	1,23	53,44
Elektroindustrie	8,59	2,66	2,59	66,41	8,49	3,92	3,48	41,66	10,36	6,39	3,13	54,67

Q: WIFO-Investitionstest. Differenz auf 100%: sonstige Ausrüstungsinvestitionen.

Übersicht 8: Entwicklung der Lagerbestände

Industrie nach Fachverbänden

	1998	1999	2000	2001	2002	5. Plan	5. Plan	5. Plan	4. Plan
	5. Plan	5. Plan	5. Plan	5. Plan	4. Plan	1999	2000	2001	2002
						gegen	gegen	gegen	gegen
						5. Plan	5. Plan	5. Plan	5. Plan
						1998	1999	2000	2001
Mio. € (hochgeschätzt)						Veränderung in %			
Industrie insgesamt	10.735	10.540	10.624	10.944	10.817	- 1,8	+ 0,8	+ 3,0	- 1,2
Basissektor	1.234	1.285	1.396	1.344	1.541	+ 4,2	+ 8,6	- 3,7	+ 14,7
Chemie	1.321	1.433	1.221	1.202	1.275	+ 8,5	- 14,8	- 1,6	+ 6,1
Technische Verarbeitung	5.169	4.961	5.023	5.317	5.016	- 4,0	+ 1,3	+ 5,8	- 5,7
Bauzulieferung	1.120	1.076	1.099	1.142	1.095	- 4,0	+ 2,2	+ 3,9	- 4,1
Traditionelle Konsumgüter	1.891	1.785	1.884	1.939	1.890	- 5,6	+ 5,5	+ 2,9	- 2,5
Bergwerke	71	72	78	64	81	+ 0,9	+ 8,8	- 17,8	+ 26,6
Erdölindustrie	201	179	186	284	260	- 11,3	+ 4,1	+ 52,6	- 8,5
Eisenhütten	413	426	470	328	510	+ 3,0	+ 10,3	- 30,2	+ 55,5
NE-Metallindustrie	130	193	233	212	219	+ 48,2	+ 20,6	- 9,0	+ 3,3
Stein- und keramische Industrie	349	334	280	285	290	- 4,3	- 16,1	+ 1,7	+ 1,8
Glasindustrie	165	155	170	253	241	- 6,2	+ 9,8	+ 48,9	- 4,7
Chemische Industrie	1.321	1.433	1.221	1.202	1.275	+ 8,5	- 14,8	- 1,6	+ 6,1
Papierherstellende Industrie	301	280	286	277	259	- 6,7	+ 2,1	- 3,2	- 6,5
Papierverarbeitende Industrie	79	103	89	92	93	+ 31,1	- 13,6	+ 3,4	+ 1,1
Sägeindustrie	181	171	230	167	137	- 5,5	+ 33,9	- 27,2	- 18,0
Holzverarbeitende Industrie	425	415	420	437	427	- 2,2	+ 1,0	+ 4,2	- 2,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	943	981	1.123	1.212	1.218	+ 4,0	+ 14,5	+ 8,0	+ 0,5
Lederherstellende Industrie	26	20	22	21	22	- 25,7	+ 11,5	- 3,6	+ 4,8
Lederverarbeitende Industrie	72	77	78	73	60	+ 7,1	+ 0,8	- 5,9	- 17,8
Textilindustrie	482	422	402	348	322	- 12,3	- 4,8	- 13,4	- 7,5
Bekleidungsindustrie	290	182	171	193	175	- 37,0	- 6,2	+ 12,8	- 9,3
Gießereindustrie	117	136	143	179	212	+ 16,2	+ 5,1	+ 25,3	+ 18,4
Maschinen- und Stahlbauindustrie	2.582	2.233	2.251	2.457	2.381	- 13,5	+ 0,8	+ 9,2	- 3,1
Fahrzeugindustrie	578	500	562	645	726	- 13,5	+ 12,5	+ 14,7	+ 12,6
Eisen- und Metallwarenindustrie	1.015	1.042	1.145	1.209	986	+ 2,7	+ 9,9	+ 5,6	- 18,4
Elektroindustrie	994	1.186	1.065	1.006	923	+ 19,3	- 10,2	- 5,5	- 8,3

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 9: Investitionen und Umsätze in den Bundesländern

Industrie nach Fachverbänden

	Investitionen				Umsätze			
	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %				Veränderung in %			
Österreich	+ 7,2	+ 5,9	- 8,4	+ 16,3	+ 10,6	- 1,4	+ 2,3	+ 4,2
Wien	+ 6,3	- 9,1	- 8,6	+ 96,5	+ 1,4	+ 0,1	+ 6,8	- 1,9
Niederösterreich	- 0,1	- 27,2	+ 7,5	+ 21,1	+ 20,3	- 10,9	- 3,9	+ 4,6
Burgenland	- 27,4	+ 23,3	- 48,9	+ 67,3	+ 1,0	+ 4,8	+ 3,7	+ 1,0
Steiermark	+ 2,0	- 0,3	- 23,2	- 3,4	+ 9,7	- 0,4	+ 4,8	+ 7,3
Kärnten	+ 63,4	+ 29,9	- 68,8	+ 40,2	+ 20,1	- 3,6	+ 1,1	+ 1,3
Oberösterreich	+ 4,3	+ 33,2	+ 17,8	+ 9,5	+ 8,7	+ 4,0	+ 1,8	+ 5,1
Salzburg	+ 9,3	+ 49,4	- 28,7	+ 13,9	+ 6,4	+ 2,2	+ 5,4	+ 9,7
Tirol	+ 2,1	+ 9,3	+ 15,7	+ 4,0	+ 14,3	+ 4,0	+ 5,2	+ 7,0
Vorarlberg	+ 26,7	+ 10,5	+ 6,1	- 1,9	+ 8,3	+ 5,8	+ 4,4	+ 1,3

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 10: Verwendete Sektorgliederung nach ÖNACE

Sachgütererzeugung insgesamt

Bergbau

10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung
11	Erdöl-, Erdgasbergbau und damit verbundene Dienstleistungen
12	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen

Vorprodukte

13	Erzbergbau
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
20	Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)
21	Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe
24	Chemikalien und chemische Erzeugnisse
25	Gummi- und Kunststoffwaren
26	Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden
27	Metallerzeugung und -bearbeitung
28	Metallerzeugnisse
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
37	Rückgewinnung

Kraftfahrzeuge

34	Kraftwagen und Kraftwagenteile
----	--------------------------------

Investitionsgüter

29	Maschinenbau
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und Einrichtungen
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik
35	Sonstiger Fahrzeugbau

Dauerhafte Konsumgüter

36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse
----	--

Nahrungs- und Genussmittel

15, 16	Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Tabakverarbeitung
--------	---

Nichtdauerhafte Konsumgüter

17	Textilien und Textilwaren (ohne Bekleidung)
18	Bekleidung
19	Ledererzeugung und -verarbeitung
22	Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern

Übersicht 11: Entwicklung der Investitionen

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	2000	2001	2002	2003	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Mio. €					Veränderung in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	6.326	7.072	7.440	6.724	6.847	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8
Bergbau	164	171	67	88	199	+ 4,7	- 60,8	+ 31,1	+ 125,4
Vorprodukte	3.428	3.314	3.607	3.530	3.445	- 3,3	+ 8,8	- 2,1	- 2,4
Kraftfahrzeuge	357	402	387	456	822	+ 12,4	- 3,7	+ 17,9	+ 80,5
Investitionsgüter	928	1.354	1.554	892	903	+ 46,0	+ 14,8	- 42,6	+ 1,3
Dauerhafte Konsumgüter	212	218	209	155	174	+ 2,7	- 4,0	- 25,9	+ 12,2
Nahrungs- und Genussmittel	653	984	1.003	983	989	+ 50,7	+ 1,8	- 1,9	+ 0,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	584	629	613	620	315	+ 7,8	- 2,5	+ 1,0	- 49,2

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 12: Entwicklung der Umsätze

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	2000	2001	2002	2003	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Mio. €					Veränderung in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	99.260	108.511	112.141	114.026	118.401	+ 9,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 3,8
Bergbau	2.441	3.636	2.793	2.683	2.925	+ 49,0	- 23,2	- 4,0	+ 9,0
Vorprodukte	43.402	47.227	49.977	51.200	53.054	+ 8,8	+ 5,8	+ 2,4	+ 3,6
Kraftfahrzeuge	7.096	7.361	8.081	7.635	8.260	+ 3,7	+ 9,8	- 5,5	+ 8,2
Investitionsgüter	20.607	23.185	23.662	23.552	24.967	+ 12,5	+ 2,1	- 0,5	+ 6,0
Dauerhafte Konsumgüter	4.259	4.177	4.533	5.052	4.457	- 1,9	+ 8,5	+ 11,4	- 11,8
Nahrungs- und Genussmittel	12.877	14.072	14.543	15.389	16.090	+ 9,3	+ 3,3	+ 5,8	+ 4,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	8.578	8.853	8.552	8.515	8.647	+ 3,2	- 3,4	- 0,4	+ 1,6

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 13: Investitionskennzahlen: Investitionsintensität, Investitionsquote

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1999	Investitionsintensität				2003	1999	Investitionsquote			
		2000	2001	2002	2003			2000	2001	2002	2003
		Investitionen je Beschäftigte in €					Investitionen in % des Umsatzes				
Sachgütererzeugung insgesamt	11.333	12.622	13.216	12.245	12.470	6,4	6,5	6,6	5,9	5,8	
Bergbau	35.246	38.740	16.453	22.017	49.622	6,7	4,7	2,4	3,3	6,8	
Vorprodukte	13.585	12.995	14.062	13.978	13.642	7,9	7,0	7,2	6,9	6,5	
Kraftfahrzeuge	15.242	16.529	15.246	18.031	32.540	5,0	5,5	4,8	6,0	10,0	
Investitionsgüter	7.748	11.108	12.459	7.390	7.485	4,5	5,8	6,6	3,8	3,6	
Dauerhafte Konsumgüter	6.344	6.590	6.485	5.133	5.762	5,0	5,2	4,6	3,1	3,9	
Nahrungs- und Genussmittel	10.478	15.896	16.245	15.981	16.072	5,1	7,0	6,9	6,4	6,1	
Nichtdauerhafte Konsumgüter	9.379	10.543	10.519	11.288	5.736	6,8	7,1	7,2	7,3	3,6	

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 14: Struktur der Investitionen

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2001				2002				2003			
	Bauten	Com- puter- Hard- ware	Software	Maschi- nen	Bauten	Com- puter- Hard- ware	Software	Maschi- nen	Bauten	Com- puter- Hard- ware	Software	Maschi- nen
	Anteile in %				Anteile in %				Anteile in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	14,96	2,24	1,40	44,32	18,08	2,16	1,27	43,89	11,87	2,38	1,62	52,32
Bergbau	38,26	0,37	0,46	12,54	65,41	0,07	0,19	2,09	0,00	0,49	0,06	2,92
Vorprodukte	16,53	1,80	0,94	45,38	21,08	1,85	1,17	45,99	13,75	2,08	1,68	58,10
Kraftfahrzeuge	11,43	2,93	2,47	57,12	2,16	2,11	1,03	67,63	9,24	1,37	0,88	77,71
Investitionsgüter	13,41	3,51	2,43	52,16	17,43	3,57	2,19	38,50	11,90	5,54	2,45	37,94
Dauerhafte Konsumgüter	18,44	3,54	1,43	23,79	13,07	4,77	3,63	26,52	11,89	3,39	4,44	25,80
Nahrungs- und Genussmittel	10,97	2,06	1,49	27,41	15,54	2,51	1,03	25,10	10,90	1,99	1,41	35,72
Nichtdauerhafte Konsumgüter	15,36	1,19	0,69	49,59	12,13	1,14	0,74	60,97	8,78	1,26	0,64	58,85

Q: WIFO-Investitionstest. Differenz auf 100%: sonstige Ausrüstungsinvestitionen.

Übersicht 15: Entwicklung der Lagerbestände

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1998	1999	2000	2001	2002	5. Plan 1999 gegen 5. Plan 1998	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001
	Mio. €					Veränderung in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	12.856	12.700	13.456	13.751	13.479	- 1,2	+ 6,0	+ 2,2	- 2,0
Bergbau	157	135	162	225	271	- 13,9	+ 19,9	+ 38,4	+ 20,7
Vorprodukte	5.511	5.547	5.893	5.666	5.857	+ 0,7	+ 6,2	- 3,9	+ 3,4
Kraftfahrzeuge	543	524	594	639	699	- 3,5	+ 13,3	+ 7,6	+ 9,4
Investitionsgüter	3.321	3.215	3.307	3.508	3.206	- 3,2	+ 2,9	+ 6,1	- 8,6
Dauerhafte Konsumgüter	853	909	794	990	832	+ 6,5	- 12,6	+ 24,6	- 15,9
Nahrungs- und Genussmittel	1.504	1.431	1.791	1.839	1.834	- 4,8	+ 25,2	+ 2,7	- 0,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	967	938	914	885	780	- 3,0	- 2,6	- 3,1	- 11,9

Q: WIFO-Investitionstest.

Übersicht 16: Investitionen und Umsätze in den Bundesländern

Nach ÖNACE, Sachgütererzeugung insgesamt

	Investitionen				Umsätze			
	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002	5. Plan 2000 gegen 5. Plan 1999	5. Plan 2001 gegen 5. Plan 2000	4. Plan 2002 gegen 5. Plan 2001	2. Plan 2003 gegen 4. Plan 2002
	Veränderung in %				Veränderung in %			
Österreich	+ 11,8	+ 5,2	- 9,6	+ 1,8	+ 9,3	+ 3,3	+ 1,7	+ 3,8
Wien	+ 17,6	+ 0,6	- 24,7	+ 2,7	+ 8,8	- 2,0	- 6,3	+ 5,4
Niederösterreich	+ 7,5	- 1,0	- 5,5	- 0,2	+ 10,5	+ 0,5	+ 3,9	+ 3,9
Burgenland	+ 16,0	+ 9,6	- 7,1	- 12,4	+ 9,4	+ 4,0	+ 6,8	+ 4,3
Steiermark	+ 8,5	+ 10,3	- 5,4	+ 6,8	+ 8,7	+ 6,0	+ 0,7	+ 4,3
Kärnten	+ 16,7	+ 4,4	- 14,1	+ 2,3	+ 9,2	+ 4,8	+ 2,3	+ 3,6
Oberösterreich	+ 9,9	+ 9,0	- 7,3	+ 5,4	+ 8,8	+ 6,0	+ 3,5	+ 3,2
Salzburg	+ 12,8	+ 1,1	- 9,1	- 2,3	+ 8,7	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,5
Tirol	+ 11,9	+ 7,3	- 4,0	- 3,7	+ 11,0	+ 7,3	+ 6,6	+ 2,6
Vorarlberg	+ 21,3	+ 10,7	- 3,0	- 9,1	+ 10,0	+ 4,6	+ 3,5	+ 3,1

Q: WIFO-Investitionstest. Veränderungsrate aus der Stichprobe (Schätzung ohne Hochrechnung).

Übersicht 17: Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie für Marketing und Werbung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	1998	Forschung und Entwicklung				2002	1998	Marketing und Werbung			
		1999	2000	2001	1999			2000	2001	2002	
		In % des Umsatzes						In % des Umsatzes			
Sachgütererzeugung insgesamt	2,5	2,8	3,0	2,4	2,6	2,0	2,0	1,8	1,6	1,6	
Bergbau	0,5	0,5	0,3	0,4	0,4	1,4	0,1	0,7	0,1	0,0	
Vorprodukte	1,6	1,8	2,9	1,3	1,4	1,8	1,6	1,4	1,2	1,3	
Kraftfahrzeuge	3,6	3,1	3,2	2,8	4,5	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	
Investitionsgüter	6,8	7,7	6,4	6,6	7,1	1,0	1,0	0,9	0,7	0,8	
Dauerhafte Konsumgüter	1,2	1,7	2,1	2,0	1,9	4,2	4,7	4,6	5,1	4,2	
Nahrungs- und Genussmittel	0,4	0,7	0,4	0,5	0,5	4,8	6,1	5,2	4,5	4,2	
Nichtdauerhafte Konsumgüter	0,6	0,7	0,5	0,6	0,7	1,0	1,2	1,2	0,8	0,8	

Q: WIFO-Investitionstest.

■ Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung in den USA und in Deutschland

Langfristig entwickelten sich Aktienkurse und Realinvestitionen in den USA und Deutschland tendenziell gegenläufig. Dabei sind zwei unterschiedliche Entwicklungsphasen zu unterscheiden: Zwischen 1960 und 1982 erhöhten sich Realkapitalstock und Nettogesamtwert der Unternehmen wesentlich stärker als ihr Börsenwert (Marktkapitalisierung). Zwischen 1982 und 1999 verlagerte sich die Veranlagung der nicht-finanziellen Unternehmen von der Realkapitalbildung zur Bildung von Finanzvermögen, gleichzeitig verlangsamte sich das langfristige Wachstum von Realinvestitionen und Gesamtwirtschaft. Realkapitalstock und Nettogesamtwert der Unternehmen stiegen viel langsamer als ihr Börsenwert. Die starken Kursverluste seit dem Jahr 2000 haben einerseits die Überbewertung der Aktien korrigiert, andererseits die Finanzlage der Unternehmen stark verschlechtert. Die Studie dokumentiert die wichtigsten Widersprüche zwischen der empirischen Evidenz und den Erwartungen der Gleichgewichtstheorie und skizziert einen alternativen Erklärungsansatz.

- **Hypothesen über Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung**

Entwicklung des Finanzsektors und Wirtschaftswachstum – Aktienkursdynamik und "Behavioral Finance" – Erwartungsbildung, Transaktionsverhalten und Preisdynamik auf Aktienmärkten – Transmissionskanäle zwischen Aktienkursdynamik und Investitionsnachfrage

- **Datenbasis, Untersuchungszeitraum und Gliederung der Studie**

- **Aktienkursdynamik und makroökonomische Performance**

- **Gewinnentwicklung, Investitionsdynamik und Finanzvermögensbildung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

Funktionelle Einkommensverteilung, Investitionen und ihre Finanzierung – Finanzvermögensbildung und ihre Komponenten

- **Die Entwicklung von Real- und Finanzvermögen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

- **Aktienkursdynamik und die Entwicklung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

Entwicklung von Aktienkursen, Nettogesamtwert und Marktkapitalisierung des "non-financial business" – Aktienrendite, Eigenkapitalrendite und Zinssätze – Aktienkurse und Handelsvolumen – Niveau von Nettogesamtwert und Marktkapitalisierung der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften

- **Investitionsdynamik der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften**

- **Bestimmungsgründe der Realinvestitionen der Unternehmen**

Gefördert vom Jubiläumsfonds
der Oesterreichischen
Nationalbank • Juli 2003 •
128 Seiten • 50 €, Download 40 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24343

Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller

Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben

Die Bundesregierung hat aufgrund der geplanten Steuerreform 2004/05 und der schwachen Konjunktur die Erzielung eines "Nulldefizits" über 2007 hinaus verschoben. Einen Schwerpunkt der mittelfristigen finanzpolitischen Strategie bildet die Senkung der Einnahmen- und der Ausgabenquote. Der öffentliche Haushalt wirkt 2002 und 2003 leicht expansiv, während für 2004 eine eher restriktive Wirkung zu erwarten ist. Die Tendenz eines langfristig steigenden Transferausgabenanteils wird 2004 gestoppt. Die direkten Steuern verlieren zunehmend an Gewicht.

Begutachtung: Helmut Kramer • Wissenschaftliche Assistenz: Brigitte Schütz • E-Mail-Adressen: Gerhard.Lehner@wifo.ac.at, Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at

Der Bundesvoranschlag 2002 war auf den Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushalts ausgerichtet. Mit dem Stabilitätsprogramm 2003 bis 2007 hat die Bundesregierung die Erzielung eines "Nulldefizits" nun über das Jahr 2007 hinaus verschoben. Damit wird in der mittelfristigen Haushaltsplanung das bisher prioritäre budgetpolitische Ziel insgesamt mindestens ausgeglichener öffentlicher Haushalte zurückgestellt. Einen Schwerpunkt der mittelfristigen finanzpolitischen Strategie bilden die Senkung der Einnahmen- und der Ausgabenquote sowie die Umstrukturierung innerhalb von Einnahmen und Ausgaben. Dabei spielt auf der Einnahmenseite insbesondere die auf zwei Stufen ausgelegte Steuerreform 2004/05 eine wichtige Rolle, deren erste Etappe sich im Budget 2004 niederschlägt. Zur langfristigen Eindämmung der Ausgaben des Bundes wurde eine Pensionsreform verabschiedet. Zudem soll die Privatisierung öffentlicher Unternehmen forciert werden.

Wieweit sich diese Schwerpunktsetzungen in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 widerspiegeln, wird im Folgenden beleuchtet. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wachstumsschwäche sowie aktueller strukturpolitischer Erfordernisse muss eine Beurteilung der Bundesvoranschläge außerdem die tatsächlichen Konjunkturlösungen des Doppelbudgets sowie strukturpolitisch sinnvolle Spielräume und Ansatzpunkte für konjunkturstabilisierende Maßnahmen berücksichtigen.

Die Finanzpolitik ist derzeit mit schwierigen Rahmenbedingungen und erheblichen Unsicherheiten konfrontiert. Der Wirtschaftsaufschwung als notwendige Voraussetzung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verzögert sich weiterhin. Andererseits ist die Haushaltspolitik gefordert, Impulse für die Belebung der Wirtschaft zu geben und einen allzu restriktiven Kurs, der die Konjunktur zusätzlich belasten würde, zu vermeiden. Aus konjunkturpolitischer Sicht ist es daher sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wirken zu lassen und höhere Defizite in Kauf zu nehmen, solange die Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft anhält. Dies zeichnet die Haushalte 2002 und 2003 aus, in denen nicht versucht wurde, durch nachfrageschädliche Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen die konjunkturbedingten Ausfälle an Steuereinnahmen auszugleichen. 2002 und 2003 wirkt damit die Haushaltspolitik des Bundes leicht expansiv. Eine insgesamt eher restriktive Wirkung ist dagegen vom Budget 2004 zu erwarten.

**Temporäre
Abweichung vom
Konsolidierungspfad**

Die Finanzpolitik ist derzeit mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert. Der Wirtschaftsaufschwung, der eine notwendige Voraussetzung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist, verzögert sich weiterhin. Aus konjunkturpolitischer Sicht ist es daher sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wirken zu lassen und höhere Defizite in Kauf zu nehmen. In diesem Sinne versuchten die Haushalte 2002 und 2003 nicht, durch nachfrage-schädliche Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen die konjunkturbedingten Steuerausfälle auszugleichen. Vom Budget 2004 ist dagegen eine eher restriktive Wirkung zu erwarten.

Übersicht 1: Der Bundeshaushalt 2001 bis 2004

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Allgemeiner Haushalt							
Ausgaben	60.409	61.803	61.355	62.666	+ 2,3	- 0,7	+ 2,1
Einnahmen	58.995	59.413	57.414	59.236	+ 0,7	- 3,4	+ 3,2
Saldo	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430			
Ausgleichshaushalt							
Ausgaben	37.114	34.697	51.276	50.993	- 6,5	+ 47,8	- 0,6
Einnahmen	38.529	37.087	55.217	54.423	- 3,7	+ 48,9	- 1,4
Saldo	+ 1.415	+ 2.390	+ 3.941	+ 3.430			

Q: Bundesministerium für Finanzen. Durch die Ausgliederung der Universitäten im Jahre 2004 ergibt sich eine Erhöhung der Ausgaben und Einnahmen um jeweils 730 Mio. €.

Die um Durchlaufer (interne Verrechnungen) bereinigten Einnahmen sanken 2002 gegenüber 2001 von 57,82 Mrd. € auf 57,54 Mrd. €¹⁾. 2003 ist eine weitere Reduzierung auf 56,89 Mrd. € vorgesehen, erst für 2004 ist ein Wiederanstieg der modifizierten Einnahmen auf 58,72 Mrd. € veranschlagt. Die bereinigten Ausgaben erreichten 2002 59,93 Mrd. €; sie werden 2003 auf 60,83 Mrd. € und 2004 auf 62,15 Mrd. € steigen.

Übersicht 2: Modifizierte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €			
Ausgaben allgemeiner Haushalt	60.409	61.803	61.355	62.666
Minus Durchlaufer	- 1.178	- 1.874	- 528	- 519
Bereinigte Ausgaben	59.232	59.929	60.828	62.147
Einnahmen allgemeiner Haushalt	58.995	59.413	57.414	59.236
Minus Durchlaufer	- 1.178	- 1.874	- 528	- 519
Bereinigte Einnahmen	57.817	57.539	56.887	58.717
Saldo	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Nulldefizit verfehlt

Hatte der österreichische Gesamthaushalt 2001 noch einen leichten Überschuss von 0,3% des BIP und damit einen positiven Maastricht-Saldo²⁾ ausgewiesen, so geriet er 2002 wieder ins Minus (-1,2 Mrd. € bzw. -0,6% des BIP). Die Verfehlung des Nulldefizits ist insbesondere auf die unerwartet schlechte Konjunktorentwicklung zurückzuführen, die Steuermindereinnahmen sowie Mehrausgaben verursachte. Der Saldo wurde außerdem durch die zeitliche Verschiebung der Steuereinnahmen aufgrund der Einführung der Anspruchsverzinsung im Jahr 2001 sowie durch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 erheblich beeinflusst. Für heuer erwartet die Bundesregierung ein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit von -1,3% des BIP (-2,85 Mrd. €), für 2004 von -0,7% (-1,59 Mrd. €)³⁾. Nach wie vor wird die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angestrebt mit dem

¹⁾ Aufgrund von Platzbeschränkungen und zur besseren Übersichtlichkeit wird nicht systematisch auf den Bundesvoranschlag 2002 eingegangen (vgl. dazu im Detail *Lehner*, 2001).

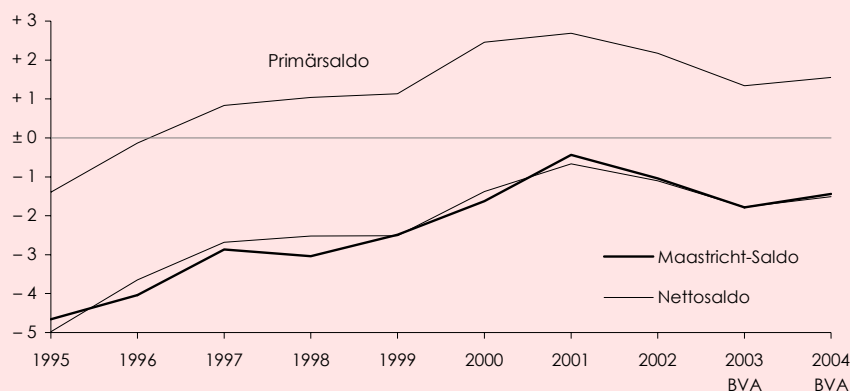
²⁾ Der Maastricht-Saldo umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungen sowie Fonds und Gemeindeverbänden; er ist die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Zielgröße.

³⁾ Laut WIFO-Prognose vom Juni 2003 wird das Haushaltsdefizit im Jahr 2003 -1,1% des BIP und 2004 -1,2% des BIP betragen.

Ziel, schließlich den Haushaltsausgleich zu erreichen. Allerdings soll der Haushaltsausgleich nicht mehr über den Konjunkturzyklus hinweg, sondern erst an dessen Ende erreicht werden: nach dem aktuellen Stabilitätsprogramm – unter Berücksichtigung der Steuerreform – also frühestens 2008.

Abbildung 1: Budgetsalden des Bundes

In % des Bruttoinlandsproduktes



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3: Finanzierungssaldo und Schuldenstand der EU-Staaten

	Finanzierungssaldo		Stand der Staatsschuld	
	2001	2004 Prognose	2001	2004 Prognose
	In % des Bruttoinlandsproduktes			
Belgien	+ 0,4	- 0,1	108,5	98,9
Dänemark	+ 3,1	+ 2,1	45,4	39,9
Deutschland	- 2,8	- 2,9	59,5	63,0
Griechenland	- 1,4	- 1,0	107,0	97,0
Spanien	- 0,1	- 0,1	56,9	50,5
Frankreich	- 1,5	- 3,5	56,8	63,1
Irland	+ 1,1	- 0,9	36,8	33,3
Italien	- 2,6	- 3,1	109,5	104,7
Luxemburg	+ 6,4	- 1,2	5,6	3,4
Niederlande	+ 0,1	- 2,4	52,8	52,8
Österreich	+ 0,3	- 0,4	67,3	66,8
Portugal	- 4,2	- 3,2	55,6	60,2
Finnland	+ 5,1	+ 3,0	43,8	41,4
Schweden	+ 4,5	+ 1,2	54,4	49,5
Großbritannien	+ 0,8	- 2,5	39,0	39,8
EU 15	- 0,9	- 2,2	63,0	63,2
Euro-Zone	- 1,6	- 2,4	69,2	69,6

Q: Europäische Kommission, Notifikation Frühjahr 2003, Frühjahrsprognose 2003.

Im nationalen österreichischen Stabilitätspakt, der 2001 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgeschlossen wurde, war für 2002 (ebenso wie für 2003 und 2004) nach VGR-Konzept ein Abgang des Bundes von höchstens 0,75% des BIP vereinbart. Die Länder (einschließlich Wiens) hatten sich für den Zeitraum 2001 bis 2004 zur Erwirtschaftung eines durchschnittlichen jährlichen Überschusses von mindestens 0,75% des BIP verpflichtet, während die Gemeinden (ohne Wien) jeweils landesweit ausgeglichene Haushalte erzielen sollten. Dass der gesamtstaatliche Haushaltsausgleich im Jahr 2002 nicht erreicht wurde, ist erstens auf die unerwartet hohe Neuverschuldung des Bundes (Maastricht-Saldo -1% des BIP) zurückzuführen. Zweitens hielten auch die Bundesländer mit einem Budgetüberschuss von lediglich 0,3% des BIP ihre Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt nicht ein. Dagegen erzielten die Gemeinden

einen leichten Überschuss (0,2% des BIP). Die Sozialversicherungsträger schlossen ausgeglichen ab.

Gegenüber den anderen Ländern der Euro-Zone kommt die Budgetkonsolidierung in Österreich überdurchschnittlich gut voran. Bereits 2001 lag der Haushaltssaldo mit +0,3% des BIP deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder, die mit -1,6% insgesamt einen negativen Finanzierungssaldo aufwiesen. Für 2004 prognostiziert die Europäische Kommission eine noch größere Differenz: Einem österreichischen Finanzierungssaldo von -0,4% wird ein Defizit im Durchschnitt der Euro-Zone von -2,4% des BIP gegenüberstehen⁴⁾. In der Gruppe der kleinen EU-Länder wird Österreich 2004 besser abschneiden als 2001, als der österreichische Budgetüberschuss geringer war als in den meisten anderen Ländern.

Der Bundeshaushalt 2002 bis 2004 im Überblick

Vorläufiger Gebarungserfolg 2002

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für das Jahr 2002 weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 61,8 Mrd. € und Einnahmen von 59,41 Mrd. € aus. Der Abgang beträgt somit 2,39 Mrd. € bzw. 1,1% des BIP (2001 0,7%, 2000 1,4% des BIP). Im Vollzug des Jahres 2002 wurden die präliminierten Ausgaben des Bundes um 2,43 Mrd. € und die Einnahmen um 0,87 Mrd. € überschritten. Der administrative Saldo des Bundes war damit um 1,56 Mrd. € höher als veranschlagt. Der Maastricht-Saldo des Bundes betrug -1% des BIP. Ursache des unerwartet hohen Budgetdefizits war einerseits die schlechte Konjunkturlage, die in Steuerausfällen, erhöhten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen und steigenden Bundeszuschüssen zur Pensionsversicherung resultierte, andererseits die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002. Im Ausgleichshaushalt standen im Jahr 2002 Ausgaben von 34,7 Mrd. € Einnahmen von 37,09 Mrd. € gegenüber. Der Überschuss von 2,39 Mrd. € entspricht somit dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

Voranschlag 2003

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 2003 sind im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 61,36 Mrd. € und Einnahmen von 57,41 Mrd. € vorgesehen. Sowohl die Ausgaben (-0,7% gegen das Vorjahr) als auch die Einnahmen (-3,4%) sind damit geringer veranschlagt als 2002. Der Abgang im allgemeinen Haushalt ist mit 3,94 Mrd. € (1,8% des BIP) deutlich höher als 2002 (+65%). Der Maastricht-Saldo des Bundes wird auf -1,8% des BIP steigen. Der präliminierte Anstieg des Defizits beruht einnahmenseitig auf konjunkturbedingt schwächeren Steuereinnahmen sowie Steuerentlastungen durch die Konjunkturbelebungsprogramme. Auf der Ausgabenseite schlägt sich der zusätzliche Aufwand aufgrund der Hochwasserhilfe, der ungünstigen Arbeitsmarktsituation sowie der Ausweitung der familienpolitischen Leistungen und Pensionsausgaben nieder. Der Ausgleichshaushalt für das Jahr 2003 sieht Ausgaben von 51,28 Mrd. € und Einnahmen von 55,22 Mrd. € vor. Der Überschuss von 3,94 Mrd. € deckt sich mit dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

Voranschlag 2004

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 2004 präliminiert die Ausgaben mit 62,67 Mrd. € und die Einnahmen mit 59,24 Mrd. €. Ausgaben (+2,1% gegenüber 2003) und Einnahmen (+3,2%) sind damit etwas höher veranschlagt als für 2003, sodass der Abgang im Bundeshaushalt geringfügig auf 3,43 Mrd. € (1,5% des BIP) zurückgeht. Die Einnahmenseite verbessert sich u. a. durch eine leichte Erholung der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie vor allem durch eine Steigerung der Einnahmen aus Verbrauchssteuern. Entsprechend sinkt der Maastricht-Saldo des Bundes auf -1,4% des BIP. Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt sind für 2004 mit 50,99 Mrd. €, die Einnahmen mit 54,42 Mrd. € angesetzt. Damit ist der Überschuss von 3,43 Mrd. € gleich dem negativen Saldo im allgemeinen Haushalt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftstheoretischen und -politischen Diskussion⁵⁾ um Sinnhaftigkeit und Zukunft des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie angesichts der massiven Defizitprobleme einiger großer Mitgliedsländer

⁴⁾ Die Prognosen von Bundesregierung, WIFO und Europäischer Kommission für das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit unterscheiden sich aufgrund von unterschiedlichen Wachstumsprognosen.

⁵⁾ Vgl. z. B. Breuss (2002) oder Buti – Eijffinger – Franco (2003).

(Deutschland, Frankreich, Italien) vereinbarten der Ecofin-Rat und die Europäische Kommission Ende 2002, die nationalen Stabilitätsprogramme⁶⁾ nicht nur auf der Grundlage des laufenden, sondern auch des konjunkturbereinigten (strukturellen)⁷⁾ Maastricht-Saldos zu beurteilen.

Institutionelle Veränderungen und Sondereinflüsse

Salden sowie Komponenten von Ausgaben bzw. Einnahmen werden im Gebahrungserfolg 2002 sowie in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 durch einige institutionelle Änderungen und Sondereinflüsse – die Ausgliederung der Universitäten, die Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung sowie die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 – beeinflusst. Kompetenzveränderungen und damit Verschiebungen zwischen einzelnen Haushaltskapiteln beeinflussen die ökonomische Gliederung von Ausgaben und Einnahmen nicht und werden deshalb hier nicht berücksichtigt.

Das konjunkturbereinigte Defizit ist eher ein angemessener Indikator für den strukturellen Konsolidierungsbedarf als der laufende Finanzierungssaldo. Letzterer kann große konjunkturbedingte Ausschläge aufweisen, sofern ein ungehindertes Wirken der automatischen Stabilisatoren zugelassen und eventuell antizyklische diskretionäre konjunkturstützende Maßnahmen ergriffen werden. Die Verwendung des strukturellen Defizits als Kriterium zur Beurteilung der langfristigen Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte soll eine Überbewertung der Konjunktüreinflüsse auf das Defizit und damit das Einschlagen eines krisenverschärfenden prozyklischen Kurses der Haushaltspolitik verhindern. Das strukturelle Defizit betrug in Österreich im Jahr 2002 –0,4% des BIP. Es wird laut Stabilitätsprogramm vom März 2003 heuer –0,9% und 2004 –0,4% erreichen. Als Folge der geplanten zweiten Etappe der Steuerreform 2004/05 würde der konjunkturbereinigte Haushaltssaldo 2005 auf –1,3% des BIP steigen und sich in den folgenden zwei Jahren nur langsam wieder verringern (auf –0,5% des BIP 2007).

Übersicht 4: Konsolidierungspfad laut Stabilitätsprogramm

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	In % des Bruttoinlandsproduktes					
Tatsächlicher Budgetsaldo ¹⁾	– 0,6	– 1,3	– 0,7	– 1,5	– 1,1	– 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo ¹⁾	– 0,4	– 0,9	– 0,4	– 1,3	– 1,1	– 0,5
Staatsschuld	67,8	67,0	65,1	63,8	62,1	59,7

Q: Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm 2003 bis 2007. – ¹⁾ Einschließlich Steuerreform und SWAP-Operationen.

Der gesamte Schuldenstand in Prozent des BIP musste aufgrund von zwei aktuellen Entscheidungen des Statistikamts der EU (Eurostat) erheblich nach oben revidiert werden:

- Wertpapieremissionen zur Finanzierung von Bundesunternehmen (die seit 1998 praktizierte "Rechtsträgerfinanzierung"⁸⁾) müssen in den Bruttoschuldenstand eingerechnet werden. Dadurch erhöhten sich die gesamten Staatsschulden im Jahr 2002 um 11,7 Mrd. €.
- 2,6 Mrd. € kommen aus einem Verbriefungsgeschäft des Landes Niederösterreich im Rahmen des Verkaufs von Wohnbadaufnahmen hinzu. Die Schuldenstandsquote stieg damit 2002 auf ihren bisher höchsten Wert von 67,9% des BIP.

⁶⁾ Jedes Land der Euro-Zone muss jährlich dem Ecofin-Rat ein Stabilitätsprogramm vorlegen, in dem die mittelfristige budgetpolitische Strategie zur Erreichung der Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 dargelegt wird.

⁷⁾ Das strukturelle Defizit ergibt sich je nach Definition durch die Bereinigung des laufenden Defizits um Konjunktüreinflüsse sowie gegebenenfalls um einmalige Sondereffekte im Bereich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben und die "dauerhaft akzeptable" (d. h. investitionsorientierte) öffentliche Kreditfinanzierung (etwa nach der Definition des *Deutschen Sachverständigenrates*, 2001). Die dem Ecofin-Rat vorgelegten nationalen Stabilitätsprogramme sollen allerdings lediglich eine Konjunkturbereinigung vornehmen.

⁸⁾ Die Rechtsträgerfinanzierung umfasst Kreditaufnahmen der Bundesfinanzierungsagentur für ÖBB, SCHIG, ASFINAG, Austro Control und Museumsquartier zur Erzielung von Zinsvorteilen.

Aufgrund dieser statistischen Revision sowie der höheren Nettoneuverschuldung im Haushaltsvollzug wurde der im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Referenzwert von 60% des BIP nicht wie geplant 2002 unterschritten. Vielmehr wird dieses Ziel voraussichtlich erst 2007 erreicht. Gemäß den Bundesvoranschlägen geht die Schuldenstandsquote heuer auf 67,1% und 2004 auf 66,5% des BIP zurück. Trotz der statistischen Revision lag die Schuldenstandsquote in Österreich 2001 mit 67,3% deutlich unter dem Durchschnitt der Euro-Zone (69,2% des BIP). Gemäß der EU-Prognose für 2004 wird sich der relative Abstand 2004 weiter vergrößern. Damit böte die im EU-Vergleich günstige Budgetsituation Österreichs erforderlichenfalls etwas Spielraum für konjunkturstabilisierende Maßnahmen.

Ob der im Doppelhaushalt 2003/04 vorgezeichnete Konsolidierungspfad eingehalten werden kann, hängt in erster Linie vom Konjunkturverlauf ab. Derzeit zeichnet sich ein Anhalten der Wachstumsschwäche bis in das Jahr 2004 hinein ab. Damit könnte die Prognose für das Haushaltsdefizit 2004 von -0,7% des BIP, die auf einem realen Wirtschaftswachstum von 1,7% basiert, aufgrund des Wirkens der automatischen Stabilisatoren verfehlt werden. Das WIFO rechnet in seiner Konjunkturprognose vom Juni 2003 für 2004 mit einem BIP-Wachstum von 1,2% und einem Anstieg des Maastricht-Saldos auf -1,2% des BIP, da sich die Verschlechterung der Wachstumsaussichten, die primär auf die Abschwächung des Exports zurückgeht, mit Verzögerung im Jahr 2004 auf die Einnahmen aus direkten Steuern auswirken wird. Allerdings besteht ein gewisser Spielraum, durch Einmalmaßnahmen (wie etwa die Auflösung von Rücklagen) oder die Einschränkung von Ermessensausgaben den ausgewiesenen administrativen Budgetsaldo zu verbessern.

Der mittelfristige Konjunkturverlauf ist – gemeinsam mit dem nominellen Zinssatz für die Finanzschuld und dem Primärsaldo⁹⁾ – auch eine entscheidende Determinante für den tatsächlichen Erfolg der geplanten Rückführung der Schuldenstandsquote. Die Höhe des Primärüberschusses, der erforderlich ist, damit der absolute Schuldenstand stabilisiert oder sogar abgebaut werden kann, ergibt sich aus der Höhe des Schuldenstands einerseits sowie der Differenz aus nominellem Zinssatz der Finanzschuld und der Wachstumsrate des BIP andererseits. Angesichts der Prognosen für das nominelle BIP-Wachstum (2003 +2,3%, 2004 +2,7%) reichen die Primärsalden gemäß dem Doppelbudget 2003/04 nicht aus, um den Schuldenstand auf das geplante Niveau zu senken. Unterstützend wird allerdings der zu erwartende Rückgang des nominellen Zinssatzes wirken. Zudem werden die bei der Ermittlung des Schuldenstands einbezogenen Rechtsträger keine zusätzlichen Schulden aufbauen, sondern vielmehr ihren Schuldenstand bis 2012 auf null zurückführen.

Der BIP-relevante Saldo eignet sich zur Beurteilung der konjunkturpolitischen Wirkung des Haushalts besser als der administrative Saldo. Er wird durch Bereinigung des administrativen Saldos um vermögenswirksame Transaktionen und Rücklagenzuführung (netto) ermittelt. 2002 betrug der BIP-relevante Saldo -1.730 Mio. €, etwas mehr als geplant. Für 2003 ist ein sprunghafter Anstieg auf -5.114 Mio. € präliminiert, was eine eher expansive Wirkung auf die Gesamtnachfrage erwarten lässt. In erster Linie geht diese Ausdehnung auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurück. Dagegen dürfte der für 2004 vorgesehene Rückgang des BIP-relevanten Saldos (auf -3.695 Mio. €) aufgrund von Einnahmenerhöhungen oberhalb und Ausgabensteigerungen unterhalb des nominellen BIP-Wachstums restriktiv wirken. Berücksichtigt man die zeitlichen Verschiebungen in den Steuereinnahmen aufgrund der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung, so ergibt sich für 2003 und 2004 ein leicht expansiver Effekt. Insbesondere im Jahr 2003 wird der administrative Saldo durch umfangreiche Rücklagenentnahmen (netto 1.222 Mio. €) erheblich verbessert.

⁹⁾ Die zugrunde liegenden Zusammenhänge können mit folgender Formel dargestellt werden:

$$\Delta \frac{D}{Y} = (i_t - g_t) \frac{D_{t-1}}{Y_{t-1}} - \frac{P_t}{Y_t}$$

i ... durchschnittlicher Zinssatz der Finanzschuld, *g* ... Vorjahresveränderungsrate des BIP, nominell, *D* ... Stand der Finanzschuld, *Y* ... BIP, nominell, *P* ... Primärsaldo (siehe dazu im Detail Lehner, 2001).

Übersicht 5: Komponenten des Budgetsaldos

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €			
Saldo laufender Transaktionen	+ 5.611	+ 3.707	+ 434	+ 2.409
Investitionen und Liegenschaftskäufe	+ 342	+ 401	+ 129	- 117
Kapitaltransfers (netto)	- 5.716	- 5.838	- 5.676	- 5.987
BIP-relevanter Saldo	+ 237	- 1.730	- 5.114	- 3.695
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 365	- 77	- 49	- 40
Rücklagenzuführung (netto)	- 1.286	- 583	+ 1.222	+ 305
Saldo allgemeiner Haushalt	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 7.107	+ 7.099	+ 6.907	+ 6.960
Primärsaldo	+ 5.693	+ 4.709	+ 2.966	+ 3.530

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die Bundesvoranschläge 2003 und 2004 sind von dem Ziel geprägt, sowohl die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum BIP) als auch die Staatsausgabenquote mittelfristig deutlich zu verringern. Bereits im Vollzug des Jahres 2002 wurde eine leichte Senkung der Gesamtabgabenquote erreicht – von 45,6% des BIP im Jahr 2001 auf 44,6%¹⁰⁾. Eine weitere Reduzierung ist gemäß dem aktuellen Stabilitätsprogramm für 2003 (44,4%) und 2004 (44,1%) vorgesehen; bis zum Jahr 2007 soll die Gesamtabgabenquote auf 42,9% des BIP zurückgehen. Dies ergibt sich allerdings nicht zuletzt aus steuerlichen Sondereffekten (Einführung der Anspruchsverzinsung). Spiegelbildlich wird eine schrittweise Senkung der Gesamtausgabenquote des öffentlichen Sektors von 52% im Jahr 2001 auf 49,8% des BIP im Jahr 2007 angestrebt.

Einnahmen und Ausgaben vom Ziel der Staatsquotensenkung geprägt

Übersicht 6: Ausgaben- und Einnahmenquoten

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	In % des Bruttoinlandsproduktes			
Ausgaben				
Erstellung von Leistungen	7,7	7,4	7,5	7,0
Personalaufwand einschließlich Landeslehrer, ohne Post	4,6	4,5	4,5	4,2
Personalaufwand Post	0,5	0,5	0,5	0,4
Laufende Sachausgaben	2,3	2,3	2,4	2,3
Investitionen	0,2	0,2	0,1	0,1
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	0,0	0,0	0,0	0,0
Transferausgaben	10,4	10,5	10,7	10,5
Finanzierung	9,9	9,7	9,3	9,8
Zinsen	3,8	3,9	3,7	3,6
Sonstige	6,0	5,8	5,6	6,3
Ausgaben allgemeiner Haushalt, bereinigt	28,0	27,7	27,5	27,3
Einnahmen				
Steuern (netto)	17,9	16,9	16,0	17,0
Steuerähnliche Einnahmen	4,1	4,1	4,2	4,2
Sonstige	5,3	5,6	5,5	4,6
Einnahmen allgemeiner Haushalt, bereinigt	27,3	26,6	25,7	25,8
Saldo	-0,7	-1,1	-1,8	-1,5

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen; Bruttoinlandsprodukt laut WIFO-Prognose vom Juni 2003.

Die Ausgaben- und die Einnahmenquote des Bundes sollen als ein Element der angestrebten Redimensionierung des öffentlichen Sektors langfristig verringert werden. Im Rahmen des Doppelbudgets 2003/04 werden dazu neben einer Senkung der Lohnnebenkosten ab 2004 vor allem die für 2004 beschlossene erste Etappe der Steuerreform, die Pensionsreform 2003 und die Ausgliederung der Universitäten beitragen. Die Einnahmenquote geht bis 2003 zurück und steigt 2004 wieder. Die Ausgabenquote sinkt voraussichtlich zwischen 2001 und 2004 kontinuierlich.

¹⁰⁾ Einschließlich Abführungen an die EU.

Als ein Element dieser Strategie einer Redimensionierung des öffentlichen Sektors sollen sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenquote des Bundes langfristig verringert werden. Im Rahmen des Doppelbudgets 2003/04 werden dazu neben einer Senkung der Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer ab 2004¹¹⁾ vor allem die als erste Stufe der Steuerreform 2004/05 bereits beschlossenen Steuersenkungsmaßnahmen sowie die Pensionsreform 2003 und die Ausgliederung der Universitäten beitragen.

**Einnahmenquote steigt
2004 wieder**

Die bereinigten Einnahmen des Bundes gehen 2003 voraussichtlich auf 25,7% des BIP zurück (2001 27,3%). Diese rückläufige Entwicklung der Einnahmenquote beruht auf einem absoluten Einnahmenrückgang von 2001 bis 2003, für den hauptsächlich die Verringerung der Nettosteureinnahmen (des beim Bund verbleibenden Steueraufkommens) maßgebend ist – sie hängt nicht zuletzt mit der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung zusammen. 2004 wird mit einem leichten Wiederanstieg der Quote gerechnet.

**Kontinuierlicher
Rückgang der
Ausgabenquote**

Die angestrebte Senkung der Ausgabenquote auf Bundesebene – von 28% 2001 auf 27,3% 2004 – resultiert dagegen nicht aus einem absoluten Rückgang der bereinigten Ausgaben. Vielmehr bleibt der Ausgabenzuwachs hinter dem in den Bundesvoranschlägen unterstellten nominellen BIP-Wachstum zurück. Insbesondere die Quote der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen (und hier vor allem der Personalaufwand; die Investitionsquote befindet sich ohnehin auf einem historischen Tiefstand) verringert sich primär wegen der Ausgliederung der Universitäten spürbar (von 7,7% 2001 auf voraussichtlich 7% im Jahr 2004). Die Relation der Transferausgaben zum BIP dagegen steigt im Zeitraum 2001 bis 2003 von 10,4% auf 10,7%, um gemäß Bundesvoranschlag im Jahr 2004 leicht auf 10,5% zu sinken. Die Finanzierungsausgaben schließlich nehmen zwischen 2001 und 2004 leicht ab (von 9,9% auf 9,8% des BIP), obgleich die Universitäten ab 2004 in dieser Ausgabenkomponente enthalten sind.

Einnahmen- und Ausgabenseite leisten unterschiedliche Beiträge zur Entwicklung der laufenden Defizitquote. Für den Anstieg der Defizitquote zwischen 2001 und 2003 war insbesondere der Rückgang der Einnahmenquote maßgebend, der den Konsolidierungseffekt der leicht sinkenden Ausgabenquote überkompensierte. 2004 wird die Defizitquote verringert, da die Einnahmenquote stärker steigt als die Ausgabenquote. In diesem Jahr leistet der Anstieg der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen und für Transfers, der unter dem nominellen BIP-Wachstum bleibt, einen positiven Konsolidierungsbeitrag, während die Finanzierungsausgaben das Budget belasten. Auf der Einnahmenseite tragen die Nettosteureinnahmen im Jahr 2004 die Konsolidierung des Bundeshaushalts.

**Leichte Veränderung
der Ausgabenstruktur**

Im Zeitraum 2001 bis 2004 entwickelt sich die Ausgabenstruktur auf Bundesebene uneinheitlich. Nur die *Transfers* steigen durchwegs, 2002 und 2003 auch real. Die kräftige Ausweitung 2002 und 2003 ist primär auf die Erhöhung familienbezogener Leistungen sowie auf die Zunahme der Zahlungen für Arbeitslosenunterstützung und Pensionen zurückzuführen. Insgesamt werden die Transferausgaben von 22 Mrd. € im Jahr 2001 auf 23,9 Mrd. € 2004 erhöht. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben nimmt zwischen 2001 (37,2%) und 2003 kontinuierlich zu (auf 39,1% 2003). Mit einer Umkehrung dieses ansteigenden Trends wird erst für 2004 gerechnet; die Transferausgaben machen dann 38,5% der Gesamtausgaben aus.

**Steigende Tendenz des
Anteils der
Transferausgaben wird
2004 gestoppt**

Die Dämpfung der Transferausgaben im Jahr 2004 beruht insbesondere darauf, dass die Ausgaben zur Alterssicherung entgegen der bisherigen langfristigen Entwicklungstendenz geringer als im Vorjahr veranschlagt sind.

¹¹⁾ Entfall des Unfallversicherungsbeitrags sowie des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds und zum Insolvenz-Entgeltausgleichsfonds für Arbeitnehmer über 60 Jahren und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer über 56 bzw. 58 Jahren.

Übersicht 7: Ausgaben in ökonomischer Gliederung

	2001 Erfolg	2002 Vorläufi- ger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004	2002 Vorläufi- ger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004
Erstellung von Leistungen	16.313	16.095	16.510	15.891	- 1,3	+ 2,6	- 3,7
Transfers	22.042	22.849	23.807	23.900	+ 3,7	+ 4,2	+ 0,4
Finanzierung	20.878	20.985	20.510	22.356	+ 0,5	- 2,3	+ 9,0
Insgesamt	59.232	59.929	60.828	62.147	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2
Anteile an den Gesamtausgaben in %							
Erstellung von Leistungen	27,5	26,9	27,1	25,6			
Transfers	37,2	38,1	39,1	38,5			
Finanzierung	35,2	35,0	33,7	36,0			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0			

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

2004 wird der langfristige Trend einer Zunahme des Anteils der Transferausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes gestoppt, weil die Ausgaben zur Alterssicherung sinken. Entsprechend nimmt auch der Anteil der alterssicherungsbezogenen Ausgaben an den Transferausgaben 2004 ab. Die familienbezogenen Leistungen gewinnen dagegen merklich an Gewicht. Während die Bedeutung der Finanzierungsausgaben zunimmt, sinkt der Anteil der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen an allen Bundesausgaben. Die forschungswirksamen Aufwendungen werden nur mäßig ausgeweitet.

Nach einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4,3% im Zeitraum 2001 bis 2003 ist damit für 2004 ein Rückgang um 0,9% gegenüber dem Bundesvoranschlag 2003 veranschlagt. Dabei wird der im Vergleich mit den Vorjahren mäßige Anstieg der direkten Pensionsausgaben (mit Ausnahme der Pensionen für Postbeamte) überkompensiert durch die deutliche Verringerung der Zuschüsse zur Pensionsversicherung (-3,8%). Hier wirken in erster Linie die Einsparungseffekte der Pensionsreform 2000; die Pensionsreform 2003 trägt nur zum geringeren Teil zur Kürzung der Bundeszuschüsse bei.

Übersicht 8: Transferausgaben

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004
Alterssicherung	13.001	13.689	14.149	14.021	+ 5,3	+ 3,4	- 0,9
Pensionsausgaben für Bundesbeamte, Landeslehrer, ÖBB- und Postbeamte Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾	6.014	6.226	6.426	6.588	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,5
	6.987	7.463	7.724	7.433	+ 6,8	+ 3,5	- 3,8
Familien	3.363	3.684	4.059	4.168	+ 9,5	+ 10,2	+ 2,7
Familienbeihilfen ²⁾	2.803	2.826	2.976	2.978	+ 0,8	+ 5,3	+ 0,1
Karenzgeld, Kindergeld	559	858	1.083	1.190	+ 53,4	+ 26,2	+ 9,8
Arbeitslosenunterstützung	1.889	2.135	2.188	2.230	+ 13,1	+ 2,4	+ 1,9
Pflegegeld	1.290	1.294	1.333	1.350	+ 0,3	+ 3,0	+ 1,3
Sonstige	2.499	2.047	2.078	2.131	- 18,1	+ 1,5	+ 2,5
Insgesamt	22.042	22.849	23.807	23.900	+ 3,7	+ 4,2	+ 0,4

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulagen und Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger. – ²⁾ Einschließlich Geburten- und Schulfahrtbeihilfen.

Entsprechend wird für das Jahr 2004 auch ein Rückgang des Nettoaufwands für Pensionen – Ausgaben des Bundes abzüglich der pensionsbezogenen Einnahmen, z. B. Beiträge der Bundesbediensteten oder Beiträge von Post und ÖBB – erwartet. Weil sich die pensionsbezogenen Einnahmen des Bundes im Zeitraum 2001 bis 2004 nur wenig verändern, nimmt der Nettoaufwand für Pensionen zwischen 2001 und 2003 deutlich zu, sinkt dann jedoch gemäß Bundesvoranschlag 2004 leicht um 1,6%.

Die familienbezogenen Leistungen als zweitgrößter Posten innerhalb der Transferzahlungen werden zwischen 2001 und 2004 überdurchschnittlich ausgeweitet. Hier schlägt sich neben einigen sonstigen neuen Leistungen zunächst vor allem die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes nieder, das 2002 das Karenzgeld ersetzte: Der

Kreis der Anspruchsberechtigten wurde dadurch erheblich ausgeweitet, und über einen längeren höchstmöglichen Bezugszeitraum werden höhere Leistungen gewährt. Die Ausgaben für Karenzgeld und Kinderbetreuungsgeld stiegen 2002 um 53,4%, für 2003 bzw. 2004 sind Zuwächse von 26,2% bzw. 9,8% veranschlagt. Das Kinderbetreuungsgeld wird 2003 Ausgaben von 864 Mio. €, 2004 von 913 Mio. € erfordern.

Übersicht 9: Aufwendungen des Bundes für Pensionen

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
Pensionen Bundesbeamte	2.659	2.750	2.840	2.916	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,7
Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer	734	758	795	797	+ 3,2	+ 4,9	+ 0,2
Pensionen Postbeamte	893	972	1.021	1.098	+ 8,8	+ 5,1	+ 7,5
Pensionen ÖBB-Beamte	1.728	1.746	1.769	1.777	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,5
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	4.460	4.955	5.822	5.875	+ 11,1	+ 17,5	+ 0,9
Ausgleichszulagen	878	926	1.107	762	+ 5,5	+ 19,5	- 31,2
Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger	1.649	1.582	795	797	- 4,1	- 49,8	+ 0,3
Summe Ausgaben	13.001	13.689	14.149	14.021	+ 5,3	+ 3,4	- 0,9
Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	562	560	552	551	- 0,5	- 1,4	- 0,3
Beiträge gemäß § 13 PG	71	75	77	80	+ 5,3	+ 3,0	+ 4,7
Beiträge von Landeslehrern	20	21	21	22	+ 3,8	+ 1,6	+ 3,3
Pensionsbeiträge Post	265	245	216	193	- 7,6	- 11,8	- 10,5
Pensionsbeiträge ÖBB	434	445	437	426	+ 2,6	- 1,7	- 2,7
Pensionsversicherungsbeitrag ÖBB	57	61	59	66	+ 6,6	- 2,9	+ 11,7
Sonstige Pensionseinnahmen	47	58	52	151	+ 23,1	- 10,8	+ 191,3
Summe Einnahmen	1.456	1.464	1.414	1.489	+ 0,5	- 3,4	+ 5,3
Nettoaufwand für Pensionen	11.545	12.225	12.735	12.532	+ 5,9	+ 4,2	- 1,6

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der für 2003 mit +5,3% präliminierte Anstieg der Ausgaben für Familienbeihilfen resultiert aus der Erhöhung der Familienbeihilfe für Kinder ab 3 Jahren. Für 2004 ist die Einführung eines zusätzlichen Kindergeldes für Mehrlingskinder geplant. Insgesamt betragen die Ausgaben für Familien im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds laut den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 4.059 Mio. € bzw. 4.168 Mio. €. Die verfügbaren Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds sowie das Vermögen des Reservefonds für Familienbeihilfen dürften die deutlich ausgeweiteten familienpolitischen Leistungen nicht abdecken können, sodass sich hier für den Bundeshaushalt zusätzliche Belastungen ergeben werden. Das Defizit im Familienlastenausgleichsfonds wird im Jahr 2003 230 Mio. €, 2004 280 Mio. € erreichen; der Bund muss hier teilweise in Vorlage treten.

Übersicht 10: Struktur der Transferausgaben

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Anteile in %			
Alterssicherung	59,0	59,9	59,4	58,7
Familien	15,3	16,1	17,0	17,4
Arbeitslosenunterstützung	8,6	9,3	9,2	9,3
Pflegegeld	5,9	5,7	5,6	5,6
Sonstige	11,3	9,0	8,7	8,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die jüngsten Änderungen im Transfersystem leiteten eine Strukturverschiebung innerhalb der Transferausgaben ein, die sich künftig vertiefen wird. Der langfristige Trend eines steigenden Anteils der Ausgaben für die Alterssicherung wird gebrochen: Im Bundesvoranschlag wird mit einer Verringerung von 59,9% im Jahr 2002 auf 58,7% bis 2004 gerechnet. Die Pensionsreform 2003 wird erst in den Jahren nach 2004 ihre volle Wirksamkeit entfalten und für eine nachhaltige Verringerung der Ausgaben für die Alterssicherung sorgen. Dagegen gewinnen die familienbezogenen Leistungen an Bedeutung: Ihr Anteil an den Gesamttransfers steigt von 15,3% 2001 auf voraussichtlich 17,4% 2004.

Weitgehend stabil bleibt dagegen in den Jahren 2002 bis 2004 der Anteil von Arbeitslosenunterstützungszahlungen (gut 9% der gesamten Transferausgaben) und Pflegegeld (5,7% bzw. 5,6%). Der deutliche Anstieg der Ausgaben für *Arbeitslosenunterstützung* im Jahr 2002 auf 2.135 Mio. € (+13,1%) spiegelt unmittelbar die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wider. Für 2003 und 2004 ist vor dem Hintergrund der aktuellen WIFO-Prognose zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit eine nur sehr mäßige Steigerung präliminiert. Gemäß Bundesvoranschlag wird für 2003 mit Arbeitslosenunterstützungszahlungen von 2.188 Mio. € (+2,4%), für 2004 von 2.230 Mio. € (+1,9%) gerechnet.

Die Ausgaben für das *Pflegegeld* steigen in den letzten Jahren wieder, nachdem sie Ende der neunziger Jahre in der Folge des Strukturanpassungsgesetzes 1996 eingeschränkt wurden – allerdings mit einer geringen nominellen und nur im Bundesvoranschlag 2003 auch realen Zuwachsrate. 2002 wurden für das Pflegegeld 1.294 Mio. € ausgegeben (+0,3%). Für 2003 sind 1.333 Mio. € (+3%) präliminiert; der relativ starke Anstieg geht auf eine Einmalzahlung an Pflegepersonen in den oberen Pflegestufen zurück. Für 2004 werden Ausgaben von 1.350 Mio. € (+1,3%) erwartet. Tendenziell rückläufig ist die Bedeutung der *sonstigen Transferausgaben*, da die Ausgaben für Kriegspopferversorgung sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen stark sinken.

Die *Finanzierungsausgaben* als zweitgrößter Posten der Ausgaben des Bundes werden nach nur geringen Zuwächsen bzw. sogar Rückgängen in den Vorjahren im Jahr 2004 überdurchschnittlich zunehmen (+9%). Sie steigen 2004 voraussichtlich auf 22,35 Mrd. € (2001 20,88 Mrd. €). Damit erhöht sich der Anteil der Finanzierungsausgaben an den Gesamtausgaben nach einem anhaltenden Bedeutungsverlust in den letzten Jahren wieder deutlich. Sie werden im Jahr 2004 mit 36% der Gesamtausgaben den entsprechenden Wert für 2001 (35,2%) überschreiten. Der Zuwachs des Jahres 2004 geht hauptsächlich auf die Ausgliederung der Universitäten (Universitätsgesetz 2002) ab 2004 zurück – in den Haushalt 2004 wurde ein Globalbetrag an die Universitäten von 1.703 Mio. € eingestellt. Diese Neuordnung hat eine Dämpfung der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen zur Folge.

Finanzierungsausgaben gewinnen wieder an Bedeutung

Übersicht 11: Ausgaben zur Finanzierung

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
Finanzschuldzinsen ¹⁾	8.080	8.362	8.130	8.111	+ 3,5	- 2,8	- 0,2
Transfers an Träger öffentlichen Rechtes	6.381	6.921	7.317	9.157	+ 8,5	+ 5,7	+ 25,1
Globalbetrag an Universitäten				1.703			
Sonstige	6.381	6.921	7.317	7.455	+ 8,5	+ 5,7	+ 1,9
Transfers an Unternehmen	3.117	3.095	3.581	3.930	- 0,7	+ 15,7	+ 9,8
Geldverkehrsspesen, Kursverluste und Rückersätze	218	164	586	233	- 24,8	+ 256,6	- 60,2
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	637	125	119	119	- 80,4	- 5,2	- 0,0
Zuführung an Rücklagen	1.761	1.651	20	0	- 6,2	- 98,8	- 98,7
Sonstige	683	666	758	806	- 2,4	+ 13,7	+ 6,4
Insgesamt	20.878	20.985	20.510	22.356	+ 0,5	- 2,3	+ 9,0

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Währungstauschverträge.

Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen verlieren an Gewicht

Die weiterhin große Bedeutung der Finanzierungsausgaben innerhalb der gesamten Ausgaben des Bundes spiegelt die konsequente Ausgliederungsstrategie der vergangenen Jahre wider, die sich in steigenden Transfers an Träger öffentlichen Rechtes und Unternehmen niederschlägt. Die Ausgaben für Finanzschuldzinsen, die den größten Anteil an den Finanzierungsausgaben ausmachen, sinken dagegen, weil das Zinsniveau niedrig ist und Altschulden mit höheren Zinssätzen refinanziert werden. Die Aufwendungen für die Zinsen ohne Swap-Operationen werden 2004 mit 6,96 Mrd. € geringer sein als im Jahr 2001.

Die Ausgaben für die *Erstellung von öffentlichen Leistungen* verlieren tendenziell weiter an Bedeutung. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben des Bundes sinkt von 27,5% 2001 auf 25,6% gemäß Bundesvoranschlag 2004. Mit Ausnahme des Jahres 2003, in dem ihr nomineller Anstieg über der Preissteigerungsrate liegen wird, nehmen sie zwischen 2002 und 2004 nominell wie real ab. Absolut machten sie 2002 laut vorläufigem Gebarungserfolg 16,1 Mrd. € aus. Sie steigen 2003 um 2,6% auf 16,5 Mrd. € und gehen 2004 um 3,7% auf 15,9 Mrd. € zurück. Die Ausgliederung der Universitäten ist primär maßgebend für den spürbaren Rückgang des Personalaufwands für die Bundesbediensteten im Jahr 2004 (-4,4%), denn von der Ausgliederung sind etwa 6.900 Planstellen betroffen. Der "echte" Personalabbau auf Bundesebene, der zu einer weiteren Minderung des Personalaufwands beitragen soll, ist für die Jahre 2003 und 2004 mit rund 5.900 Stellen veranschlagt. Durch die Ausgliederung der Universitäten werden auch die bereits seit Jahren rückläufigen Investitionsausgaben im Jahr 2004 weiter deutlich reduziert.

Übersicht 12: Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
Personalaufwand							
Bundesbedienstete	6.950	6.935	7.067	6.754	- 0,2	+ 1,9	- 4,4
Personalaufwandsersätze für Landeslehrer	2.825	2.810	2.808	2.808	- 0,5	- 0,1	± 0,0
Personalaufwand Post	1.089	1.016	1.010	1.010	- 6,7	- 0,6	± 0,0
Laufende Sachausgaben	4.936	4.919	5.344	5.147	- 0,4	+ 8,6	- 3,7
Investitionen	459	377	271	163	- 17,8	- 28,0	- 39,9
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	53	38	10	10	- 28,6	- 74,0	- 0,1
Insgesamt	16.313	16.095	16.510	15.891	- 1,3	+ 2,6	- 3,7

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Damit schmälert der Bund in zunehmendem Maße seine Möglichkeiten, im Rahmen der Ausgaben für öffentliche Leistungen auch strukturpolitisch Einfluss zu nehmen. Der Bundeshaushalt nimmt zunehmend den Charakter eines Finanzierungshaushalts an. Durch die fortgesetzten Ausgliederungen, die vorwiegend den Infrastrukturbereich betreffen, begibt sich der Bund seiner Optionen zur gezielten Schwerpunktsetzung in der Gestaltung der Infrastruktur; in einigen Bereichen zeichnen sich zunehmende Lücken ab, die sich langfristig als Wachstumsbremse erweisen könnten.

Zwar wurde in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur angekündigt; diese schlägt sich aber nur in geringen zusätzlichen Ausgaben nieder. Die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes nehmen laut Voranschlag 2003 gegenüber dem Vorjahr um lediglich 8 Mio. € auf 1,47 Mrd. € zu (+0,5%). Für 2004 ist ein Anstieg um 88 Mio. € (+6%) auf 1,56 Mrd. € präliminiert, der sich hauptsächlich aus den Mitteln der F&E-Offensivprogramme I (2001-2003) und II (2004-2006) speist. Auf dieser Grundlage ist das von der Bundesregierung formulierte Ziel der mittelfristigen Anhe-

bung der Forschungsquote¹²⁾ auf 2,5% bis zum Jahr 2006 kaum zu erreichen; allerdings hätte hier auch der private Sektor seinen Beitrag zu leisten.

Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen des Bundes steht unter dem Zeichen des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, der sich nicht nur in einer Verringerung der Einnahmenquote, sondern auch in der Fortsetzung des Privatisierungskurses niederschlagen soll. Der Privatisierungsauftrag an die ÖIAG sieht den Verkauf nahezu aller Unternehmensbeteiligungen des Bundes¹³⁾ bis zum Jahr 2006 vor. Da die Privatisierungserlöse für die Tilgung der Schulden der ÖIAG verwendet werden sollen, hat der angestrebte Privatisierungskurs allerdings keinen direkten Effekt auf das Bundesbudget.

Die *Nettosteureinnahmen* (Bruttosteureinnahmen abzüglich Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und EU) verlieren im Zeitraum 2001 bis 2003 spürbar an Bedeutung: Sie sinken 2003 auf 35,44 Mrd. € (2001 37,93 Mrd. €) und damit auf 62,3% der Gesamteinnahmen des Bundes. Erst 2004 steigt ihr Anteil wieder deutlich auf beinahe zwei Drittel der gesamten bereinigten Einnahmen des Bundes; präliminiert ist ein Nettosteuererwerb von 38,62 Mrd. €. Diese Entwicklung hängt u. a. mit der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung zusammen.

Deutliche Verschiebung der Steuerstruktur

Steuerquoten steigen 2004 wieder

Die Steuerquoten (netto wie brutto) sinken bis 2003 aufgrund der schlechten Konjunkturlage sowie der Steuerentlastungen im Rahmen von Konjunkturpaketen und wegen der Hochwasserkatastrophe von 2002. Für 2004 wird ein Anstieg erwartet. Der Anteil der steuerähnlichen Einnahmen an allen Einnahmen des Bundes vergrößert sich. Die umweltbezogenen Steuern gewinnen trotz ihrer Anhebung 2004 kaum an Gewicht. Langfristig nimmt die Belastung des Masseneinkommens durch Lohnsteuer zu. Das Steuererwerb ruht zunehmend auf indirekten Steuern.

Übersicht 13: Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Steuern (netto)	37.933	36.666	35.444	38.616	- 3,3	- 3,3	+ 8,9
Steuerähnliche Einnahmen	8.728	8.838	9.252	9.640	+ 1,3	+ 4,7	+ 4,2
Sonstige	11.156	12.035	12.191	10.461	+ 7,9	+ 1,3	- 14,2
Insgesamt	57.817	57.539	56.887	58.717	- 0,5	- 1,1	+ 3,2
	Anteile in %						
Steuern (netto)	65,6	63,7	62,3	65,8			
Steuerähnliche Einnahmen	15,1	15,4	16,3	16,4			
Sonstige	19,3	20,9	21,4	17,8			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0			

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Gleichzeitig gewinnen die *steuerähnlichen Einnahmen* zunehmend an Gewicht, primär infolge der Steigerung der zweckgebundenen Einnahmen für die Siedlungswasserwirtschaft. Für 2004 wird mit einem Anteil von 16,4% an den gesamten Bundeseinnahmen gerechnet, gegenüber 15,1% 2001. Die steuerähnlichen Einnahmen des Bundes sind zweckgebunden; sie umfassen hauptsächlich den Arbeitslosenversicherungsbeitrag, die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sowie Anteile an einkommensabhängigen Steuern. Für den präliminierten Anstieg in den Jahren 2003 und 2004 ist insbesondere der starke erwartete Zuwachs des Aufkommens aus dem Arbeitslosenversicherungsbeitrag maßgebend (2003 +8,3%, 2004 +4%), der deutlich über dem prognostizierten Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (+2,2% bzw. +2%) liegt und damit recht optimistisch veranschlagt ist.

Nach einem leichten Zuwachs 2003 wird für das Jahr 2004 ein absoluter wie relativer Rückgang der *sonstigen Einnahmen* erwartet, der insbesondere auf einer Abnahme der Kostenersätze und Einnahmen aus Besitz und Unternehmertätigkeit beruht (vor allem weil die Gewinnabfuhr der Notenbank sinkt). Die sonstigen Einnahmen haben

¹²⁾ Sie wird für heuer von Statistik Austria auf 1,96% des BIP geschätzt. Die Forschungsquote bezieht die Summe aller öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung auf das BIP (vgl. Scholtze, 2003). Anlässlich des Sondergipfels in Lissabon 2000 vereinbarten die EU-Länder eine Anhebung der nationalen Forschungsquoten auf 3% bis 2010.

¹³⁾ Ausnahmen sind OMV und AUA sowie eventuell die Post.

im Voranschlag dennoch mit 17,8% der Gesamteinnahmen nach wie vor eine größere quantitative Bedeutung als die steuerähnlichen Einnahmen.

Im Sinne der nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist der voraussichtliche Bedeutungszuwachs der Steuereinnahmen gegenüber den übrigen Einnahmenarten positiv zu bewerten, da die Finanzplanung immer weniger auf Einmaleffekten, sondern auf langfristig stabilen Einnahmenquellen basiert. Allerdings dürfte diese Entwicklung durch die zweite Etappe der Steuerreform 2004/05 konterkariert werden.

Die Bruttosteuerereinnahmen gehen in den Jahren 2001 bis 2003 von 56,21 Mrd. € auf 53,76 Mrd. € zurück. Im Bundesvoranschlag 2004 ist ein deutlicher Anstieg (+7,2%) auf 57,62 Mrd. € veranschlagt. Analog verläuft die Entwicklung der Bruttosteuerquote: Sie sinkt zunächst von 26,5% des BIP 2001 auf voraussichtlich 24,3% des BIP 2003; für 2004 wird dagegen mit einem merklichen Anstieg (um 1 Prozentpunkt) auf 25,3% gerechnet. Die Bruttosteuerquote verringert sich zwischen 2001 und 2003 schwächer als die Nettosteuerquote; das hängt großteils mit dem Überweisungsrythmus der Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden zusammen.

Übersicht 14: Steuereinnahmen

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Steuern vom Einkommen	28.575	26.672	26.657	27.477	- 6,7	- 0,1	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	3.987	3.126	2.950	3.000	- 21,6	- 5,6	+ 1,7
Lohnsteuer	15.672	16.219	16.800	17.300	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,0
Körperschaftsteuer	6.235	4.559	4.100	4.300	- 26,9	- 10,1	+ 4,9
Kapitalertragsteuer I und II	2.048	2.123	2.160	2.210	+ 3,7	+ 1,7	+ 2,3
Sonstige	633	644	647	667	+ 1,8	+ 0,4	+ 3,1
Steuern vom Aufwand und Verbrauch	26.468	27.087	25.970	28.995	+ 2,3	- 4,1	+ 11,6
Umsatzsteuer	17.354	17.639	16.300	19.000	+ 1,6	- 7,6	+ 16,6
Normverbrauchsabgabe	423	415	425	440	- 1,9	+ 2,5	+ 3,5
Mineralölsteuer	2.880	3.109	3.230	3.450	+ 7,9	+ 3,9	+ 6,8
Tabaksteuer	1.234	1.297	1.350	1.350	+ 5,1	+ 4,1	± 0,0
Steuern auf alkoholische Getränke	296	335	337	337	+ 13,1	+ 0,6	± 0,0
Gebühren	798	766	790	800	- 4,0	+ 3,2	+ 1,3
Versicherungssteuer	814	826	850	880	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,5
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.117	1.185	1.220	1.250	+ 6,1	+ 3,0	+ 2,5
Energiesteuer	754	692	640	790	- 8,2	- 7,6	+ 23,4
Sonstige	797	825	828	698	+ 3,5	+ 0,4	- 15,7
Steuern vom Vermögen	739	676	690	705	- 8,5	+ 2,1	+ 2,2
Steuern auf Einfuhren	225	219	200	200	- 3,1	- 8,5	± 0,0
Nebenanprüche und Resteingänge	204	298	241	241	+ 46,2	- 19,1	+ 0,1
Insgesamt brutto	56.210	54.951	53.758	57.618	- 2,2	- 2,2	+ 7,2
Minus Überweisungen an andere Rechtsträger	- 16.285	- 16.176	- 16.214	- 16.602	- 0,7	+ 0,2	+ 2,4
Minus Beitrag zur EU	- 1.992	- 2.108	- 2.100	- 2.400	+ 5,8	- 0,4	+ 14,3
Insgesamt netto	37.933	36.666	35.444	38.616	- 3,3	- 3,3	+ 8,9

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der Rückgang der Steuerquoten bis 2003 ist zu einem erheblichen Teil auf die Einführung der Anspruchsverzinsung zurückzuführen: Die Steuerpflichtigen führten 2001 einen Großteil der Einkommen- und Körperschaftsteuern für 2000 ab, die sonst erst in den Jahren 2002 und 2003 geleistet worden wären. Darüber hinaus fielen aufgrund der schlechten Konjunkturlage in den Jahren 2002 und 2003 die Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer geringer aus. Auch die im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 beschlossenen Maßnahmen zur Steuerentlastung mindern das Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen geringfügig. 2003 greifen zudem eine Reihe von Entlastungsmaßnahmen, die zum Teil einmalig wirken (die Abschaffung der 13. Umsatzsteuervoraus-

zahlung mit einem einmaligen Aufkommensrückgang um 1,7 Mrd. €), zum Teil Ende 2003 auslaufen (etwa die Investitionszuwachsprämie im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes) und zum Teil unbefristet gewährt werden (im Rahmen der Konjunkturbelebungsapakete vom Dezember 2001 bzw. September 2002).

Für 2004 wird eine Umkehrung des Trends insgesamt sinkender Steuereinnahmen erwartet, die insbesondere von einem starken Zuwachs der Steuern vom Aufwand und Verbrauch und hier vor allem der Umsatzsteuer getragen werden soll – das kassenmäßige Aufkommen erhöht sich aufgrund der Veränderung des Modus der Umsatzsteuervorauszahlungen. Trotz der mäßigen Entwicklung der privaten Konsumausgaben wird ein günstiges Umsatzsteuerergebnis erwartet, da die Maßnahmen zur Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung für eine erhebliche Verbesserung des Steuervollzugs sorgen sollen.

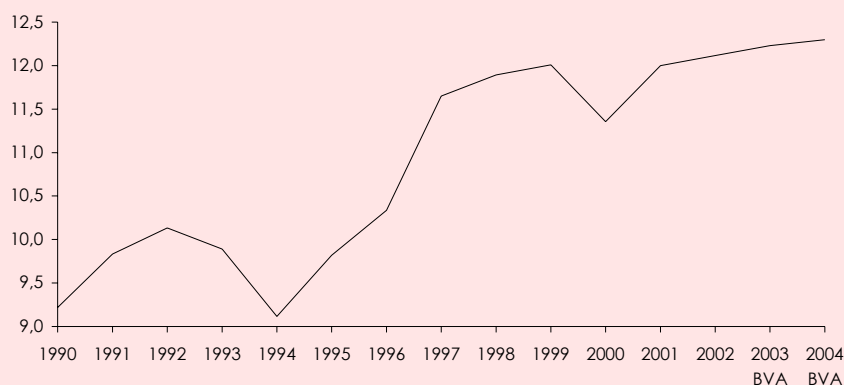
In den Ansätzen für die Steuern von Aufwand und Verbrauch schlägt sich 2004 außerdem die Anhebung der Energieabgaben (Einführung einer Kohleabgabe und Erhöhung der Erdgasabgabe) sowie der Mineralölsteuer mit Mehreinnahmen von insgesamt 335 Mio. € nieder. Die Mineralölsteuer wird 2004 Einnahmen von 3.450 Mio. € erbringen, die Energiesteuern sind mit 790 Mio. € veranschlagt. Wegen der Einführung des Road Pricing entfällt die Straßenbenützungsabgabe; der Einnahmefall von 75 Mio. € kompensiert die Mehreinnahmen aus den Energieabgaben teilweise. Außerdem werden die Kraftfahrzeugsteuersätze gesenkt. Der Rückgang der Einnahmen aus Energieabgaben in den Jahren 2002 und 2003 ergibt sich aus der zeitlichen Verschiebung der Rückvergütung bzw. aus deren Ausweitung auf alle energieintensiven Unternehmen.

Für die Einnahmen aus Lohnsteuer wird nach einem konjunkturbedingt mäßigen Anstieg von 3,5% im Jahr 2002 für 2003 und 2004 eine Steigerung um nur 3,6% bzw. 3% erwartet, weil die Lohn- und Gehaltssumme nur langsam wachsen wird. Im Jahr 2004 machen sich außerdem die beschlossenen Maßnahmen zur Steuerentlastung (Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags, Veränderung der Einschleifregelung) bemerkbar; sie werden im Rahmen von Lohn- und veranlagter Einkommensteuer ein Volumen von insgesamt 380 Mio. € erreichen, von dem 2004 knapp 330 Mio. € kassenwirksam werden.

Anhebung umweltbezogener Steuern ab 2004

Zunehmende Belastung des Masseneinkommens durch Lohnsteuer

Abbildung 2: Lohnsteuer in % des Bruttomasseneinkommens



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO.

Das Lohnsteueraufkommen in Prozent des Masseneinkommens steigt dennoch weiterhin im langfristigen Trend, von 9,2% im Jahr 1990 auf voraussichtlich 12,3% gemäß Bundesvoranschlag 2004. Die Entlastungseffekte der Einkommensteuerreform 2000 (Rückgang der Belastungsquote auf 11,4% des Masseneinkommens) waren also nur temporär. Die erste Etappe der Steuerreform 2004/05 macht den Belastungsanstieg des Masseneinkommens nicht rückgängig, sondern dämpft ihn lediglich. Zudem ergibt sich ab 2004 durch die Erhöhung der umweltbezogenen Steuern eine Zusatzbe-

**Steueraufkommen
zunehmend von
indirekten Steuern
getragen**

lastung, die die expansiven Effekte von Lohnsteuerentlastungen auf den privaten Konsum spürbar dämpfen wird.

Für die Körperschaftsteuer und die veranlagte Einkommensteuer wird nach Aufkommensrückgängen 2002 und 2003 mit einer Erholung im Jahr 2004 gerechnet. Allerdings könnte die für 2004 veranschlagte Erhöhung der Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer geringer als erwartet ausfallen, wenn die Wirtschaft schwächer wächst als bei der Budgeterstellung unterstellt.

Im Zeitraum von 2001 bis 2004 verschiebt sich die Steuerstruktur auf der Grundlage des Doppelbudgets 2003/04 merklich: Die Steuern vom Einkommen verlieren spürbar an Gewicht. Erreichte ihr Anteil 2001 mit 50,8% der Bruttogesamtsteuereinnahmen langfristig einen Höchstwert, so geht er bis 2004 voraussichtlich auf 47,7% zurück. Damit wird der langfristig zu beobachtende Trend eines kontinuierlichen Bedeutungsgewinns der direkten Steuern umgekehrt. Entsprechend wird der Anteil der Steuern vom Aufwand und Verbrauch von 47,1% (2001) auf 50,3% (2004) der gesamten Bruttosteuerereinnahmen zunehmen. Diese Strukturveränderung ist nicht nur Ergebnis des schwachen Wachstums, sondern resultiert auch aus Entlastungsmaßnahmen im Bereich der direkten sowie Erhöhungen der indirekten Steuern. Neben der erwähnten Anhebung der umweltbezogenen Abgaben ab 2004 trägt dazu auch eine Ausweitung der Tabaksteuereinnahmen bei: Nach einem preissteigerungsbedingten Aufkommenszuwachs von 5,1% 2002 wird nach der Anhebung der Tabaksteuer 2003 eine weitere Steigerung dieser Einnahmen um 4,1% erwartet.

Die erhöhte Besteuerung fossiler Energieträger ab 2004 setzt zwar zusätzliche ökologische Akzente im Steuersystem, allerdings ist noch kein deutlicher Bedeutungsgewinn der Umweltsteuern auszumachen. Mit jeweils 6% der Gesamtsteuereinnahmen erreicht das Mineralölsteueraufkommen in den Jahren 2003 und 2004 gerade wieder das Niveau von 1995. Der Anteil der Energieabgaben erhöht sich voraussichtlich geringfügig von 1,3% 2001 auf 1,4% 2004.

Der Anteil der Steuern vom Vermögen schließlich wird in den Jahren 2003 und 2004 mit 1,3% bzw. 1,2% des Gesamtsteueraufkommens gering bleiben; unter den vermögensbezogenen Steuern hat die Grunderwerbsteuer die größte quantitative Bedeutung.

Die Strukturverschiebungen innerhalb des Steueraufkommens schwächen tendenziell die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren und verringern die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems, da die Aufkommenselastizität der direkten Steuern größer ist als jene der indirekten Steuern (Lehner, 2002). Die Maßnahmen, die im Rahmen der zweiten Etappe der Steuerreform ab 2005 zu erwarten sind (Senkung des Körperschaftsteuersatzes, weitere Einkommensteuerentlastung), werden diesen Trend einer Strukturverschiebung vertiefen.

Literaturhinweise

- Breuss, F., "Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(9), S. 581-607, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22726.
- Buti, M., Eijffinger, S., Franco, D., "Revisiting the Stability and Growth Pact: Grand Design or Internal Adjustment?", European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs Economic Paper, 2003, (180).
- Deutscher Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Für Stetigkeit – gegen Aktionismus. Jahresgutachten 2001/2002, Schaeffer und Poeschel, Stuttgart, 2001.
- Lehner, G., "Bundesvoranschlag 2002 vom Ziel des 'Nulldefizits' geprägt", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(5), S. 319-334, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20273.
- Lehner, G., Längerfristige Entwicklung der Steuern und Abgaben in Österreich, WIFO, Wien, 2002, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23179.
- Scholtze, E., "Finanzierung der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung in Österreich", Statistische Nachrichten, 2003, 58(6), S. 430-438.

Federal Budget 2003-04: Postponing the Goal of a Balanced Budget – Summary

In view of the fact that extensive tax relief measures have been envisaged for the tax reform of 2004-05, and since the economy continues its modest growth rate, the federal government decided to postpone its goal of achieving a "zero deficit" beyond 2007.

The budgets for 2003 and 2004 reflect the federal government's temporary deviation from its goal of balancing the budgets for all levels of government (including states, municipalities, funds and social insurance), the achievement of which has been postponed beyond 2007. Already in 2002, the effort to balance the budget failed due to the weak overall economic situation (which resulted in increased unemployment expenditure and loss of tax revenues) and the flood of the summer of 2002. The budgets for 2003 and 2004 project an overall deficit of -1.3 percent and -0.7 percent of GDP. These deficits are caused by the sluggish economy and tax cuts as a first step of the tax reform to be implemented in 2004.

Given the ongoing stagnation of the Austrian economy it is reasonable to tolerate the effects of automatic stabilisers and therefore to increase public deficits for as long as the economy continues to be weak. This line of thought characterised the budgets for 2002 and 2003 where no attempts were made to compensate shrinking tax revenues by tax increases and expenditure cuts that would have further dampened overall demand. The budget for 2004, on the other hand, must be expected to have a rather contractive effect.

With regard to federal expenditure and revenues, the budgets for 2003 and 2004 clearly indicate structural shifts. The rise in the share of transfers as a proportion of overall spending, a long-term trend, is to be stopped in 2004, as payments related to old-age pensions are reduced. Within the category of transfer payments, expenditure related to old age pensions is losing its foremost position, owing to the pension reforms of 2000 and 2003. In contrast, spending on families is surging. Tax revenues as a percentage of overall federal income are once again up in 2004, while simultaneously overall tax revenues increasingly rely on indirect taxes.

**Helmut Kramer
Franz Sinabell
(Projektleitung)**

■ Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel

Das Waldviertel im Nordosten Österreichs an der Grenze zu Tschechien zählt zu den Gebieten mit ausgeprägten Strukturmachteilen: Ungünstige natürliche Bedingungen erschweren die landwirtschaftliche Produktion und die Entwicklung von attraktiven Tourismusangeboten. Lange Verkehrswege zu den Zentralräumen um Wien und Linz hemmen den Anschluss an dynamische Industriestandorte. Die über Jahrzehnte unterbrochenen Wirtschaftsbeziehungen zum nördlichen Nachbarn müssen erst aufgebaut und verstärkt werden.

In diesem Umfeld kommt der regionalen Standortpolitik eine wichtige Aufgabe zu. Durch Verbesserung der Infrastruktur, Ausbau der Bildungseinrichtungen und ein umfassendes Bündel von Programmen zur Stärkung des endogenen Wachstumspotentials wurden bereits vielfältige Maßnahmen gesetzt. Die vorliegende Studie liefert in einer integralen Sicht Ansatzpunkte für eine zukunftsorientierte Entwicklungsstrategie.

- **Perspektiven des Waldviertels: Status und strategische Überlegungen**

Bisherige Tendenzen – Künftige Rahmenbedingungen – Regionalpolitische Schlussfolgerungen

- **Demographische, qualifikationsspezifische und branchenspezifische Ausgangslage für den Arbeitsmarkt**

Demographischer Hintergrund – Bildung und schulische Infrastruktur – Charakteristika des Arbeitsmarktes – Einkommen unter dem niederösterreichischen Durchschnitt – Die Rolle der Landwirtschaft als Übergangslösung nach einem Arbeitsplatzverlust

- **Touristische Aspekte**

Ausgangssituation – Entwicklungsperspektiven – Einschätzung

- **Verkehrsinfrastruktur**

Probleme – Maßnahmen

- **Regionalpolitische Strategien für die Landwirtschaft**

Ausgangssituation – Agrarpolitische Rahmenbedingungen und EU-Erweiterung – Perspektiven – Zusammenfassende Empfehlungen

- **Perspektiven und Optionen des Waldviertels von innen**

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23922

Im Auftrag der Raiffeisen-Holding
Niederösterreich-Wien • April
2003 • 142 Seiten • 40,00 €
Download 32,00 €

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinabell

Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung

Die EU-Erweiterung bringt potentiell Integrationsvorteile, stellt aber einige Regionen vor große Herausforderungen. Das Waldviertel, dessen Standortvorteil bisher in relativ niedrigen Arbeitskosten lag, ist davon besonders betroffen: Auf dem Arbeitsmarkt können unter veränderten Rahmenbedingungen Probleme längerfristig nur dann vermieden werden, wenn die Unternehmen Standorts- und Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz in den neuen EU-Mitgliedsländern vorfinden. Kernelemente einer regionalen strukturpolitischen Strategie sind neue Maßnahmen im Bildungsbereich, im Programm der ländlichen Entwicklung, die weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und die flächendeckende Anbindung an leistungsfähiger Datennetze.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien: Helmut Kramer, Franz Sinabell (Projektleitung), Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel (142 Seiten, 40 €, Download 32 €, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23922). • Begutachtung: Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Weinberger • Erstellung der Datengrundlage: Ulrike Huemer, Birgit Novotny. • E-Mail-Adressen: Gudrun.Biffi@wifo.ac.at, Franz.Sinabell@wifo.ac.at

Die Erweiterung der EU ändert die Rahmenbedingungen im Standortwettbewerb zwischen Österreich und dem Nachbarland Tschechien. Die Abschaffung der letzten Handels- und Transportbeschränkungen trifft Standorte wie das Waldviertel besonders.

Von der Ostöffnung profitierte das Waldviertel bisher weniger als etwa Regionen an den Grenzen zur Slowakei, zu Ungarn und Slowenien. Zunehmend wird der aus der Not resultierende Standort-"Vorteil" niedriger Arbeitskosten in Frage gestellt, weil Arbeit jenseits der Grenze im südböhmischen Raum noch billiger ist.

Die Grenzregion spürt die negativen Folgen der Osterweiterung – Betriebsabwanderung, Kaufkraftabfluss, wachsender Transitverkehr – unmittelbar und am deutlichsten, während sie die Vorteile der Integration nicht in jedem Fall genießt. Vor diesem Hintergrund bedarf es weiterer Anstrengungen der Strukturpolitik, um sicherzustellen, dass die erst seit kurzem wieder zunehmende Bevölkerung des Waldviertels Beschäftigung und ökonomische Perspektiven findet.

Das Waldviertel gliedert sich in zwei Teilregionen mit abweichender Struktur und Dynamik: die Bezirke Horn, Gmünd, Waidhofen an der Thaya und Zwettl – das Waldviertel im engeren Sinn – einerseits und die Statutarstadt Krems mit dem Bezirk Krems Land andererseits.

In Waidhofen an der Thaya ist die Branchenvielfalt gering: Textilindustrie, Gaststättenwesen und Handel. In Gmünd hingegen verteilt sich die Beschäftigung auf ein breites Spektrum von Branchen. Es umfasst Niedriglohnbereiche wie die Textilindustrie, den Handel und das Gesundheitswesen ebenso wie das mittlere Lohnsegment etwa in der Lebensmittel- und Holzindustrie, dem Bauwesen und der Verkehr- und Nachrichtenübermittlung sowie das Hochlohnsegment mit der Metallindustrie.

In Horn überwiegt das Bauwesen, und auch die Lebensmittelverarbeitung hat einen hohen Stellenwert. Dienstleistungen werden vor allem im Gesundheitswesen und Handel erbracht. Im Bezirk Zwettl sind das Bauwesen, die Holzbe- und -verarbeitung,

Branchenstruktur des Waldviertels

Handelsunternehmen und der öffentliche Dienst (Truppenübungsplatz) von besonderer Bedeutung.

Krems weist eine große Bandbreite von Branchen auf: vom Handel über das Bauwesen, die Nahrungsmittel-, Holz- und Metallindustrie bis hin zum Kreditwesen. Diese Region ist deutlich besser als das übrige Waldviertel durch Verkehrsinfrastruktur mit den beiden wirtschaftlichen Zentralräumen Wien und Linz verbunden.

Übersicht 1: Verteilung und Entwicklung der Beschäftigten nach Branchen

2000

	Nieder- öster- reich	Waldviertel		Waldviertel		Waldviertel		Nieder- öster- reich	Waldviertel	
		Mit Krems Beschäftigte	Ohne Krems	Mit Krems	Ohne Krems	Mit Krems	Ohne Krems		Durchschnittliche Veränderung 1995/2000 in %	Mit Krems
				Anteile an Nieder- österreich in %		Anteile am Waldviertel in %				
ÖNACE-Zweisteller										
Landwirtschaft, Jagd	5.084	869	349	17,1	6,9	1,8	1,1	+ 1,7	+ 2,7	+ 3,3
Forstwirtschaft	1.540	453	376	29,4	24,4	0,9	1,2	- 2,7	- 2,2	- 2,2
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1.466	157	108	10,7	7,3	0,3	0,3	- 1,4	- 12,8	- 4,0
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke	14.051	2.194	1.468	15,6	10,4	4,6	4,6	- 2,9	- 1,6	- 2,8
Textilien und Textilwaren	3.985	1.649	1.022	41,4	25,6	3,5	3,2	- 4,9	- 5,7	- 8,7
Bekleidung	1.896	42	36	2,2	1,9	0,1	0,1	- 7,5	- 34,2	- 35,7
Ledererzeugung und -verarbeitung	498	53	39	10,6	7,9	0,1	0,1	- 2,5	+ 8,0	+ 5,9
Be- und Verarbeitung von Holz	11.634	2.066	1.628	17,8	14,0	4,3	5,1	- 1,3	- 1,1	- 0,8
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	4.548	447	392	9,8	8,6	0,9	1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 2,4
Gummi- und Kunststoffwaren	8.508	355	329	4,2	3,9	0,7	1,0	- 1,4	+ 3,2	+ 2,9
Glas, Waren aus Steinen und Erden	6.181	528	450	8,5	7,3	1,1	1,4	- 2,6	- 0,4	- 0,3
Metallerzeugung und -bearbeitung	4.568	789	75	17,3	1,6	1,7	0,2	- 0,2	- 2,3	- 0,2
Metallerzeugnisse	15.355	1.639	1.229	10,7	8,0	3,4	3,8	- 0,9	+ 3,6	+ 5,2
Maschinenbau	13.211	926	822	7,0	6,2	1,9	2,6	- 1,2	- 1,1	- 0,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	3.110	1.185	1.185	38,1	38,1	2,5	3,7	- 0,7	+ 2,8	+ 2,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	1.142	692	692	60,5	60,5	1,4	2,2	- 3,1	- 0,5	- 0,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2.522	942	870	37,4	34,5	2,0	2,7	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,4
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1.411	27	27	1,9	1,9	0,1	0,1	+ 2,1	- 4,0	- 3,9
Möbel, Sportgeräte, Spielwaren ¹⁾	3.929	486	245	12,4	6,2	1,0	0,8	- 1,7	- 2,1	- 3,4
Bauwesen	45.035	6.472	4.732	14,4	10,5	13,6	14,8	- 1,8	- 2,0	- 1,9
Kraftfahrzeuge ²⁾ , Tankstellen	14.239	1.551	924	10,9	6,5	3,3	2,9	+ 1,2	- 0,4	+ 0,0
Handelsvermittlung und Großhandel ³⁾ Einzelhandel ⁴⁾ und Reparatur von Gebrauchsgütern	33.751	3.183	2.309	9,4	6,8	6,7	7,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 5,2
42.453	3.427	2.293	8,1	5,4	7,2	7,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 3,2	
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	18.979	3.019	1.834	15,9	9,7	6,3	5,7	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,4
Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	13.555	1.590	1.162	11,7	8,6	3,3	3,6	+ 4,5	+ 3,1	+ 4,7
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Reisebüros	6.192	254	114	4,1	1,8	0,5	0,4	+ 4,5	+ 2,9	+ 2,6
Kreditwesen	8.377	1.207	783	14,4	9,3	2,5	2,4	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2
Mit dem Kredit-, Versicherungswesen verbundene Tätigkeiten	418	31	11	7,5	2,6	0,1	0,0	+ 13,6	+ 14,0	+ 9,8
Realitätenwesen	4.003	256	77	6,4	1,9	0,5	0,2	+ 0,8	+ 4,1	+ 6,3
Vermietung beweglicher Sachen ⁵⁾	670	31	27	4,6	4,0	0,1	0,1	+ 1,7	+ 45,1	+ 48,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	1.579	171	147	10,8	9,3	0,4	0,5	+ 15,9	+ 54,4	+ 92,9
Unternehmensbezogenen Dienstleistungen	20.559	1.259	704	6,1	3,4	2,6	2,2	+ 9,8	+ 4,4	+ 4,5
Öffentliche Verwaltung ⁶⁾	38.362	3.068	1.412	8,0	3,7	6,4	4,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9
Unterrichtswesen	8.208	374	193	4,6	2,3	0,8	0,6	+ 1,5	+ 5,9	+ 2,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	25.307	3.309	2.771	13,1	10,9	6,9	8,7	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,6
Abwasser- und Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung	1.380	105	71	7,6	5,2	0,2	0,2	+ 4,8	+ 2,0	+ 5,0
Interessenvertretungen ⁷⁾	9.046	543	388	6,0	4,3	1,1	1,2	+ 6,5	+ 8,0	+ 7,3
Kultur, Sport und Unterhaltung	2.679	252	167	9,4	6,2	0,5	0,5	+ 5,1	+ 9,2	+ 15,6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	6.065	932	418	15,4	6,9	2,0	1,3	+ 0,2	+ 0,6	- 0,6
Private Haushalte	668	118	78	17,6	11,7	0,2	0,2	- 2,9	+ 0,5	+ 3,5
Keine Branchenzuordnung	2.711									
Insgesamt	434.620	47.704	31.987	11,0	7,4	100,0	100,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,6

Q: Huber et al. (2003) auf Basis des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Branchen mit weniger als 10 Beschäftigten im Waldviertel wurden nicht ausgewiesen, sind aber in der Summe enthalten. – ¹⁾ Einschließlich Schmuck, Musikinstrumente und sonstiger Erzeugnisse. – ²⁾ Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. – ³⁾ Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – ⁴⁾ Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen. – ⁵⁾ Ohne Bedienungspersonal. – ⁶⁾ Sowie Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁷⁾ Einschließlich kirchlicher und sonstiger religiöser Vereinigungen sowie sonstiger Vereine (ohne Sozialwesen, Kultur und Sport).

Auf Basis der Analyse der niederösterreichischen Wirtschaftsaktivitäten (Huber et al., 2003) lässt sich ein detailliertes Bild von Struktur und Dynamik der Wirtschaft im Waldviertel zeichnen. Daten zur Beschäftigungsdynamik im Waldviertel liegen vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger vor¹⁾.

Im Waldviertel fanden im Jahresdurchschnitt 2002 etwa 11% der Beschäftigten Niederösterreichs Arbeit (Übersicht 1). In 20 Branchen lag der Anteil des Waldviertels über diesem Wert, etwa in der Landwirtschaft, der Herstellung von Textilwaren, dem Bauwesen, der Metallerzeugung- und -bearbeitung, der Erzeugung elektronischer Geräte, der Be- und Verarbeitung von Holz, der Möbelerzeugung, der Gästebeherbergung und dem Gesundheitsbereich. In neun dieser Branchen ergab sich seit 1995 eine Zunahme der Beschäftigung.

Deutlich ausgeweitet wurde die Zahl der Arbeitsplätze nur in Betrieben zur Erzeugung von Vorleistungen zur Stromerzeugung und -verteilung sowie in Unternehmen, die elektronische Bauteile und Geräte sowie Metallerzeugnisse herstellen. Die übrigen Zuwächse stammen aus der Landwirtschaft, aus Dienstleistungsunternehmen (vor allem dem Transport- und Beherbergungsbereich) sowie dem öffentlichen Dienst.

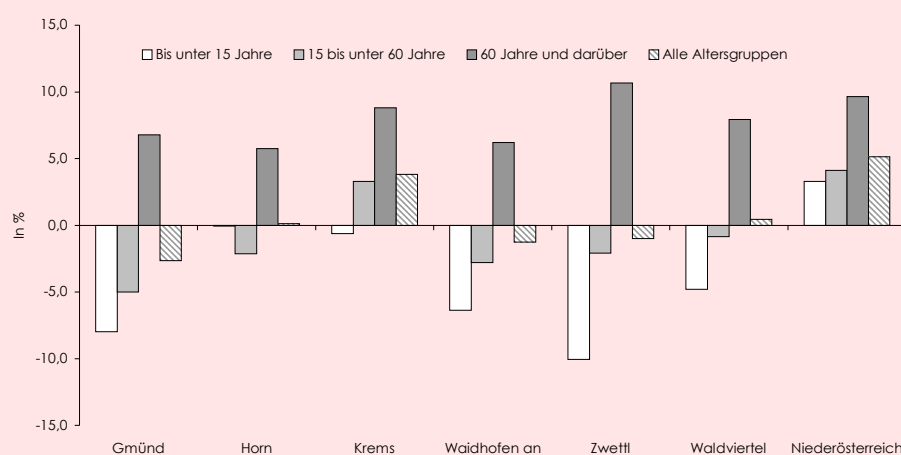
Insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten im Waldviertel zwischen 1995 und 2000 – ebenso wie in Niederösterreich – leicht zu, obwohl in insgesamt 21 Branchen Arbeitsplätze verloren gingen (insgesamt –2.600), insbesondere in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Erzeugung von Metall und Chemikalien. Auch die Bauunternehmen bauten Arbeitskräfte ab (knapp –700). Im Dienstleistungsbereich ergab sich im Versicherungswesen eine deutliche Abnahme.

Die anhaltenden Strukturprobleme des Waldviertels manifestieren sich in der Bevölkerungsentwicklung. In den nördlichen Bezirken schrumpfte die Bevölkerung zwischen 1991 und 2001 weiter, wenn auch etwas langsamer als bisher. Der Abnahme der Bevölkerung in den Bezirken Gmünd (–3,1%), Horn (–0,2%), Waidhofen an der Thaya (–1,4%) und Zwettl (–1,3%) stand ein Zuwachs in Krems (einschließlich Umland +3,7%) gegenüber. Insgesamt war die Wohnbevölkerung 2001 mit 224.402 etwa gleich groß wie 1991 (+380, +0,2%). Der Anteil des Waldviertels an Niederösterreich nahm weiter ab (auf 14,5%).

Ausgewählte Aspekte zum Strukturproblem des Waldviertels

Bevölkerungsentwicklung: ein differenziertes Bild

Abbildung 1: Veränderung der Waldviertler Wohnbevölkerung nach Altersgruppen zwischen 1991 und 2001

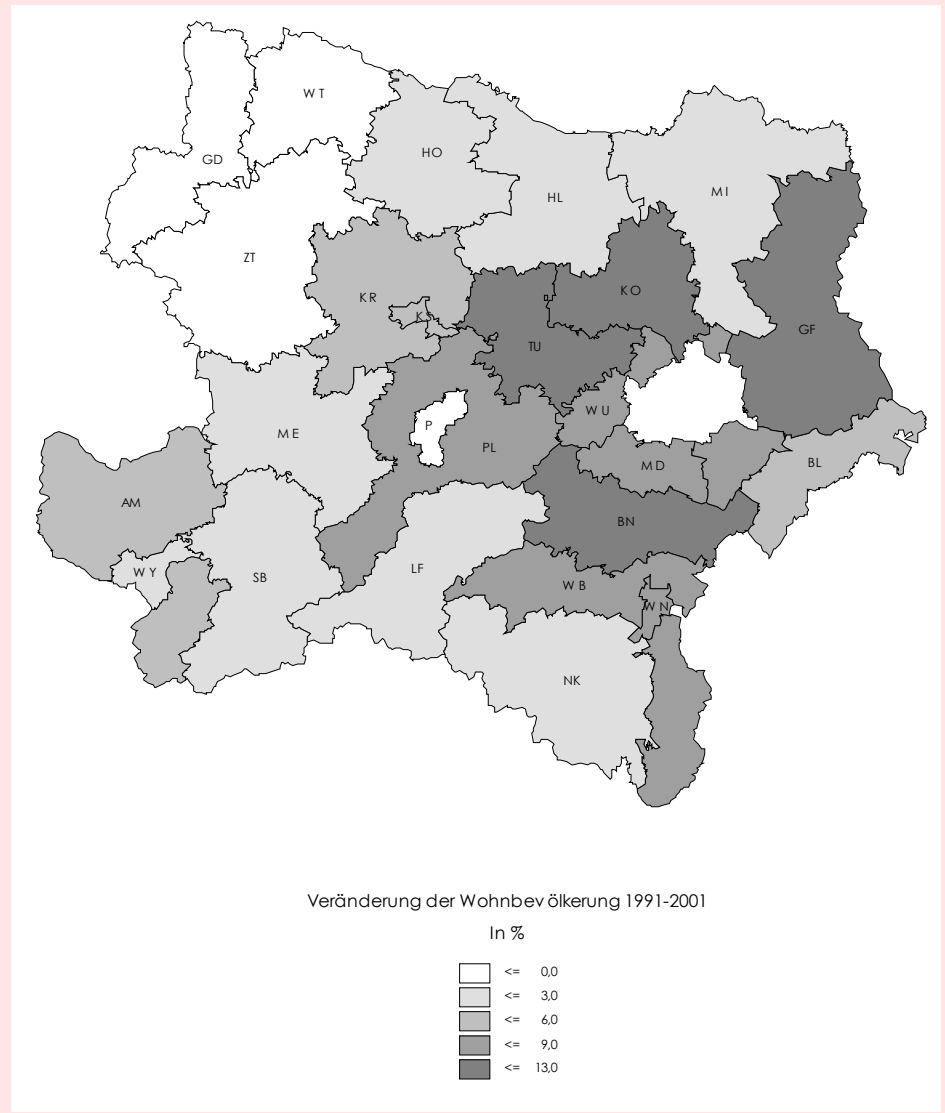


Q: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Sachgebiet Statistik.

¹⁾ Aufgrund der Erhebungsmethode ist die regionale Zuordnung der Beschäftigten ab der ÖNACE-Klasse 40 nur beschränkt zuverlässig (Huber et al., 2003, S. 2ff).

Eine Folge der Abwanderung von im Wesentlichen Gutqualifizierten im erwerbsfähigen Alter ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil älterer Menschen (über 60-Jährige). Während in Niederösterreich im Durchschnitt rund 22% der Wohnbevölkerung älter als 60 Jahre sind, liegt die Quote im Waldviertel bei 24%. In den letzten 10 Jahren verringerte sich der Anteil der 15- bis 60-Jährigen in allen Waldviertler Bezirken mit Ausnahme von Krems.

Abbildung 2: Strukturwandel der niederösterreichischen Wohnbevölkerung zwischen 1991 und 2001



Q: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik, Sachgebiet Statistik; WIFO-Berechnungen. AM ... Amstetten, BL ... Bruck an der Leitha, BN ... Baden, GD ... Gmünd, GF ... Gänserndorf, HL ... Hollabrunn, HO ... Horn, KO ... Korneuburg, KR ... Krems Land, KS ... Krems Stadt, LF ... Lilienfeld, MD ... Mödling, ME ... Melk, MI ... Mistelbach, NK ... Neunkirchen, P ... St. Pölten, PL ... St. Pölten Land, SB ... Scheibbs, TU ... Tulln, WB ... Wr. Neustadt Land, WN ... Wr. Neustadt Stadt, WT ... Waidhofen an der Thaya, WU ... Wien Umgebung, WY ... Waidhofen an der Ybbs, ZT ... Zwentl.

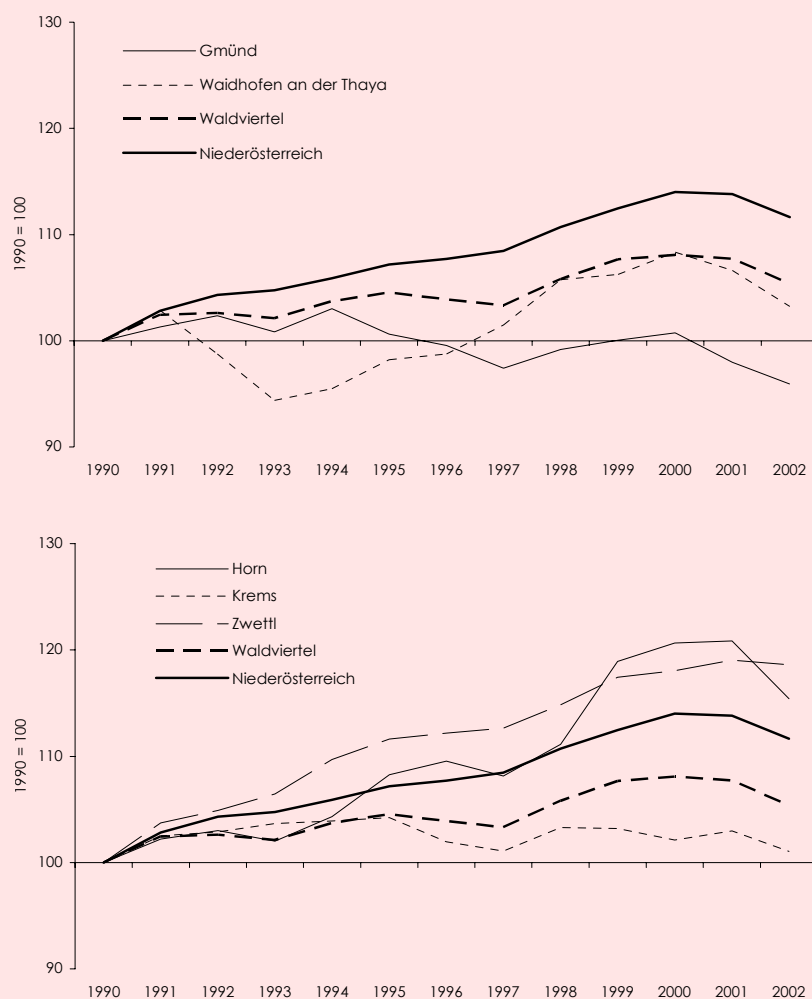
Die Alterung der Wohnbevölkerung des Waldviertels geht parallel mit einer zögerlichen Anpassung der Wirtschaftsstruktur an neue wirtschaftliche und technologische Möglichkeiten. Industrie und Gewerbe sind weiterhin in hohem Maße auf schrumpfende Branchen konzentriert, und die kleinbetriebliche Struktur erschwert die Übernahme technologisch anspruchsvollerer Produktionsmethoden. Ein überdurchschnittlicher Anteil der privaten Haushalte lebt von der Landwirtschaft. Dienstleistungen sind vergleichsweise schwach vertreten, vor allem fehlen unternehmensorientierte hochqualifizierte Tätigkeiten – der Bereich der Privatwirtschaft mit der größten Beschäftigungsdynamik in Österreich.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten erhöhte sich im Waldviertel in den letzten 12 Jahren (1990/2002) um 0,4% p. a., etwa halb so rasch wie in Niederösterreich insgesamt²⁾, dessen Beschäftigung sich wie im Durchschnitt Österreichs entwickelte (Biffli, 2001B). Am stärksten war die Beschäftigungsdynamik in den Bezirken Horn und Zwettl. Krems wies eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate auf, in Gmünd war die Zahl der Beschäftigten sogar rückläufig. In Waidhofen an der Thaya kam der Beschäftigungsrückgang 1996 zum Stillstand, seither ist ein Anstieg zu beobachten.

Infolge Strukturanpassung geringe Beschäftigungsdynamik

Abbildung 3: Unselbständig Beschäftigte

Stand Ende Juli



Q: Statistik Austria.

Die Sachgütererzeugung ist weiterhin von der facharbeiterintensiven Fahrzeug- und Elektroindustrie sowie der Verarbeitung von land- und forstwirtschaftlichen Rohprodukten geprägt. Sie ist in Waidhofen an der Thaya, Zwettl und Gmünd ein besonders wichtiger Beschäftigungsträger; dem Bauwesen kommt diese Rolle in Horn, Krems Stadt und Krems Land zu (Übersicht 1). Der Dienstleistungssektor hat nur in Horn und Zwettl großes Gewicht. Das ist das Ergebnis des Ausbaus der Industriegebiete am Stadtrand der beiden Bezirkshauptstädte in den neunziger Jahren; die Errichtung von Industrieparks zog die Niederlassung von Einkaufszentren nach sich. Der Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors war somit im Wesentlichen die Folge von

²⁾ In der Beschäftigungsstatistik von Statistik Austria (Stichtag Ende Juli) werden nur die Versicherten der Gebietskrankenkassen, der Versicherungsanstalt des Bergbaus und der Betriebskrankenkassen erfasst, nicht jedoch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, der Bahn und Krankenfürsorgeanstalten. In Niederösterreich sind dies rund 80.000 oder 15,5% der Unselbständigen; sie können den Arbeitsamtsbezirken nicht genau zugeordnet werden (Geldner, 1994).

Konzentrationsprozessen im Handel und nicht die Folge der Ansiedlung unternehmerorientierter hochqualifizierter Dienstleistungen. Merkwürdig aufgeholt hat das Waldviertel allerdings im Tourismusbereich, und zwar vor allem im höherwertigen Dienstleistungssegment (siehe dazu im Detail Smeral, 2003).

Trotz des überdurchschnittlichen Anteils Älterer an der Wohnbevölkerung sind ältere Arbeitskräfte noch seltener beschäftigt als im Österreich-Durchschnitt. Das ist im Zusammenhang mit der Abwanderung von Betrieben im traditionellen industriell-gewerblichen Bereich zu sehen: Ältere Arbeitskräfte finden nach dem Verlust des Arbeitsplatzes relativ selten eine passende Wiederbeschäftigung. Erwerbsunfähigkeitspensionen ebenso wie Frühpensionierung infolge höheren Alters und langfristiger Arbeitslosigkeit wurden aus arbeits- und sozialpolitischen Überlegungen seit den achtziger Jahren besonders häufig ausgesprochen.

Auch der Beschäftigungsanteil von Frauen im Haupterwerbssalter ist im Waldviertel geringer als im Durchschnitt Niederösterreichs. Wegen der vergleichsweise hohen Konzentration der Ausbildung auf wenige Berufe, der unterdurchschnittlichen Ausstattung der Region mit öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und deren unflexiblen Öffnungszeiten (fehlende Nachmittagsbetreuung) sowie des vergleichsweise schlechten Ausbaus des öffentlichen Verkehrs kann häufig nur das lokale Arbeitsplatzangebot genutzt werden und nicht die Arbeitsmöglichkeiten im ganzen Waldviertler Raum.

Abwanderung von Betrieben Mitte der neunziger Jahre gestoppt

Das Waldviertel verlor in den Jahren einer wirtschaftlichen Randlage eine vergleichsweise große Zahl von Betrieben und zog zu wenige Neuansiedelungen an. Mit der Ostöffnung verstärkte sich die Nettoabwanderung der Betriebe vorübergehend, und zwar im Wesentlichen in den nördlichen Grenzbezirken: Betriebsstandorte wurden auf die andere Seite der Grenze verlagert. 1995 setzte eine Trendwende ein; die Zahl der aktiven Betriebsstandorte steigt seither in allen Bezirken des Waldviertels. 2002 zählte das Waldviertel 9.500 Betriebe, 13,7% aller Betriebe in Niederösterreich.

Krems wies dank der Einbindung der Wirtschaft in den südlichen Zentralraum schon in den achtziger Jahren eine vergleichsweise starke Ansiedlungsdynamik auf. In den nördlichen Regionen konnten sich Betriebe erst nach einer Phase der massiven Umstrukturierung wieder behaupten.

Kleinbetriebe prägen Waldviertler Wirtschaftsstruktur

Die Verschärfung des Wettbewerbs durch technologischen Wandel und Ostöffnung trifft vor allem Branchen mit relativ geringem Humankapitaleinsatz sowie Betriebe mit einfacher oder mittlerer Produktionstechnologie. Vor allem Kleinbetriebe – die im Waldviertel weit überwiegen (Beschäftigungsanteil um 8 Prozentpunkte höher als in Niederösterreich insgesamt) – stehen unter großem Anpassungsdruck. Sie decken vor allem den lokalen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen ab. Eine Exportorientierung ist schwierig, wenn sie nicht durch eine branchenspezifische Wachstumsstrategie unterstützt wird, die eine sozioökonomische Koordinationsinfrastruktur auf der Basis von modernen Kommunikationstechnologien voraussetzt. Eine branchenübergreifende Wachstumsstrategie würde Kostensenkungen durch größere Stückzahlen und eine Spezialisierung auf technologisch komplexere Produktionsbereiche ermöglichen und damit eine regionalpolitische Strategie der Marktausweitung vorstellbar machen.

Einkommen im unteren Mittelfeld

Die Konzentration der Beschäftigung auf Niedriglohnbranchen sowie Klein- und Mittelbetriebe im einfachen und mittleren Qualifikationssegment trägt dazu bei, dass das Erwerbseinkommen der Arbeitskräfte im Waldviertel unter dem Durchschnitt Niederösterreichs liegt. 2001 war das monatliche Bruttomedianeinkommen der unselbständig Beschäftigten im Waldviertel mit 1.470 €³⁾ um 9% niedriger als in Niederösterreich insgesamt. Am günstigsten ist die Einkommenslage in Gmünd vor Krems, Horn und Zwettl, am ungünstigsten in Waidhofen an der Thaya.

³⁾ Die Analyse der Einkommensverteilung folgt Pointecker (2002). Pointecker greift auf die Stichprobe des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zu den unselbständig Beschäftigten 2001 zurück (515.684 Beschäftigungsverhältnisse ohne Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte und pragmatisierte Beamte).

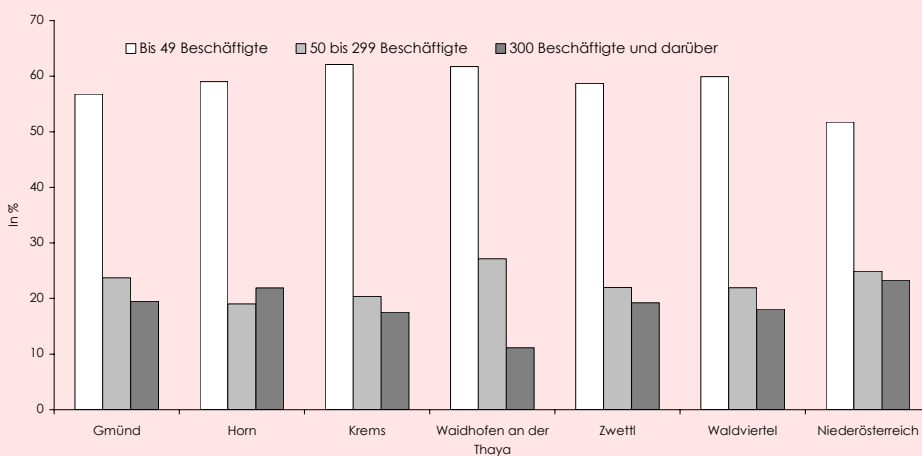
Abbildung 4: Zahl der aktiven Betriebsstandorte



Q: Wirtschaftskammer Niederösterreich.

Abbildung 5: Verteilung der Beschäftigten nach Betriebsgrößen

Dezember 1999



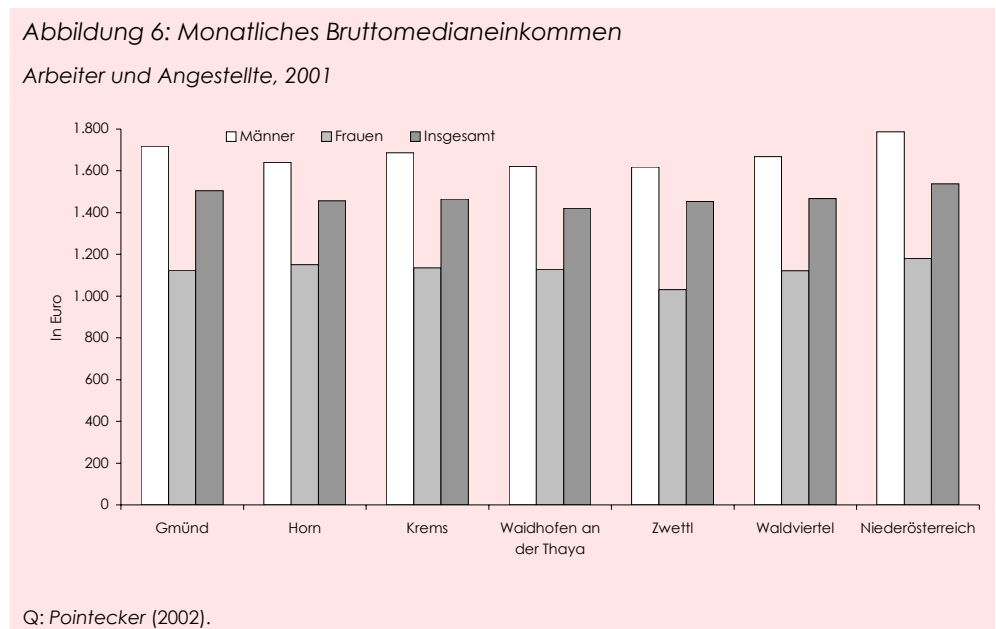
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die vergleichsweise günstige Einkommenssituation von Gmünd überrascht angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der geringen Beschäftigungsdynamik. Sie ist im Wesentlichen auf einen relativ großen Anteil von Mittel- und Großbetrieben zurückzuführen; das gilt auch für Horn. In Waidhofen an der Thaya hingegen sind überproportional viele Unselbständige in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt. Aber auch die Branchenzusammensetzung ist in Gmünd breiter als in Waidhofen.

In Gmünd und Zwettl vollzog sich in den letzten 10 Jahren im Gefolge der Ostöffnung ein besonders ausgeprägter Strukturwandel. Betriebe, die unter den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr wettbewerbsfähig waren, gingen in Konkurs oder verlagerten ihre Produktionsstätte; nur die höherwertige Wertschöpfung verblieb in Österreich. Das schlug sich nicht nur in einer Anhebung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens im Bezirk nieder, sondern auch in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung.

Im Bezirk Zwettl hatte die Strukturbereinigung schon in den achtziger Jahren eingesetzt. Gezielte Betriebsansiedlungspolitik trug dazu bei, dass dem Beschäftigungseinbruch in den neunziger Jahren Einhalt geboten wurde und neue Arbeitsplätze im mittleren und höheren Einkommensegment geschaffen wurden.

Abbildung 6: Monatliches Bruttomedianeinkommen
Arbeiter und Angestellte, 2001



Die Verkehrsinfrastruktur des Waldviertels

Ausgangslage

Die moderne arbeitsteilige Wirtschaft baut auf ein gut funktionierendes Transportsystem auf. Es sichert die berufliche Mobilität der Bevölkerung und gewährleistet die rasche, zuverlässige und pünktliche Lieferung von Vorprodukten und Fertigwaren. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur trägt somit wesentlich zur Standortqualität einer Region bei.

Das Waldviertel ist, bezogen auf die Fläche, sehr schwach mit Verkehrsinfrastruktur ausgestattet (Hesina – Gassler – Rammer, 2000). Aufgrund der relativ dünnen Besiedelung und der geringen wirtschaftlichen Aktivitäten ist das Verkehrsnetz aber wenig ausgelastet. Engpässe im Straßennetz zeigen sich höchstens im sonntäglichen Rückflussverkehr Richtung Wien. Die Probleme der Verkehrsinfrastruktur liegen also kaum in der Kapazität, sondern in der langen Reise- bzw. Transportdauer zu den wirtschaftlichen Ballungsräumen, die zum Teil durch mangelhaften Ausbau und Umwege bedingt ist.

Die Erreichbarkeit regionaler und überregionaler Zentren mit ihren Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verwaltungsstellen und kulturellen Einrichtungen ist ein wesentliches Kriterium für den Wohnwert einer Region. Der überwiegende Teil der Waldviertler Bevölkerung kann die regionalen Zentren Gmünd, Waidhofen an der Thaya, Zwettl, Horn, Krems und Melk nur mit dem Auto innerhalb von 30 Minuten erreichen. Beson-

ders ungünstig ist die Situation für die Bewohner der südlichen Teile des Bezirkes Zwettl und der nördlichen Teile des Bezirks Horn.

Schüler sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen und deshalb davon besonders betroffen. Die Erreichbarkeit einzelner Schulen wird durch mangelnde Abstimmung von Fahrplänen unterschiedlicher Anbieter und wegen mangelnder Koordination zwischen Fahrplänen und Schulöffnungszeiten erschwert.

Die überregionalen Zentren Krems und St. Pölten sowie Wien sind für die Bewohner des nördlichen und westlichen Waldviertels innerhalb von 50 Minuten selbst mit dem Auto nicht erreichbar. Noch schlechter ist die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Aufgrund der geringen Siedlungsdichte zwischen den Regionalzentren ist aber eine bessere Erschließung des Raumes mit öffentlichen Linienverkehrsmitteln kaum wirtschaftlich.

Für die Qualität von Produktionsstandorten ist die Transportzeit zu den großen nationalen und internationalen Ballungsräumen entscheidend. Das Waldviertel wurde 1868 durch die Kaiser-Franz-Josephs-Bahn mit Wien und Prag bzw. mit dem Südosten der Donaumonarchie und Norddeutschland verbunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor diese Bahnachse ihre ursprüngliche Bedeutung. Die Ostöffnung 1989 belebte den Nord-Süd- und Ost-West-Verkehr auf der Straße. Er wird jedoch auf den bereits großteils als Autobahnen ausgebauten Achsen Linz-Budweis-Prag, Wien-Znaim-Prag oder Wien-Brünn-Prag sowie Wien-St. Pölten-Linz am Waldviertel vorbeigeleitet.

Für die Produktionsstandorte im Waldviertel sind vor allem kurze, leistungsfähige Anschlüsse an die Westautobahn und die Mühlkreisautobahn von Bedeutung. Angesichts des derzeit geringen Verkehrsaufkommens erscheint aber ein großzügiger Ausbau der Anschlussstücke wenig wirtschaftlich.

Der Bahnverkehr aus dem Waldviertel ist auf die Nord-Ost-Achse ausgerichtet. Transporte in Richtung Westeuropa müssen den Umweg über den Zentralverschiebebahnhof Kledering machen. Auch im Personenverkehr der Bahn fehlt eine direkte Verbindung nach dem Westen. Während zwischen Gmünd und Wien 11 Züge mit einer Fahrzeit von gut 2 Stunden verkehren, dauert eine Zugsfahrt von Gmünd nach Linz zwischen 5 und 7 Stunden (3 Züge pro Tag). Problematisch ist auch die Linienführung der Franz-Josephs-Bahn für den Personenverkehr: Sie durchfährt zumeist wenig besiedelte Räume, an Horn führt sie weit vorbei.

Ein international agierendes Unternehmen ist an ausreichenden Flugverbindungen interessiert. Der Flughafen Schwechat ist derzeit aus dem Waldviertel nur durch den "Stauraum" Wien erreichbar, die möglichen Verzögerungen müssen bei der Anreise eingerechnet werden. Die Anfahrt mit der Bahn wurde durch die Flughafenschnellbahn ab dem Bahnhof Wien Mitte erleichtert.

Das Waldviertel bietet in der Sommersaison knapp ein Viertel des gesamten Bettenangebotes in Niederösterreich an (siehe dazu im Detail *Smeral*, 2003). Das Angebot konzentriert sich auf den südlichen Randbereich, dessen wirtschaftliche Situation sich sehr vorteilhaft vom Waldviertel im engeren Sinn unterscheidet. Die Stadt Krems und die Wachau sind in dieser Hinsicht als Sonderfälle zu betrachten. Der Anteil der Betten in der gehobenen Hotellerie liegt mit rund zwei Dritteln knapp unter dem Durchschnitt für Niederösterreich und für Österreich insgesamt. Deutlich überdurchschnittlich ist die Unterkunftsqualität in der Stadt Krems, in einigen Gemeinden der Wachau und nur vereinzelt im übrigen Waldviertel (u. a. Bad Harbach, Litschau).

Im zurückliegenden Jahrzehnt entwickelte sich der Sommertourismus im Waldviertel besser als im übrigen Niederösterreich (gemessen an Nächtigungen und Bettenauslastung), wenngleich sich die Region nicht von den Rückgängen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre abkoppeln konnte (Übersicht 2). Die vergleichsweise günstige Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Ausbau von Einrichtungen des Kurtourismus und auf die dynamische Nachfrage in der Wachau zurückzuführen.

Anbindungen

Die regionale Disparität im Tourismus

Übersicht 2: Übernachtungen in allen Fremdenunterkünften

	1991	1997	2001	1991/2001	1991/1997	1997/2001
	In 1.000 (Kalenderjahr)			Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Waldviertel	1.339,5	1.201,4	1.390,7	+ 0,4	- 1,8	+ 3,7
Krems-Stadt	105,5	133,4	164,8	+ 4,6	+ 4,0	+ 5,4
Krems-Land	391,1	348,7	364,5	- 0,7	- 1,9	+ 1,1
Wachauorte	180,4	176,5	198,7	+ 1,0	- 0,4	+ 3,0
Dürnstein	51,3	44,4	50,3	- 0,2	- 2,4	+ 3,2
Rossatz-Arnsdorf	23,1	17,4	26,1	+ 1,2	- 4,6	+ 10,6
Spitz	71,1	83,7	84,7	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,3
Weißkirchen	34,9	30,9	37,5	+ 0,7	- 2,0	+ 4,9
Gmünd	379,9	369,1	456,7	+ 1,9	- 0,5	+ 5,5
Bad Großpertholz	35,2	23,9	38,9	+ 1,0	- 6,3	+ 13,0
Litschau	76,2	55,8	59,8	- 2,4	- 5,1	+ 1,8
Moorbad Harbach	189,5	199,5	256,8	+ 3,1	+ 0,9	+ 6,5
Horn	123,5	89,5	106,3	- 1,5	- 5,2	+ 4,4
Waidhofen an der Thaya	67,1	57,5	58,8	- 1,3	- 2,6	+ 0,6
Zwettl	272,3	203,2	239,7	- 1,3	- 4,8	+ 4,2
Niederösterreich	6.607,5	5.446,6	5.643,7	- 1,6	- 3,2	+ 0,9
Österreich	130.072,8	109.106,0	115.110,7	- 1,2	- 2,9	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO Berechnungen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Produktion wird im Waldviertel durch Topographie und Klima erschwert und zusätzlich durch die ungünstige Betriebsstruktur (kleine, verstreute Parzellen) beeinträchtigt. Betriebe mit Aufstockungsinteresse sind mit einer Vielzahl von möglichen Verpächtern konfrontiert, und die Zusammenlegung zu großen, einfach zu bearbeitenden Schlägen ist schwierig.

Ausgangssituation

Übersicht 3: Bevölkerung sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe

	Österreich	Nieder- österreich	Waldviertel	Anteile in % an Nieder- österreich	
<i>Bevölkerung (laut Volkszählung)</i>					
1991	7.795.786	1.473.813	224.005	15,2	2,9
2001	8.032.926	1.545.804	224.402	14,5	2,8
<i>Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (laut Agrarstrukturerhebung)</i>					
1990	281.910	71.219	20.309	28,5	7,2
1999	217.508	54.551	15.665	28,7	7,2
Haupterwerb	80.215	25.124	6.535	26,0	8,1
Nebenerwerb	129.495	28.027	8.712	31,1	6,7
Juristische Personen	7.798	1.400	418	29,9	5,4
Erschwerniszone 1	26.690	7.838	5.070	64,7	19,0
Erschwerniszone 2	23.226	5.201	1.885	36,2	8,1
Erschwerniszone 3	29.123	5.241	1.413	27,0	4,9
Erschwerniszone 4	6.380	91	0	0,0	0,0
Ohne Erschwerniszone	132.089	36.180	7.297	20,2	5,5
Benachteiligte Gebiete	153.104	27.294	13.488	49,4	8,8
Berggebiete	112.068	20.745	10.780	52,0	9,6

Q: Statistik Austria, Volkszählungen 1991 und 2001, Agrarstrukturerhebungen 1990 und 1999 (1999 Anhebung der Erfassungsuntergrenzen).

Die dünne Besiedlung des Waldviertels und die langen Verkehrswege kommen auch drei anderen Bereichen nicht entgegen, die in den letzten Jahrzehnten zu einem wichtigen Standbein der österreichischen Landwirtschaft wurden: der Direktvermarktung, dem Angebot von Urlaub am Bauernhof und der Aufnahme von Zu- und Nebenerwerbstätigkeiten als Strategien zur Sicherung eines angestrebten Haushaltsein-

kommens angesichts stagnierender bzw. rückläufiger Einkommen aus der Landwirtschaft.

Im Waldviertel liegen 7,2% der landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs (bzw. 28,7% von Niederösterreich). Mehr als die Hälfte der Betriebe gehört zu einer Programmregion der EU (Benachteiligte Gebiete, Berggebiete, Kleine Gebiete). Zwar werden überdurchschnittlich viele Betriebe im Haupterwerb geführt, allerdings werden insgesamt die meisten Betriebe im Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet. 1999 lebten im Waldviertel gut 70.000 Personen in landwirtschaftlichen Haushalten (Übersicht 3). Jeder dritte Waldviertler lebt somit auf einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb.

Die Agrarstrukturerhebung des Jahres 1999 weist rund 39.000 Arbeitskräfte aus, davon über 36.000 Familienangehörige (Übersicht 3). Insgesamt arbeitet fast die Hälfte der Arbeitskräfte zu höchstens einem Viertel in der Land- und Forstwirtschaft.

Gemessen an der eingesetzten Arbeit ist der Anteil der Landwirtschaft im Waldviertel sehr hoch (Übersicht 4). Zählt man die Familienangehörigen, die mehr als 75% der Arbeitszeit im Betrieb einsetzen, zu den in der Landwirtschaft Beschäftigten, so verdienen mit über 8.700 noch mehr Personen in der Landwirtschaft ihr Einkommen als in der Bauwirtschaft. Das Waldviertel ist also nach wie vor stark landwirtschaftlich geprägt.

Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte, Beschäftigung und Betriebe

Übersicht 4: Familieneigene Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

1999

	Arbeitskräfte insgesamt ¹⁾	Summe	Familieneigene Arbeitskräfte Im Betrieb beschäftigt				100%
			1% bis 24%	25% bis 49%	50% bis 74%	75% bis 99%	
<i>Österreich</i>	575.091	529.900	273.862	81.499	63.330	32.822	78.387
Männer	329.391	297.074	154.693	47.686	30.343	8.398	55.954
Frauen	245.700	232.826	119.169	33.813	32.987	24.424	22.433
<i>Niederösterreich</i>	137.433	125.063	59.939	17.011	14.522	9.010	24.581
Männer	78.841	70.375	34.123	9.979	6.566	2.261	17.446
Frauen	58.592	54.688	25.816	7.032	7.956	6.749	7.135
<i>Waldviertel</i>	39.140	36.327	18.459	4.977	4.172	2.728	5.991
Männer	22.371	20.379	10.354	2.930	1.805	717	4.573
Frauen	16.769	15.948	8.105	2.047	2.367	2.011	1.418

Q: Statistik Austria, Agrarstrukturerhebung 1999. – 1) Einschließlich Betriebsleiter.

Übersicht 5: Familienfremde Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft

1999

	Insgesamt		Regelmäßig im Betrieb beschäftigt				100%	Unregelmäßig beschäftigt
		Summe	1% bis 24%	25% bis 49%	50% bis 74%	75% bis 99%		
<i>Österreich</i>	45.191	23.837	8.202	1.784	2.130	1.262	10.459	21.354
Männer	32.317	18.192	7.385	1.116	1.094	942	7.655	14.125
Frauen	12.874	5.645	817	668	1.036	320	2.804	7.229
<i>Niederösterreich</i>	12.370	5.827	1.496	434	627	311	2.959	6.543
Männer	8.466	4.446	1.327	273	315	237	2.294	4.020
Frauen	3.904	1.381	169	161	312	74	665	2.523
<i>Waldviertel</i>	2.813	1.474	456	99	171	130	618	1.339
Männer	1.992	1.178	420	59	87	106	506	814
Frauen	821	296	36	40	84	24	112	525

Q: Statistik Austria, Agrarstrukturerhebung 1999.

Seit dem EU-Beitritt nimmt die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte (laut Agrarstrukturerhebung 1999) um 1,8% p. a. ab, schwächer als im Österreich-Durchschnitt. Dabei ging die Zahl der Familienarbeitskräfte, die zwischen

Direktzahlungen und Transfers wichtigste Einkommenskomponenten

75% und 99% ihrer Arbeitszeit im Betrieb einsetzen, nicht zurück, sondern ist sogar leicht gestiegen. Die Landwirtschaft dient offenbar bei verschlechterter Arbeitsmarktlage in gewissem Umfang zur Subsistenzsicherung.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen wird von der Statistik für das Waldviertel nicht gesondert ausgewiesen. Im jährlichen "Grünen Bericht" (*Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2002*) werden auf der Basis von Buchführungsergebnissen Einkommensvergleiche zwischen einzelnen Regionen publiziert; dabei sind das Wald- und das Mühlviertel zusammengefasst.

Die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft liegen in diesen beiden Regionen unter dem Österreich-Durchschnitt, und zwar an vorletzter Stelle von acht Regionen (das Hochalpengebiet steht an letzter Stelle). Auch in der Hierarchie der gesamten Erwerbseinkommen nehmen das Wald- und das Mühlviertel den vorletzten Rang ein.

Mehr als in jeder anderen Region Österreichs hängt das landwirtschaftliche Einkommen von öffentlichen Geldern ab: Über 75% des landwirtschaftlichen Einkommens stammen aus Prämien der Gemeinsamen Agrarpolitik (Marktordnungsprämien, Umweltfördermaßnahmen und Ausgleichszahlungen für natürliche Standortnachteile). Selbst im Hochalpengebiet ist dieser Satz geringer.

Die gesamten Haushaltseinkommen entsprechen im Wald- und Mühlviertel wegen des überdurchschnittlichen Anteils der Einkommen aus nichtlandwirtschaftlicher Beschäftigung sowie von Familienbeihilfe und anderen Sozialtransfers etwa dem Österreich-Durchschnitt. Dabei sind die Direktzahlungen aus der Agrarpolitik von überproportionaler Bedeutung für das Einkommen der Region.

Ausblick

Der Agrarsektor ist wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich von den Entwicklungen des politischen Umfelds betroffen. Neben der Erweiterung der EU nach Osteuropa ist die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik von besonderer Bedeutung.

Die EU-Erweiterung dürfte kurzfristig für die Agrarproduzenten relativ geringe Auswirkungen haben, längerfristig ist aber zu erwarten, dass die Strukturvorteile Tschechiens auf dem Markt für landwirtschaftliche Güter und die niedrigeren Lohnkosten tendenziell die Agrarpreise drücken werden (*Schneider, 2002*).

Von den prinzipiellen Stärken der österreichischen Landwirtschaft gegenüber den Agrarproduzenten in den Beitrittsländern (vgl. *Schneider, 2002, S. 14*) treffen nur wenige für das Waldviertel zu. Die Schwächen der österreichischen Landwirtschaft sind hingegen im Waldviertel besonders ausgeprägt. Unter diesen Gesichtspunkten dürfte der zu erwartende Anpassungsdruck in dieser Region besonders groß sein.

Unmittelbare Auswirkungen sind jedoch durch die Änderungen der Marktordnungen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erwarten, die der EU-Ministerrat im Juni 2003 beschlossen hat. Die Agrarproduktion des Waldviertels ist zwar nicht hochspezialisiert, die Rinderhaltung sowie die Roggen- und Haferproduktion haben jedoch ein relativ hohes Gewicht (Übersichten 6 und 7). Im Gefolge der Reform dürfte im Waldviertel die Produktion von Rind- und Kalbfleisch, Roggen und Stärkekartoffeln zurückgehen (*Sinabell – Schmid, 2003*). Die wirtschaftlichen Konsequenzen für die Roggenproduzenten können über spezielle Maßnahmen abgefedert werden (*Greek Presidency, 2003*).

Eine Senkung der Milchpreise (bei teilweisem Ausgleich durch eine Pauschalzahlung) ist ebenfalls zu erwarten. Schon bisher zählte das Waldviertel (vor allem im Norden) zu jenen Regionen Österreichs, aus denen per Saldo mehr Milchquoten verkauft als zugekauft wurden. Dieser Abfluss von Anlieferungsrechten wird angesichts sinkender Milchpreise weiter beschleunigt werden.

Der Rückgang der Produktion in wichtigen Produktgruppen hat über die Landwirtschaft hinaus Konsequenzen. Die Kapazitäten der lokalen Schlachthöfe, der Molkeereien und der Kartoffelstärkeindustrie dürften immer weniger durch lokale Versorgung ausgelastet werden. Ob der Aufbau von Lieferbeziehungen zu tschechischen Agrarproduzenten diesen Rückgang ausgleichen kann, ist derzeit schwierig abzuschätzen.

Übersicht 6: Entwicklung der Kulturartenverteilung

1999

	Österreich Nieder- Waldviertel österreich			In ha	Waldviertel	
	Veränderung 1990/1999 in % p. a.				Anteile in % an Nieder- Österreich	
Ackerland	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	166.621	23,8	11,9
Getreide ¹⁾	- 1,7	- 1,5	- 1,7	96.087	23,0	11,8
Roggen	- 5,5	- 5,3	- 2,3	26.673	67,0	47,5
Ackerfrüchte und Grünfütter	+ 0,0	- 0,3	- 0,6	23.018	34,0	11,2
Körnerleguminosen	- 1,1	- 2,8	+ 6,7	6.953	27,1	14,1
Hackfrüchte	- 1,7	- 1,1	- 4,8	9.079	16,5	12,6
Ölfrüchte	+ 5,5	+ 4,1	+ 13,4	16.511	24,4	12,7
Sonstiges Ackerland ²⁾	+ 16,9	+ 20,5	+ 17,9	14.972	22,1	11,9
Hausgärten	- 10,6	- 10,4	- 9,8	518	23,8	7,9
Dauerkulturen	- 1,4	- 0,8	+ 0,0	9.435	27,2	13,4
Weingärten	- 1,4	- 0,8	- 0,2	8.504	27,1	16,6
Obstanlagen	- 1,3	- 0,2	+ 2,3	826	31,5	4,7
Reb- und Baumschulen	- 0,1	- 0,0	+ 5,4	53	10,7	3,4
Forstbaumschulen	- 4,3	- 6,4	+ 10,0	52	35,6	10,6
Dauergrünland	- 0,4	- 0,9	- 1,9	47.458	23,2	2,5
Wiesen und Weiden	- 0,1	- 0,7	- 1,9	47.458	24,1	4,4
Almen und Bergmähder	- 0,7	- 5,4	.	0	0,0	0,0
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	- 0,3	- 0,3	- 0,3	224.032	23,8	6,6
Forstwirtschaftlich genutzte Fläche	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	179.073	26,6	5,5
Unproduktive Flächen	+ 0,5	+ 3,4	+ 0,9	17.069	25,5	2,0
Gesamtfläche	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	420.175	25,0	5,6

Q: Statistik Austria; Agrarstrukturerhebungen 1990 und 1999 (1999 Anhebung der Erfassungsuntergrenze von 1 ha Gesamtfläche auf 1 ha land- oder 3 ha forstwirtschaftlich genutzter Fläche). – ¹⁾ Getreide einschließlich CCM (Corn-Cob-Mix). – ²⁾ Einschließlich Gemüse (1990 ohne, 1999 einschließlich Mehrfachnutzung).

Übersicht 7: Entwicklung des Viehbestandes

1999

	Österreich Nieder- Waldviertel österreich			Stück	Waldviertel	
	Veränderung 1990/1999 in % p. a.				Anteile in % an Nieder- Österreich	
Pferde	+ 9,4	+ 11,3	+ 9,4	3.043	15,0	3,7
Rinder	- 1,8	- 2,4	- 2,9	151.520	30,1	7,0
Jungvieh unter 1 Jahr	- 3,1	- 3,6	- 4,1	51.515	30,5	8,2
Jungvieh 1 bis 2 Jahre	- 2,4	- 2,8	- 3,0	41.705	31,5	8,5
2 Jahre und älter	- 0,7	- 1,1	- 1,6	58.300	28,7	5,6
Stiere und Ochsen	- 5,9	- 7,1	- 6,0	1.691	31,7	7,2
Kalbinnen	+ 1,8	+ 3,0	+ 4,7	5.041	21,2	3,7
Kühe insgesamt	- 0,8	- 1,3	- 1,9	51.568	29,7	5,9
Schweine	- 0,9	- 2,1	- 2,5	149.189	15,2	4,3
Ferkel bis unter 20 kg lebend	- 3,2	- 4,0	- 3,9	54.394	20,2	6,3
Schlachtschweine insgesamt	+ 0,2	- 1,1	- 1,9	70.895	11,6	3,2
Zuchtschweine insgesamt	- 0,9	- 1,9	- 0,4	23.900	22,6	7,0
Schafe	+ 3,3	+ 3,7	+ 4,7	17.502	29,4	5,0
Ziegen	+ 8,8	+ 11,9	+ 14,7	3.521	28,8	6,1
Geflügel	+ 1,4	- 0,5	+ 2,8	425.481	9,9	2,9

Q: Statistik Austria; Agrarstrukturerhebungen 1990, 1999 (1999 Anhebung der Erfassungsuntergrenzen); Viehzählungen.

Entwicklungsperspektiven für das Waldviertel

Impulse durch die EU-Erweiterung

Entwicklungspotentiale können u. a. aus der Liberalisierung des Zugangs österreichischer Anbieter zu den bedeutenden Märkten nahe der Grenze und sogar bis Prag resultieren – eine Reihe tschechischer Großstadtreionen (z. B. Budweis) liegt in erreichbarer Entfernung. In bestimmten Bereichen, z. B. der Sanierung der Hochbauten, ist hier die Nachfrage noch lange nicht gesättigt.

Spezifische Angebote des österreichischen Einzelhandels für tschechische Konsumenten könnten von der Integration profitieren. Die Chancen für wirtschaftsnahe Dienstleistungen, besonders für Leistungen des Finanzsektors, dürften aber deutlich günstiger sein. Die Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Arbeitsteilung in Industrie-, Gewerbe- und Technologieparks werden durch die Erweiterung wesentlich verbessert. Österreichische Unternehmen können daraus Lohnkosten sparen und Qualifikationen gewinnen.

Von besonderem Interesse für das Waldviertel sind die Entwicklungsperspektiven für Südböhmen. Überwiegend sind die Strukturvoraussetzungen zwar ähnlich wie im Waldviertel; der Kreis Budweis ist nicht nur durch eine Großstadt, sondern auch durch bedeutende Industriekapazitäten, relativ hohe Einkommen und eine unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit geprägt.

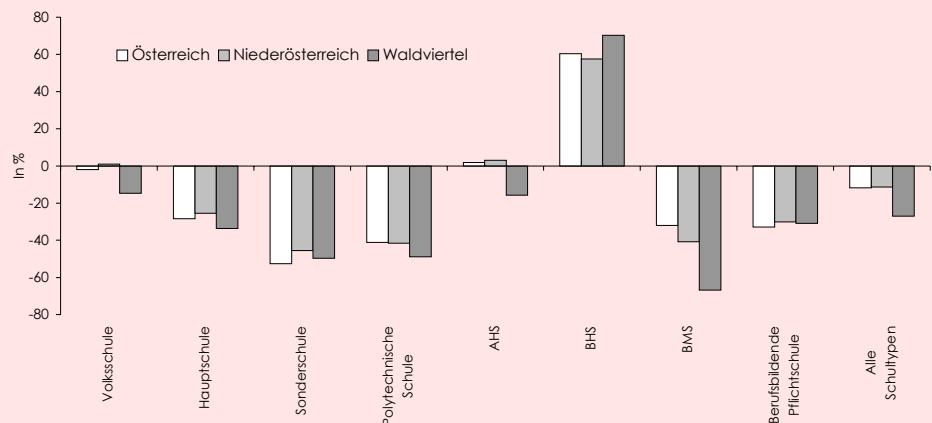
Da das Lohngefälle zwischen dem Waldviertel und dem Raum Budweis geringer ist als im Durchschnitt österreichischer Grenzregionen gegenüber den Beitrittsländern, sind gravierende negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht anzunehmen.

Für österreichische Klein- und Mittelunternehmen verbessert die EU-Erweiterung die Chance, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch grenzüberschreitende Kooperationen und Direktinvestitionen zu stärken. Diese Möglichkeit wird derzeit von österreichischen Unternehmen in Westungarn und der Westslowakei signifikant stärker genutzt als in Südböhmen.

Verbesserung der Humanressourcen

Die Bildungspolitik reagierte auf den Strukturwandel im Waldviertel in den neunziger Jahren mit einer Anhebung und Reorientierung des Bildungsangebotes. Die Weiterbildung über die Pflichtschule hinaus ist im Waldviertel heute ebenso üblich wie im übrigen Österreich (Biffi, 2002). Der Schwerpunkt der Weiterbildung liegt im Waldviertel allerdings anders als in anderen Regionen auf berufsbildenden höheren Schulen für kaufmännische, wirtschaftliche und soziale Berufe, während die Weiterbildung in berufsbildenden höheren technisch-gewerblichen Schulen vernachlässigt wird. In diesem Schultyp verringerte sich die Schülerzahl in den letzten zwanzig Jahren sogar, während sie im Österreich-Durchschnitt um 50% zunahm. Auch die Lehre hat im Waldviertel weit überdurchschnittliche Bedeutung, im Wesentlichen eine Folge der kleinbetrieblichen Struktur und der überwiegend standardisierten Produktionstechnologien in der Erzeugung ausgereifter Produkte.

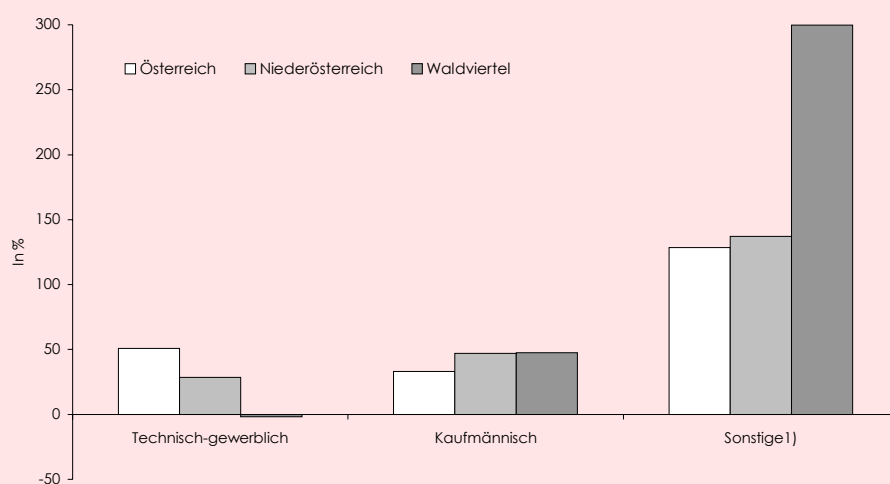
Abbildung 7: Veränderung der Schülerzahl zwischen den Schuljahren 1980/81 und 2000/01



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die bildungspolitischen Weichenstellungen determinieren den beruflichen Nachwuchs im Waldviertel: Mittlere und höhere Qualifikationen für kaufmännische und wirtschaftliche sowie soziale Berufe stehen in fast allen Bezirken des Waldviertels ausreichend zur Verfügung. Eine mittlere technisch-gewerbliche Schulbildung wird nur in der Stadt Krems und in Karlstein (Waidhofen an der Thaya) angeboten. Krems ist mit seinem umfassenden Angebot an Bildungseinrichtungen das "Schulzentrum" für das Waldviertel. Land- und forstwirtschaftliche Fachschulen haben stark an Bedeutung verloren (nur mehr Krems und Zwettl). Die Ausbildung hat sich im Gefolge der Schrumpfung der Land- und Forstwirtschaft und der Reorientierung der Wirtschaft zum Tourismus in Richtung Ernährungswissenschaft und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte weiterentwickelt. Dies steht im Einklang mit dem Ausbau des Wellnessbereichs im Waldviertel (Smeral, 2003).

Abbildung 8: Veränderung der Schülerzahl in berufsbildenden höheren Schulen zwischen den Schuljahren 1980/81 und 2000/01



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ausbildungsbereiche Bekleidung, Tourismus und Kunstgewerbe, wirtschaftliche und soziale Berufe, land- und forstwirtschaftliche Schulen.

Von der Entwicklung einer hochwertigen Tourismusinfrastruktur gehen somit für die Land- und Forstwirtschaft positive Impulse aus; zusätzlich werden Arbeitsplätze mit höherer kaufmännischer und Tourismusqualifikation geschaffen. Das verstärkte Umweltbewusstsein und der Bedarf der Betriebe und der öffentlichen Verwaltung an Umwelt-Know-how schlagen sich im Aufbau einer Höheren Lehr-Anstalt für Umwelt und Wirtschaft (Yspertal) nieder.

Nur im technisch-gewerblichen Bereich fehlt bisher eine Neuausrichtung sowohl der Schulbildung als auch der Lehrausbildung auf ein anspruchsvolleres technisches Niveau, das neue Wachstumspfade eröffnen würde. Betriebe mit höherwertigen Produktionstechnologien finden im Waldviertel nicht ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vor. Diesem Engpass kann – ähnlich wie in Schweden – durch Investitionen in einer flexiblen spezialisierten Weiterbildung von Absolventen einer technisch-gewerblichen Lehre begegnet werden (Wikfeldt, 2003), etwa über die Anbindung von technisch ausgerichteten Kollegs an mittlere technische Fachschulen oder berufsbildende höhere Schulen.

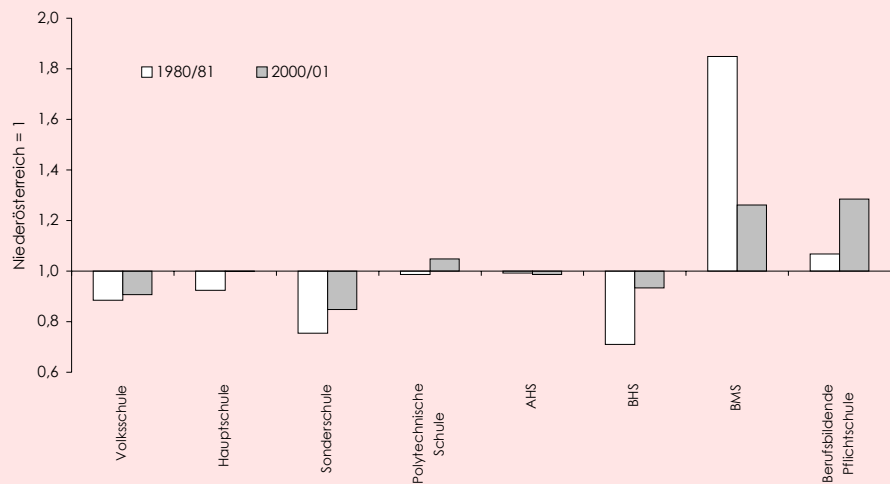
Vorhandene Humanressourcen im kaufmännischen und wirtschaftlichen Berufsbe-
reich können derzeit nicht optimal genutzt werden, da die technische Infrastruktur für die Bereitstellung von höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen (Buchhaltung, Rechnungswesen, Call-Centres usw.) nicht ausreichend gegeben ist.

Komplexe Produktionssegmente vermitteln eher Standortstabilität als einfache Produktionsmethoden. Letztere können leicht in das kostengünstigere Ausland verlagert werden. Die lokal produzierten Güter und Dienstleistungen müssen aber über den lokalen Bedarf hinaus vermarktet werden, sollen sie und die mit der Produktion verbundenen Arbeitsplätze nicht in einer Gesellschaft des standardisierten Konsums un-

tergehen. Ohne neue Technologien, die lokale und internationale Vernetzung, d. h. ohne eine moderne technische Infrastruktur ist eine solche Marktstrategie allerdings kaum vorstellbar.

Die technische Infrastruktur ist eine notwendige, nicht aber eine ausreichende Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer solchen Strategie – die lokale Sozialisation der Produktion ist mindestens ebenso wichtig: Lokale Kooperationen zwischen Produktionseinheiten, Betrieben und Personen sind eine Antwort auf die Verschärfung von Wettbewerb und Marktunsicherheit durch die EU-Erweiterung. Die räumliche Mobilität des Kapitals erleichtert den Kapitalzufluss in Regionen mit stabilen und effizienten lokalen Produktionssozialisationen. Die wesentliche Innovation liegt daher in der regionalen sozioökonomischen Organisation, die um eine moderne technische Ausstattung ergänzt wird. Dadurch kann die Region dem internationalen Druck zur Standardisierung von Produkten und Technologien und damit zur Massenproduktion Widerstand leisten und so die Dequalifizierung der Arbeit vermeiden, die kein nachhaltiges Wachstum in der Region erlauben würde.

Abbildung 9: Vergleich der Schülerstruktur zwischen Niederösterreich und dem Waldviertel



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Fokussierung des Programms der ländlichen Entwicklung

Erzeugergemeinschaften

Schon jetzt bemühen sich landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften, einen höheren Preis für landwirtschaftliche Produkte auf dem Markt durchzusetzen. Eine konsequente Nischenstrategie, die eine enge Beziehung zu Abnehmern pflegt, Investitionen in technische Einrichtungen zur Qualitätsverbesserung, allenfalls Kooperationen mit anderen Erzeugergemeinschaften können Strategien sein, um gegen die zu erwartende Belastung der Getreideproduzenten (vor allem im Roggenanbau) gerüstet zu sein.

Im Waldviertel ist die biologische Wirtschaftsweise stark verankert. In diesem Produktionssegment sind – wie in der übrigen Landwirtschaft – Skalenerträge ausgeprägt. Der Vorsprung durch die frühzeitige Etablierung des biologischen Landbaus ist durch neu eintretende, effizientere Anbieter gefährdet.

Engere Kooperationen zwischen landwirtschaftlichen Initiativen und Tourismusangeboten können zur Sicherung der Märkte beitragen. Die Zusammenarbeit der Kurverwaltung des Moorbades Harbach mit den Landwirten in der unmittelbaren Umgebung wurde als ein Projekt mit Beispielcharakter für andere Regionen und Initiativen identifiziert (Kratochvil – Fromm – Pöchtrager, 2001). Das Angebot lokal erzeugter Nahrungsmittel vermittelt den Tourismusbetrieben einen Vorteil gegenüber anderen Anbietern, die weniger glaubhaft "gesundes Leben in einer gesunden Umgebung" kommunizieren können.

Die zunehmende Liberalisierung des vielfach als rigide empfundenen Gewerbe-rechts und auch die Anstrengungen einzelner Landwirte (Direktvermarktung, Aus-schank eigener Produkte und Verarbeitung am Hof) ziehen Friktionen mit Gewerbe-treibenden nach sich. Aus Sicht der Landwirtschaft sind die Bemühungen, den Rah-men der landwirtschaftlichen Tätigkeit etwas weiter zu fassen, zu begrüßen; gerade im Waldviertel mit einem relativ großen Arbeitskräfteangebot bietet dies neue Wert-schöpfungsmöglichkeiten (vgl. Bichl, 2001).

In der EU genießen landwirtschaftliche Produkte mit garantierter regionaler Herkunft besonderen Schutz (z. B. "Waldviertler Graumohn"). In Frankreich nutzen vor allem kleine Lebensmittelverarbeiter diese Möglichkeit, ihre Produkte zu differenzieren (z. B. Käsesorten).

Im Waldviertel gibt es überraschend viele traditionelle Produkte, die unter den Schutz der regionalen Herkunftsgarantie gestellt werden könnten. Allerdings ist es sehr aufwendig, jene Attribute eines Produkts herauszuarbeiten, die für eine Region typisch sind. Ein entsprechendes Marketing muss die Konsumenten über die Vorzüge informieren und die Distribution sicherstellen.

Grundsätzlich stehen Instrumente der Agrarförderung zur Verfügung, um solche An-strengungen zu unterstützen. Ihre Operationalisierung unter einem Leitbild "Waldvier-tel" müsste allerdings erst erfolgen. Der Umstand, dass im Waldviertel sehr viele junge Menschen im kaufmännisch-wirtschaftlichen Bereich ausgebildet werden, würde den Humankapitalanforderungen solcher Marketingstrategien entgegenkommen.

Die regionale Herkunft kann für verarbeitete Produkte eher garantiert werden. Daher scheint eine Abstimmung der Interessen von lokalen Verarbeitern mit den Erzeugern der landwirtschaftlichen Rohprodukte unumgänglich, um diesen Ansatz mit Erfolg zu nutzen. Das Land Niederösterreich kann – als Träger der Landwirtschaftspolitik und als Akteur im Programm der ländlichen Entwicklung – hier eine besondere Rolle übernehmen.

Die EU-Erweiterung macht attraktive Ausflugsangebote nach Böhmen und Mähren (vor allem Prag, aber auch Krumau und Budweis, südböhmische und mährische Schlösser, Telc) möglich und verbessert die Standortqualität für Aufenthalte beson-ders im nördlichen Waldviertel.

Die traditionelle regionale Küche mit einer Vielfalt an kulinarischen Spezialitäten und eine bis in das 14. Jahrhundert zurückreichende Brautradition sind wichtige Kompo-nenten des Tourismusangebotes, in das auch eine erstaunlich vielfältige Kulturland-schaft und attraktive kleine Städte mit interessanter Kultur einbezogen werden.

Ein wesentliches Element muss die erholsame und unversehrte natürliche Landschaft sein. Der präventive Gesundheitsurlaub mit Erlebnischarakter gehört zu den Touris-musformen, die generell eine starke Nachfragesteigerung verzeichnen. Für diesen Erholungstyp sind die Standortvoraussetzungen im Waldviertel günstig.

Unversehrte Natur und gesunde Ernährung sind zentrale Aspekte des Angebotes, das Wellness-Touristen neben Fitness, Körperpflege, Entspannung und geistiger Aktivi-tät erwarten. Sie können im Waldviertel glaubhafter als anderswo angeboten wer-den.

Eine Zusammenarbeit von Landwirtschaft und gastronomischer Verarbeitung von hochwertigen biologischen Nahrungsmitteln ist eine Schlüsselstelle dieses Angebo-tes. Sie trägt dazu bei, die Wertschöpfung und die Beschäftigung zu heben und öko-logische Kreisläufe zu schließen (wie z. B. in Moorbad Harbach).

Die gute Erreichbarkeit des südlichen Waldviertels mit dem Auto prädestiniert die Region für Kurzurlaube. Diese werden verstärkt von bisher unausgeschöpften Gäste-potentialen (jüngere Berufstätige, Männer, Manager, Jungsenioren, wirtschaftlich autonome Frauen) nachgefragt. Diese Schichten sind anspruchsvoll in Bezug auf die Qualität von Ausstattung, Gastronomie und ergänzenden Einrichtungen (z. B. ein Fahrradtransport mit der Bahn).

Produkte mit regionaler Herkunftsgarantie

Wachstumserwartungen im Wellness-tourismus

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur

Die Verkehrsinfrastruktur sollte an den Anforderungen von Qualitätssteigerung, Vernetzung und Innovation ausgerichtet werden. Dabei ist auf Änderungen der Reise- und Güterverkehrsströme Rücksicht zu nehmen, wie sie z. B. durch die EU-Erweiterung zu erwarten sind.

Qualitätssteigerung bedeutet für das Waldviertel vor allem eine Verkürzung der Anfahrtszeit zu den internationalen Verkehrsachsen. Etwa sollte das nordwestliche Waldviertel durch Ausbau der Straßenverbindung Karlstift-Freistadt an die Mühlkreisautobahn angeschlossen werden. Die Wiener Nordumfahrung wird die Zufahrtszeit zur Ostautobahn und zum Flughafen Schwechat verkürzen.

Eine leistungsfähige Verknüpfung von Straße, Bahn und Schifffahrt wäre im Sinn einer "nachhaltigen" Verkehrsentwicklung. Die Verbesserung der Anfahrtsmöglichkeiten und ein rascherer Umschlag im Donauhafen Krems sowie der Ausbau von Einrichtungen für den kombinierten Verkehr auf der Franz-Josephs-Bahn könnten den Verkehr tendenziell auf die "umweltfreundlicheren" Verkehrsträger Schiene und Schifffahrt verlagern.

Daneben ist eine bessere Abstimmung verschiedener Verkehrsunternehmen untereinander im öffentlichen Nahverkehr nötig. Eine verstärkte Koordination von Fahrplänen mit Schulöffnungszeiten würde einem wichtigen Nachfragesegment, den Schülern, entgegenkommen.

Das Waldviertel könnte von der allgemeinen Tendenz zur Auslagerung von Tätigkeiten auf spezialisierte Dienstleister profitieren. Voraussetzung ist, dass die technische Infrastruktur zur Datenübertragung verbessert wird (Behebung der Unterversorgung mit Breitbandleitungen und der Funknetzanbindung). Der hohe Anteil kaufmännisch ausgebildeter Jugendlicher könnte den Einstieg in EDV-Dienstleistungen (z. B. Back-office-Dienstleistungen, Call-Centre), die über Datenleitungen bereitgestellt werden können, erleichtern.

Schlussfolgerung

Die Waldviertler Wirtschaft benötigt Standort- und Wettbewerbsvorteile, um unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen gegenüber der Konkurrenz in den neuen EU-Mitgliedsländern bestehen zu können. Die Vorbedingungen dafür sind vorhanden, wenngleich schwierige Strukturanpassungsprozesse noch zu bewältigen sind.

Eine wesentliche Voraussetzung zur langfristig erfolgreichen Strukturanpassung ist die Schaffung eines Systems der flexiblen Aus- und Weiterbildung (etwa Module oder Kollegs). Diese neue Ausrichtung muss mit der Waldviertler Standort- und Strukturpolitik abgestimmt werden.

Im Waldviertel ist die Voraussetzung für Wachstumsimpulse vor allem im Dienstleistungsbereich, und zwar im Tourismus günstig. Die wachsende Nachfrage nach Wellness-Urlaube und der Trend zum spontanen Kurzurlaub kommen den Anbietern aus dem Waldviertel entgegen. Eine Verbesserung der Erreichbarkeit (z. B. leistungsfähige Anschlüsse an internationale Verkehrsachsen) könnten hier neue Potentiale auch aus Tschechien erschließen.

Dies würde auch die Expansion unternehmensnaher Dienstleistungen erleichtern. Vor dem Hintergrund eines internationalen Trends zur Spezialisierung von Regionen könnte dieses Segment (vor allem Finanzdienstleistungen) vom EU-Beitritt Tschechiens profitieren. Eine Voraussetzung um dieses Potential zu nutzen ist die kontinuierliche Steigerung der Qualifikation der Beschäftigten.

Maßnahmen aus dem teilweise von der EU finanzierten Programm der ländlichen Entwicklung sollten genutzt werden, um landwirtschaftliche Produkte mit regionaler Herkunftsgarantie zu positionieren und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu stärken. Damit könnte die erwartete Beschleunigung des Strukturwandels in der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Massengütern abgefedert werden.

Nach der Schließung von Lücken in der Bildungsinfrastruktur und der Steigerung der Effizienz öffentlicher Verkehrseinrichtungen sollte auch die Erschließung mit moderner Telekommunikation vorangetrieben werden, um räumliche Standortnachteile ausgleichen zu helfen.

- Bichl, R., Gründungskonzept eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes im Waldviertel, Diplomarbeit an der Universität für Bodenkultur, Wien, 2001.
- Biffi, G. (Koord.) (2001A), Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich, WIFO, Wien, 2001, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22110.
- Biffi, G. (2001B), "Die Entwicklung des Arbeitsvolumens und der Arbeitsproduktivität nach Branchen", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(1), S. 51-63, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19592.
- Biffi, G., "Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(6), S. 377-384, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22161.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht 2001, Wien, 2002.
- Geldner, N., "Beschäftigung im Grenzland", WIFO-Monatsberichte, 1994, 67(12), S. 670-672.
- Green Presidency, Presidency Compromise in Agreement with the Commission, Brüssel, 2003, <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/03/st10/st10961en03.pdf>.
- Hesina, W., Gassler, H., Rammer, Ch., Rahmenkonzept zur Infrastrukturentwicklung in der EU-Region Niederösterreich, Wien, 2000.
- Huber, P., Huemer, U., Mahringer, H., Novotny, B., Schöberl, M., Smeral, K., Analyse der Wirtschaftsaktivitäten in Niederösterreich. Teil II: Branchenprofile, Studie des WIFO im Auftrag des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien, 2003.
- Kratochvil, R., Fromm, E., Pöschtrager, S., Ökologischer Landbau und Regionale Entwicklung, Universität für Bodenkultur, Institut für Ökologische Landwirtschaft, Wien, 2001 (mimeo).
- Pointecker, M., Einkommensanalyse 2001. Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, Wien, 2002.
- Schneider, M., EU-Erweiterung – Folgen und Strategien für die Landwirtschaft. Teil B: Gesamtschau, WIFO, Wien, 2002, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21627.

Literaturhinweise

EU Enlargement and Resultant Structural Policy Challenges Facing Northern Lower Austria – Summary

The Waldviertel is a structurally challenged region in the north-west of Lower Austria. Located in the north-east of Austria and extending from a long border with the Czech Republic as an incipient EU member in the north and the Danube river in the south, its population had been declining for decades until the trend could be reversed in recent years.

For the immediate future, the labour market outlook is not altogether pessimistic, always providing that the local businesses are able to offer services and products that can distinguish themselves vis-à-vis those provided by their competitors across the Czech border.

Establishing knowledge boards appears to be the most promising option to facilitate structural adjustment. Flexible education at all levels, including adult education in the form of remote learning modules, should be provided to supplement established education systems. Complementary adjustments need to be made in business and structural policy.

Tourism has been identified as one of the few growth stimuli in the Waldviertel. The region is well suited to offer services to wellness tourists. Future road transport investments are likely to make the region more attractive for spontaneous outings from the conurbations in the vicinity (Linz and Vienna) and the Czech Republic.

In order to tap this potential demand, it is necessary to make services more attractive. A promising strategy is to exploit the Waldviertel region's image of offering "healthy living in a healthy environment". To this end, the EU-funded programme for rural development could be used. Measures within this programme could stimulate the development of products of guaranteed regional origin and their establishment in the market place. Such a strategy seems to be the only option for farmers who will soon be facing ever stiffer competition from their neighbours in the Czech Republic.

New technologies such as the internet could prove useful in remoter regions such as the Waldviertel, which is endowed with plenty of young people with the requisite business skills. But in order to translate opportunities into actual value added it will be necessary to subsidise the provision of technical infrastructure from public funds.

Sinabell, F., Schmid, E., "The Reform of the Common Agricultural Policy. Consequences for the Austrian Agricultural Sector", Austrian Economic Quarterly, 2003, 8(3), <http://www.wifo.ac.at/publ/quarterly>.

Smeral, E., "Touristische Aspekte", in Kramer, H., Sinabell, F. (Projektleitung), Regionalpolitische Strategien für das Waldviertel, WIFO, Wien, 2003, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23922.

Wikfeldt, Ch., AVE – Advanced Vocational Education in Sweden, Europäische Kommission, EU Peer Review, Stockholm, 2003, <http://peerreview.almp.org/>.

Franz R. Hahn

Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen

Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?

In der ökonomischen Theorie wird die Bedeutung der Finanzmarktsysteme für den Konjunkturzyklus sehr uneinheitlich eingeschätzt. Marktdominierte Finanzsysteme gelten zwar als alloktionseffizienter und für die Diversifikation von individuellen Risiken besser geeignet als bankdominierte Finanzsysteme, sie bieten jedoch keinen Schutz gegen systemische Risiken. Demnach würden entwickelte Finanzmärkte bzw. marktdominierte Finanzsysteme die makroökonomische Volatilität bzw. Unsicherheit durch ihre mangelnde Versicherungseffizienz erhöhen. Dies stützt die populäre Hypothese, dass Aktienmärkte den Konjunkturzyklus per se destabilisieren, die Finanzintermediation durch Banken jedoch die gesamtwirtschaftliche Instabilität verringert.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag der Bundesarbeitskammer und der Oesterreichischen Nationalbank: Franz R. Hahn, Finanzmarktintegration, Finanzmarktentwicklung und makroökonomische Volatilität in den OECD-Ländern (2003, http://www.ekwien.at/publ_13435.htm). • Begutachtung: Gunther Tichy • Wissenschaftliche Assistenz: Christa Magerl • E-Mail-Adresse: Franz.Hahn@wifo.ac.at

Ein wichtiger Zweig der neueren wirtschaftswissenschaftlichen Literatur beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen langfristigem Wachstum und Finanzmarktentwicklung. Die empirische Evidenz bestätigt zunehmend einen positiven, ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Finanzsystem, insbesondere dem Aktienmarkt, und dem langfristigen Wirtschaftswachstum. Die Signifikanz dieser empirischen Befunde ist für Entwicklungsländer größer als für OECD-Länder. Für die hochentwickelten Länder ist die ursächliche Bedeutung der Finanzmärkte, insbesondere des Aktienmarktes, für das langfristige Wirtschaftswachstum theoretisch wie auch empirisch uneinheitlich. Der Boom auf dem Aktienmarkt in den neunziger Jahren könnte bloß Auslöser für eine temporäre, überdurchschnittliche Wachstumsphase in einigen Industrieländern gewesen sein (z. B. USA, Großbritannien), die sich letztlich als nicht nachhaltig erwies und Ende der neunziger Jahre abbrach. Der positive statistische Zusammenhang zwischen Aktienmarktentwicklung (gemessen am Anteil der Börsenkapitalisierung am BIP) und Wachstum (gemessen an der realen Wachstumsrate des BIP) in den neunziger Jahren kann vor diesem Hintergrund zumindest für die OECD-Länder als ein deutlicher empirischer Hinweis für das Vorliegen einer "Wachstumsblase" gedeutet werden (siehe dazu *Caballero – Hammour, 2002, Hahn, 2002A*).

Bis Anfang der neunziger Jahre bestand in der modernen Makroökonomie der Konsens, dass kurzfristige Konjunkturschwankungen und langfristiges Wachstum einander nicht beeinflussen bzw. voneinander unabhängige makroökonomische Phänomene sind. In dieser Sichtweise werden langfristiges Wachstum statistisch als exogener Trend und Konjunkturschwankungen als davon unabhängige kurzfristige Schockeffekte dargestellt.

Die Vertreter der "neuen", endogenen Wachstumstheorie weichen diese traditionelle Dichotomie seit den neunziger Jahren auf, indem sie die Rolle von Konjunkturschwankungen bzw. makroökonomischer Unsicherheit in die endogene Erklärung von langfristigem Wachstum einbeziehen. *Aghion – Saint-Paul (1993)* präzisierten erstmals die formalen Voraussetzungen, unter denen Outputschwankungen wachstumsbestimmend sein können: Die Wirkungsrichtung auf das langfristige Wachstum

**Zusammenhang
zwischen Konjunktur
und Wachstum**

Der jüngste Rückschlag auf den internationalen Aktienmärkten und das schwache Wachstum in den OECD-Ländern seit Beginn der Baisse haben die Diskussion über die Bedeutung der Konjunkturschwankungen für den langfristigen Wachstumsprozess wieder belebt.

Die bisher verfügbaren empirischen Ergebnisse sind für Ländersamples, die sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer umfassen, sehr uneinheitlich. Die empirische Evidenz für OECD-Länder deutet allerdings überwiegend auf eine dämpfende Wirkung von Konjunkturschwankungen auf das langfristige Wirtschaftswachstum hin.

hängt grundsätzlich davon ab, ob die wachstumsbestimmenden Mechanismen komplementär oder substitutiv zur Outputproduktion sind. Sind wachstumsbestimmende Aktivitäten (z. B. privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung, Learning-by-Doing usw.) und Produktion komplementär, dann haben Konjunkturschwankungen dämpfenden Einfluss auf das langfristige Wirtschaftswachstum (je größer die Amplitude des Konjunkturzyklus, umso niedriger ist die langfristige Wachstumsrate); sind sie substitutiv, dann korrelieren Wachstumsschwankungen (oder makroökonomische Instabilität) positiv mit der langfristigen Wachstumsrate.

Die Annahme der Irreversibilität von Investitionen motiviert in den neuen Wachstumsmodellen zumeist einen negativen Zusammenhang zwischen Konjunktur und Wachstum. Der Wirkungskanal führt über die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die unter größerer Unsicherheit aufgrund der Irreversibilität von Investitionsentscheidungen niedriger ist als bei geringerer makroökonomischer Unsicherheit (Bernanke, 1983). Ähnliche Ergebnisse generieren Modelle, die endogenes Wachstum auf "Learning-by-Doing"-Mechanismen zurückführen (z. B. Martin – Rogers, 2000). Adverse makroökonomische Schocks, die eine Rezession auslösen, verringern die Beschäftigung und damit die Möglichkeit der Akkumulation von Humankapital durch Learning-by-Doing. Unter Standardannahmen der endogenen Wachstumstheorie kann dieser Verlust an Humankapital im Aufschwung nicht voll wettgemacht werden, sodass über den Konjunkturzyklus per Saldo ein wachstumsdämpfender Effekt entsteht.

Ein positiver Zusammenhang zwischen Konjunktur (oder makroökonomischer Instabilität) und Wachstum ist u. a. dann wahrscheinlich, wenn wachstumsbestimmende Technologien mit hohen erwarteten Ertragsraten auch mit hohen Risiken verbunden sind – die makroökonomische Unsicherheiten bedingen können (siehe dazu u. a. Black, 1987). In Modellen, in denen die Akkumulation von physischem Kapital das langfristige Wachstum bestimmt, entsteht ein wachstumsverstärkender Effekt durch tendenziell höhere Sparneigung in Zeiten erhöhter Unsicherheit bzw. großer makroökonomischer Volatilität (Vorsichtssparen). In diesen Modellen bedingt somit eine höhere makroökonomische Unsicherheit eine höhere Sparquote bzw. eine höhere Investitionsquote und dadurch eine höhere langfristige Wachstumsrate.

Die Untersuchungen von Ramey – Ramey (1995), Lensink – Bo – Sterken (1999), Martin – Rogers (2000) und Kneller – Young (2001) stützen für den Zeitraum 1960 bis etwa Mitte der neunziger Jahre einen negativen Wirkungszusammenhang zwischen Konjunkturschwankungen und Wachstum für die Gruppe der Industrieländer. Dieser Nexus erweist sich in Sensitivitätsanalysen als sehr robust.

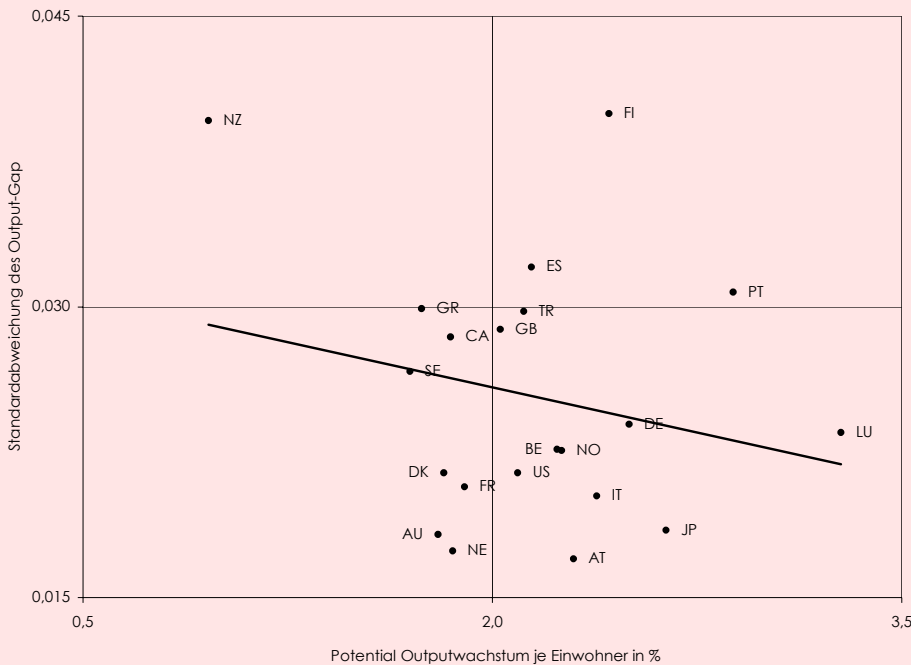
Schätzungen des WIFO mit dem WIFO-OECD-Ländersample für den Zeitraum 1970 bis 2000 bestätigen diese Ergebnisse der Tendenz nach, die wachstumsdämpfende Wirkungsrichtung von Konjunkturschwankungen ist jedoch zumeist statistisch nicht signifikant. Die Berechnungen deuten darauf hin, dass der Zusammenhang nicht zeitinvariant ist. Er scheint in den siebziger Jahren stärker ausgeprägt gewesen zu sein als etwa in den neunziger Jahren. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass die Amplitude der Konjunkturzyklen in den OECD-Ländern seit den siebziger Jahren stetig abgenommen hat (siehe u. a. Basu – Taylor, 1999). Zwischen 1970 und 2000 bestand zwischen der Amplitude der Konjunkturzyklen und dem langfristigen Wachstum in den im WIFO-Sample berücksichtigten 22 OECD-Ländern der Tendenz nach ein schwach negativer Zusammenhang (Abbildung 1).

Der vorliegende Beitrag versucht, die Bestimmungsfaktoren von Wachstumsschwankungen in den OECD-Ländern näher einzugrenzen und ökonometrisch zu identifizieren. Untersucht wird, ob von den Finanzmärkten, insbesondere den Aktienmärkten ein verstärkender oder dämpfender Einfluss auf die Wachstumsschwankungen in den Industrieländern ausgeht. In der ökonomischen Theorie wird die Bedeutung der Finanzmarktssysteme für den Konjunkturzyklus sehr uneinheitlich eingeschätzt. Allen – Gale (2000) präsentieren theoretische Evidenz für die populäre Hypothese, dass Aktienmärkte den Konjunkturzyklus destabilisieren, die Finanzintermediation durch Banken jedoch die gesamtwirtschaftliche Instabilität verringert. Uneinheitlich wird auch die Bedeutung von Finanzmärkten im Zusammenhang mit Schockwirkungen auf den Konjunkturzyklus gesehen. Gleichgewichtsmodelle reagieren sehr sensibel auf Unter-

schiede in der Modellierung imperfekter Kapitalmärkte. Je nach Modellstruktur werden reale Schocks durch hochentwickelte Finanzmarktssysteme verstärkt oder abgeschwächt. In der vorliegenden Arbeit wird u. a. versucht, diese unbestimmten Aussagen der Theorie empirisch zu klären.

Abbildung 1: Konjunktur und Wirtschaftswachstum

Durchschnitt 1970 bis 2000



Q: WIFO-OECD-Datenset.

Häufig wird unterstellt, dass Wettbewerb gesamtwirtschaftliche und individuelle Risiken hervorrufe, gegen die sich Marktteilnehmer selbst durch effiziente Diversifikation nicht schützen könnten (Rajan – Zingales, 1999). Marktssysteme würden eine Versicherungslücke erzeugen, die sie selbst nicht schließen könnten (incomplete markets). Mit dem Entwicklungsstand eines Marktsystems verbreiterte sich das Profil jener Risiken, die sich marktmäßig nicht versichern ließen. Dies würde besonders für den Finanzsektor gelten.

Marktdominierte Finanzsysteme gelten zwar als allokatationseffizienter und für die Diversifikation von individuellen (idiosynkratischen) Risiken besser geeignet als bankdominierte Finanzsysteme. Sie bieten jedoch keinen Schutz gegen systemische Risiken und häufig auch nicht gegen individuelle Risiken, wenn eine vermeintlich abgesicherte Risikoposition über Vertragspartnerrisiken in hohem Maß mit makroökonomischen Schocks positiv korreliert ist. Demnach erhöhen entwickelte Finanzmärkte bzw. marktdominierte Finanzsysteme die makroökonomische Volatilität bzw. Unsicherheit unmittelbar durch ihre mangelnde Versicherungseffizienz hinsichtlich jener Risiken, die sie selbst und andere Märkte erzeugen. Daraus entsteht u. a. eine direkte Verantwortung für die Wirtschaftspolitik: Finanzmärkte erzeugen Risiken, gegen die nur eine aktive und vorausschauende Wirtschaftspolitik – oder der Staat im Sinn einer Risikozwangsgemeinschaft – ausreichenden Versicherungsschutz für alle Marktteilnehmer gewährleistet.

Allen – Gale (2000) erweitern diese Theorie, indem sie den unvollständigen Finanzmärkten "langlebige" Finanzmarktinstitutionen (z. B. Banken) gegenüberstellen, die systemische Risiken intertemporal diversifizieren können. Banken würden demnach gerade gegen Risiken, die über Finanzmärkte grundsätzlich nicht diversifiziert werden können, einen optimalen Versicherungsschutz bieten und damit die gesamtwirtschaftliche Instabilität reduzieren. Nach der Theorie von Allen – Gale (2000) errei-

Theoretische Motivation

Wettbewerb, gesamtwirtschaftliche Risiken und Finanzmarktentwicklung

chen sie dies durch ihre Fähigkeit, Ex-post-Transaktionen zu tätigen, die unvollständige bzw. fehlende Märkte ersetzen. Banken können jedoch diese Versicherungsleistung nur erbringen, wenn ihre Fähigkeit zum intertemporalen Risikoausgleich durch die Existenz von kompetitiven Finanzmärkten nicht nachhaltig eingeschränkt wird (Allen – Gale, 2000, S. 156).

Im empirischen Teil des vorliegenden Beitrags wird untersucht, ob Aktienmärkte einen unmittelbar verstärkenden und Banken einen dämpfenden Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Volatilität ausüben.

Gesamtwirtschaftliche Schocks und Finanzmarktentwicklung

Ein interessanter Aspekt der Beziehung zwischen Finanzmärkten und makroökonomischer Instabilität sind die Interaktion der Finanzmarktentwicklung einerseits und realer sowie monetärer Schocks andererseits und der daraus resultierende Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Fluktuation. Die theoretische Literatur ist in dieser Frage sehr differenziert und unterscheidet sich primär durch die unterschiedliche Bedeutung der relevanten Unvollkommenheiten des Kapitalmarktes. Maßgebliche Arbeiten, wie etwa jene von *Kiyotaki – Moore* (1997) und *Bernanke – Gertler* (1990), postulieren eine Verstärkung der Wirkung von realen Schocks auf Konjunkturschwankungen durch entwickelte, jedoch unvollkommene Finanzmärkte. Reale Schocks beeinflussen in diesen Modellen den Nettovermögenswert von kreditbeschränkten Unternehmen. Die destabilisierende Wirkung dieser Wertänderungseffekte wird durch unvollkommene (asymmetrische) Finanzmärkte noch verstärkt.

Neuere theoretische Arbeiten beschäftigen sich vertieft mit den Unterschieden zwischen Schocks und der Rolle unvollkommener Kapitalmärkte in der Übertragung von Schockwirkungen auf den Konjunkturzyklus. Diese Forschungsrichtung verwendet dynamische, allgemeine Gleichgewichtsmodelle mit asymmetrischer Information auf den Kreditmärkten, die eine differenzierte Analyse dieses Übertragungsmechanismus ermöglichen. *Bacchetta – Caminal* (2000) zeigen mit Hilfe dieses Modelltypus, dass Finanzmärkte Schocks sowohl verstärken als auch dämpfen können; entscheidend ist, wie der Schock die Finanzierungsstruktur von kreditbeschränkten Unternehmen verändert.

Beck – Lundberg – Majnoni (2001) erweitern die Analyse, indem sie zwischen monetären und realen Schocks differenzieren und die unterschiedliche Bedeutung unvollkommener Finanzmärkte für die Übertragung der beiden Schocktypen auf den Konjunkturzyklus beleuchten. Die theoretische Analyse zeigt, dass Unternehmen in Ländern mit hochentwickelten Finanzmärkten in hohem Ausmaß von externer Finanzierung abhängen und damit auch von Schocks stärker betroffen sind, die der Finanzsektor überträgt. Die destabilisierende Wirkung von monetären Schocks wird demnach durch unvollkommene Finanzmärkte verstärkt, die Produktionsfunktion der kreditfinanzierten Unternehmen zusätzlich destabilisiert. Andererseits können hochentwickelte Finanzmärkte Schocks, die direkt die Produktion Cash-Flow-beschränkter Unternehmen dämpfen, durch kostengünstige Bereitstellung externer Finanzierung besser mildern. Reale Schocks werden nach diesem theoretischen Ansatz durch unvollkommene Finanzmärkte gedämpft.

In der vorliegenden empirischen Untersuchung werden diese Implikationen der Modellanalyse von *Beck – Lundberg – Majnoni* (2001) für 22 OECD-Länder getestet, und zwar nicht nur in Bezug auf den Kreditmarkt, sondern auch für den Aktienmarkt. Das Modell von *Beck – Lundberg – Majnoni* (2001) bietet für diese analytische Erweiterung nur eine indirekte Fundierung (die Kommerzbank muss im Modell durch die Investmentbank ersetzt werden).

Datengrundlagen

Das WIFO-OECD-Datenset umfasst gesamtwirtschaftliche Daten für 22 Länder und die Jahre 1970 bis 2000. Wegen der Datenqualität und des Homogenitätsgrades der Produktionstechnologien beschränkt sich die Analyse auf die Industrieländer. Die empirische Analyse basiert auf einem Panel von drei bzw. sechs nicht überlappenden Perioden, die jeweils ein Intervall von zehn bzw. fünf Jahren umspannen (1971/1980, 1981/1990 und 1991/2000 bzw. 1971/1975, 1976/1980, 1981/1985, 1986/1990, 1991/1995, 1996/2000). Die Intervalle wurden so gewählt, dass die unterschiedlich langen Konjunkturzyklen möglichst vollständig erfasst werden.

Als Indikatoren für makroökonomische Volatilität werden Ex-post-Maße auf der Grundlage von historischen Daten verwendet. Einige Studien berechnen mit vorausschauenden Verfahren Ex-ante-Indikatoren (z. B. *Ramey – Ramey, 1995*), um den unerwarteten Teil der makroökonomischen Volatilität zu isolieren. Dies ist zweifellos die theoretisch angemessene Vorgangsweise. Allerdings gehen dabei häufig unbeabsichtigt wertvolle Informationen verloren. Der Nutzen des Ex-ante-Ansatzes ist aber vor allem sehr beschränkt, weil nicht bekannt ist, welches Modell für die untersuchte Periode adäquat sein wird. Diese Unwägbarkeiten waren entscheidend für die Wahl von Ex-post-Berechnungen; dieser Ansatz ist in der einschlägigen Literatur aus den genannten Gründen der gebräuchlichste.

Die zentralen makroökonomischen Volatilitätsmaße sind die Standardabweichung des Output-Gap, d. h. die Standardabweichung der Differenz zwischen tatsächlichem und potentiell realen BIP (*CY_SD*) und die absolute Differenz zwischen Maximum und Minimum des Output-Gap (*CY_DIFF*). Diese Maße dürften für die gewählten Zeitintervalle (Durchschnitte über 5 bzw. 10 Jahre) kurzfristige Schocks, die den Konjunkturzyklus bestimmen, besser abbilden als die Standardabweichung des BIP-Wachstums je Einwohner (*GDPC_SD*). In die Analyse geht jedoch zusätzlich zu den Gap-orientierten Maßen die Standardabweichung des BIP-Wachstums je Einwohner ein, um die Robustheit der Ergebnisse in Bezug auf die verwendeten Indikatoren zu überprüfen. Damit ist die Vergleichbarkeit mit jenen empirischen Untersuchungen gewährleistet, die *GDPC_SD* als Maß für makroökonomische Variabilität verwenden (z. B. *Beck – Lundberg – Majnoni, 2001*).

Als Indikatoren für die Finanzmarktentwicklung dienen die Börsenkapitalisierung inländischer Unternehmen in Relation zum BIP eines Landes (*CAP*) und der Quotient aus Börsenumsätzen und Börsenkapitalisierung inländischer Unternehmen (*TURN*). *CAP* bildet die Größe eines Aktienmarktes ab, *TURN* seine Effizienz (siehe zur Interpretation beider Variablen *Hahn, 2002B*). Die Bedeutung der Banken für das Finanzsystem eines Landes wird durch den Anteil der Bankdirektkredite an den privaten Sektor am BIP (*CREDIT*) angenähert.

In den empirischen Schätzansätzen müssen Sondereinflüsse berücksichtigt werden, die durch Variable des *CONDITIONING SET* abgebildet werden. Diese Informationsmenge umfasst die Kontrollvariablen *OPEN* (Warenexport plus Warenimport, in Relation zum BIP), *KQ* (Kapitalexport plus Kapitalimport, in Relation zum BIP), *GOV* (öffentlicher Konsum in Relation zum BIP), *INF* (Inflationsrate) und *INF_SD* (Standardabweichung der Inflationsrate auf Quartalsbasis).

Die Variablen *OPEN* bzw. *KQ* bilden den realwirtschaftlichen bzw. finanziellen Öffnungsgrad eines Landes und damit seine Exponiertheit gegenüber externen realen und monetären Schocks ab. *GOV* repräsentiert die Größe des Staatssektors eines Landes. Diese Variable ist eine Approximation für die stabilisierenden internen Faktoren eines Landes. Die Variablen *INF* und *INF_SD* spiegeln Nachfrageschocks wider unter der Annahme einer "normal geneigten", aggregierten Angebotsfunktion.

INF_SD ist in der empirischen Analyse auch der zentrale Indikator für die statistische Abbildung monetärer Schocks. Die Standardabweichung der Terms-of-Trade-Veränderungen auf Quartalsbasis (*TOT_SD*) ist in Übereinstimmung mit der einschlägigen Literatur das bevorzugte Maß für die Erfassung realer Schocks, die Standardabweichung von *KQ* (*KQ_SD*) jenes für die Fluktuation internationaler Kapitalströme.

Zur statistischen Erfassung der Volatilität auf dem Aktienmarkt dienen einerseits die Prozedur von *Schwert (1989)* auf der Grundlage monatlicher Veränderungen von Aktienkursen auf Indexbasis (*VOL*) und andererseits die Standardabweichung der monatlichen Veränderungen von Aktienkursen auf Indexbasis (*VOL_SD*).

Die Bedeutung der Finanzmärkte bzw. der Banken für die Wirkung von Schocks auf den Konjunkturzyklus wird durch *INTERACTING SET* angenähert, das Interaktionen der Variablen *CAP*, *TURN* und *CREDIT* u. a. mit den Volatilitätsvariablen *INF_SD*, *TOT_SD*, *VOL* und *VOL_SD* einschließt.

Übersicht 1: Variablenverzeichnis und Datenquellen

Variable	Definition	Quelle
Länder Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei, USA		
<i>CAP</i>	Börsenkapitalisierung inländischer Aktien in Relation zum BIP	World Federation of Exchanges ¹⁾ ; BIP: WIFO-Datenbank
<i>CREDIT</i>	Bankkredite an den privaten Sektor in Relation zum BIP	IMF, International Financial Statistics (Zeilen 22d + 42d)
<i>CY_DIFF</i>	Differenz zwischen Minimum und Maximum des Output-Gap (Abweichung des realen vom potentiellen BIP in Relation zum potentiellen BIP)	OECD, Economic Outlook
<i>GDP_C</i>	BIP real je Einwohner	OECD, Economic Outlook; WIFO-Datenbank
<i>GOV</i>	Öffentlicher Konsum in Relation zum BIP	OECD, National Accounts, BIP; WIFO-Datenbank
<i>INF</i>	Veränderung des Verbraucherpreisindex gegen das Vorjahr	OECD, Main Economic Indicators
<i>KQ</i>	Direktinvestitionen plus Portfolioinvestitionen, in Relation zum BIP	IMF, Balance of Payments Statistics (Zeilen 4505 + 4555 + 4602 + 4652); BIP: WIFO-Datenbank
<i>LIQ</i>	Börsenumsätze inländischer Aktien in Relation zum BIP	World Federation of Exchanges ¹⁾ ; BIP: WIFO-Datenbank
<i>OPEN</i>	Warenexporte plus Warenimporte, in Relation zum BIP	IMF, International Financial Statistics
<i>POC</i>	Potential Output je Einwohner	OECD, Economic Outlook; WIFO-Datenbank
<i>TOT</i>	Terms-of-Trade (Exportpreise dividiert durch Importpreise)	IMF, International Financial Statistics
<i>TURN</i>	<i>LIQ</i> dividiert durch <i>CAP</i>	
<i>VOL</i>	Aktienkursvolatilität nach Schwert (1989)	
<i>CY_SD</i>	Standardabweichung des Output-Gap	
<i>GDP_C_SD</i>	Standardabweichung des BIP-Wachstums je Einwohner gegenüber dem Vorjahresquartal	
<i>INF_SD</i>	Standardabweichung der Inflationsrate auf Quartalsbasis	
<i>KQ_SD</i>	Standardabweichung von <i>KQ</i>	
<i>TOT_SD</i>	Standardabweichung der Terms-of-Trade-Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal	
<i>VOL_SD</i>	Standardabweichung der Aktienkursindizes, basierend auf Vormonatsveränderungen	

¹⁾ 1970 bis 1973: WIFO-Berechnungen.

Ökonometrischer Schätzansatz für 22 OECD-Länder

Für die empirische Analyse des Daten-Panels werden zwei Schätzverfahren verwendet: ein statischer "Instrument-Variable"-Schätzer (IV) und ein statischer "Fixe-Effekte-Schätzer". Die Anwendung von dynamischen Panel-Schätzern ist aufgrund der gewählten Untersuchungsanordnung nicht zweckmäßig bzw. mit nur sehr geringen Effizienzgewinnen verbunden. Allerdings kann das Auftreten von Endogenitätsproblemen nicht ausgeschlossen werden, weshalb auch ein IV-Schätzer verwendet wird. Da Versuche mit GMM-Instrumenten ("General Method of Moments") nicht erfolgreich waren, wird hier der IV-Schätzer von Anderson – Hsiao (1982) eingesetzt; Konsistenzprobleme, verursacht durch Simultanität, Weglassen von Variablen oder länderspezifischen Effekten, sollten hier keine Verzerrung der Ergebnisse bewirken.

Verschiedene Endogenitätskontrollen ermutigen jedoch auch zur Anwendung von einfacheren Algorithmen, wie z. B. statischen Fixe-Effekte-Schätzern, die sich unter Standardvoraussetzungen für die Analyse von Makro-Panels gut eignen (siehe dazu u. a. Hahn, 2003). Der "Least-squares-dummy-variable"-Schätzer (LSDV) liefert unter den gegebenen Rahmenbedingungen mit großer Wahrscheinlichkeit unverzerrte Schätzergebnisse.

Der Regressionsansatz für beide Verfahren hat folgende allgemeine Struktur:

$$\sigma_{i,t} = \alpha + \beta FINANCE_{i,t} + \gamma [INTERACTING SET]_{i,t} + \delta [CONDITIONING SET]_{i,t} + \lambda_t + \eta_i + \varepsilon_{i,t},$$

mit den Zeitperioden $t = 1, \dots, T$ und den Ländern $i = 1, \dots, N$. Die Parameter λ_t und η_i repräsentieren zeit- und länderspezifische Effekte, und $\varepsilon_{i,t}$ steht für den stochastischen Störterm. Die abhängige Variable $\sigma_{i,t}$ ist entweder *CY_SD*, *CY_DIFF* oder *GDP_C_SD*, der Regressor *FINANCE* umfasst entweder *CAP*, *TURN* oder *CREDIT*;

INTERACTING SET enthält Interaktionsterme für Variable der Informationsmenge *FINANCE* mit Variablen von *CONDITIONING SET*, wie etwa *INF_SD*, *TOT_SD*, *VOL_SD* und *VOL*. *CONDITIONING SET* umspannt die Variablen *KQ_SD*, *KQ*, *OPEN* und *GOV*.

Als Spezifikationstests für den IV-Schätzansatz werden ein Sargan-Test für "overidentifying restrictions" und ein Test auf serielle Korrelation der Residuen verwendet. Eine persistente serielle Korrelation der Residuen weist auf das Vorliegen von unbeobachteten länderspezifischen Effekten hin.

Übersicht 1 zeigt die Schätzergebnisse aufgrund des 6-Perioden-Panels für den Zeitraum 1971 bis 2000. Die Spezifikation des Regressionsansatzes folgt im Wesentlichen jener von Beck – Lundberg – Majnoni (2001). Durch die abweichende Berücksichtigung der Interaktionsterme wird die Bedeutung der Finanzmärkte für die Übertragung von Schocks auf die Realwirtschaft abgebildet. Um Instabilitäten durch Multikollinearität zu vermeiden, gehen beide Interaktionsterme um eine Periode verzögert in die Gleichung ein (die Güte der Schätzergebnisse verschlechtert sich jedoch nicht, wenn beide Terme unverzögert berücksichtigt werden). In Erweiterung zu Beck – Lundberg – Majnoni (2001) wird im vorliegenden Ansatz der volatilitätsdämpfende Effekt eines großen Staatssektors mit der Variablen *GOV* berücksichtigt.

Die in Übersicht 1 ausgewiesenen Ergebnisse bestätigen die von Beck – Lundberg – Majnoni (2001) beobachtete Verstärkung der Wirkung von monetären Schocks durch Kreditmärkte. Die dämpfende Wirkung von Banken auf reale Schocks ist jedoch für das WIFO-OECD-Panel ausgeprägter. Das mag u. a. damit zusammenhängen, dass die empirische Analyse von Beck – Lundberg – Majnoni (2001) mit 63 Ländern ein wesentlich heterogeneres Panel umfasst und auch die Zahl der Perioden und die Länge der Intervalle (1960/1972, 1973/1985, 1986/1997) sich von der hier gewählten Vorgangsweise unterscheiden. Als makroökonomisches Volatilitätsmaß verwenden Beck – Lundberg – Majnoni (2001) wie erwähnt die Standardabweichung des BIP-Wachstums je Einwohner; die Wahl eines anderen Volatilitätsmaßes scheint nicht entscheidend für die abweichenden Ergebnisse des vorliegenden Ansatzes zu sein.

In Übereinstimmung mit Beck – Lundberg – Majnoni (2001) wird kein signifikanter unabhängiger Einfluss der Banken auf die makroökonomische Volatilität festgestellt. Der von Allen – Gale (2000) vermutete konjunkturdämpfende Einfluss eines bankenbestimmten Finanzmarktes wird somit empirisch nicht bestätigt. Die Regressionsergebnisse untermauern jedoch die volatilitätsdämpfende Wirkung eines großen Staatssektors und die stärkere Exponiertheit offener Volkswirtschaften gegenüber destabilisierenden Schocks. Das erwartete positive Vorzeichen weisen auch die beiden Volatilitätsindikatoren *INF_SD* und *TOT_SD* auf.

Die Erweiterung der empirischen Analyse durch die Einbeziehung des Aktienmarktes ergibt eine überraschend deutliche Unterstützung für die populäre Hypothese, dass Aktienmärkte einen unabhängigen, destabilisierenden Einfluss auf die Makroökonomie ausüben. Aktienmärkte scheinen darüber hinaus – ähnlich den Kreditmärkten – monetäre Schocks zu verstärken und reale Störungen zu verringern.

In Übersicht 2 sind die Ergebnisse der IV-Schätzungen ausgewiesen. Der Schätzansatz unterscheidet sich gegenüber den bisherigen Anordnungen durch die Einbeziehung der Variablen *KQ* und *KQ_SD*. Wie erwähnt bildet *KQ* den finanzwirtschaftlichen Öffnungsgrad eines Landes ab und *KQ_SD* das Ausmaß der Variabilität der internationalen Kapitalströme. Die beiden Variablen gehen signifikant in die Gleichung ein. Die Vorzeichen weisen darauf hin, dass die internationale Finanzmarktintegration tendenziell dämpfend auf den Konjunkturzyklus wirkt, die Variabilität der Kapitalströme jedoch den makroökonomischen Zyklus tendenziell destabilisiert. Die IV-Schätzungen bestätigen, dass die Ergebnisse der Fixe-Effekte-Schätzer hinreichend konsistent sind. Die Spezifikationstests unterstützen ebenfalls die gewählte Schätzanordnung.

Präsentation der Ergebnisse

Übersicht 2: Schätzungen fixer Effekte – Fünfjahresdurchschnitte

1971 bis 2000

Abhängige Variable	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>
<i>Erklärende Variable</i>						
Konstante	- 0,0022 (0,687)	0,0002 (0,988)	0,0043 (0,297)	0,0163 (0,086)	0,0087 (0,096)	0,0217 (0,060)
$\ln(GOV)_t$	- 0,0093 (0,004)	- 0,0158 (0,028)	- 0,0053 (0,018)	- 0,0065 (0,215)	- 0,0051 (0,071)	- 0,0054 (0,420)
$\ln(OPEN)_t$	0,0036 (0,007)	0,0086 (0,003)	0,0038 (0,004)	0,0090 (0,003)	0,0054 (0,006)	0,0115 (0,013)
<i>INF_SD</i> _t	0,0008 (0,000)	0,0029 (0,000)	0,0008 (0,000)	0,0030 (0,000)	0,0008 (0,000)	0,0027 (0,000)
<i>TOT_SD</i> _t	0,0098 (0,000)	0,0290 (0,000)	0,0107 (0,000)	0,0308 (0,000)	0,0110 (0,001)	0,0325 (0,000)
$\ln(CREDIT)_t$	- 0,0008 (0,642)	- 0,0024 (0,586)				
<i>Interaction</i>						
$(\ln(CREDIT) \times INF_SD)_{t-1}$	0,0003 (0,000)	0,0008 (0,000)				
$(\ln(CREDIT) \times TOT_SD)_{t-1}$	- 0,0765 (0,001)	- 0,1638 (0,001)				
$\ln(CAP)_t$			0,0012 (0,308)	0,0037 (0,087)		
<i>Interaction</i>						
$(\ln(CAP) \times INF_SD)_{t-1}$			0,0001 (0,001)	0,0003 (0,000)		
$(\ln(CAP) \times TOT_SD)_{t-1}$			- 0,0470 (0,010)	- 0,1105 (0,003)		
$\ln(TURN)_t$					0,0027 (0,017)	0,0054 (0,035)
<i>Interaction</i>						
$(\ln(TURN) \times INF_SD)_{t-1}$					0,0002 (0,000)	0,0003 (0,013)
$(\ln(TURN) \times TOT_SD)_{t-1}$					- 0,0546 (0,014)	- 0,1314 (0,003)
<i>R</i> ²	0,426	0,499	0,380	0,473	0,389	0,472
<i>p</i> -Werte						
<i>Wald-Tests</i>						
Joint significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Joint group dummy significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Time dummy significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
<i>Tests auf serielle Korrelation der Residuen</i>						
<i>AR</i> (1)	0,935	0,969	0,367	0,633	0,812	0,791
<i>AR</i> (2)	0,347	0,413	0,231	0,309	0,478	0,486

Zahl der Länder: 22, Zahl der Beobachtungen: 110. Die Regressionen berücksichtigen zeitspezifische Effekte, die nicht ausgewiesen sind; kursive Zahlen in Klammer . . . *p*-Werte. Heteroskedastizitäts-konsistente Standardfehler werden verwendet.

Der unabhängige, destabilisierende Einfluss von Aktienmärkten auf den makroökonomischen Zyklus wird durch weitere Änderungen der Untersuchungsanordnung bestätigt. Bemerkenswert ist, dass die an sich naheliegende Vermutung, die Volatilität des Aktienmarktes üben nur in Verbindung mit der Größe des Aktienmarktes eine signifikant destabilisierende Wirkung auf die Makroökonomie aus, empirisch deutlich bestätigt wird.

Der private Konsum ist in allen berücksichtigten OECD-Ländern die mit Abstand bedeutendste Nachfragekomponente und damit bestimmend für die Entwicklung des BIP. Die Vermutung liegt daher nahe, dass dem privaten Konsum eine wesentliche Rolle im Wirkungszusammenhang zwischen Aktienmarkt und makroökonomischer Volatilität zukommt.

Übersicht 3: Two-Stage-Instrument-Variable-Schätzungen – Fünfjahresdurchschnitte

1971 bis 2000

Abhängige Variable	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>	<i>CY_SD</i>	<i>CY_DIFF</i>
<i>Erklärende Variable</i>						
Konstante	- 0,0015 (0,750)	0,0029 (0,792)	0,0056 (0,183)	0,0195 (0,043)	0,0065 (0,244)	0,0201 (0,090)
$\ln(GOV)_t$	- 0,0104 (0,000)	- 0,0164 (0,012)	- 0,0073 (0,001)	- 0,0091 (0,104)	- 0,0067 (0,004)	- 0,0075 (0,193)
$\ln(OPEN)_t$	0,0059 (0,000)	0,0118 (0,000)	0,0064 (0,000)	0,0130 (0,001)	0,0064 (0,000)	0,0128 (0,002)
<i>INF_SD</i> _t	0,0008 (0,000)	0,0029 (0,000)	0,0008 (0,000)	0,0030 (0,000)	0,0009 (0,000)	0,0030 (0,000)
<i>TOT_SD</i> _t	0,0190 (0,000)	0,0504 (0,000)	0,0189 (0,000)	0,0495 (0,000)	0,0165 (0,001)	0,0446 (0,000)
<i>KQ</i> _t	- 0,0385 (0,004)	- 0,0856 (0,001)	- 0,0336 (0,014)	- 0,0749 (0,016)	- 0,0235 (0,077)	- 0,0515 (0,078)
<i>KQ_SD</i> _t	0,0263 (0,012)	0,0613 (0,004)	0,0221 (0,036)	0,0521 (0,031)	0,0160 (0,124)	0,0380 (0,100)
$\ln(CREDIT)_t$	0,0002 (0,885)	- 0,0009 (0,814)				
<i>Interaction</i>						
$(\ln(CREDIT) \times INF_SD)_{t-1}$	0,0003 (0,000)	0,0008 (0,000)				
$(\ln(CREDIT) \times TOT_SD)_{t-1}$	- 0,0799 (0,000)	- 0,1689 (0,000)				
$\ln(CAP)_t$			0,0021 (0,094)	0,0051 (0,038)		
<i>Interaction</i>						
$(\ln(CAP) \times INF_SD)_{t-1}$			0,0001 (0,001)	0,0003 (0,000)		
$(\ln(CAP) \times TOT_SD)_{t-1}$			- 0,0460 (0,012)	- 0,1083 (0,003)		
$\ln(TURN)_t$					0,0029 (0,019)	0,0063 (0,031)
<i>Interaction</i>						
$(\ln(TURN) \times INF_SD)_{t-1}$					0,0002 (0,000)	0,0004 (0,000)
$(\ln(TURN) \times TOT_SD)_{t-1}$					- 0,0599 (0,007)	- 0,1431 (0,001)
<i>p</i> -Werte						
<i>Wald-Tests</i>						
Joint significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Joint group dummy significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Time dummy significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Sargan-Test ¹⁾	0,608	0,496	0,503	0,381	0,424	0,471
<i>Tests für serielle Korrelation der Residuen</i>						
<i>AR</i> (1)	0,578	0,870	0,273	0,615	0,644	0,866
<i>AR</i> (2)	0,096	0,107	0,104	0,135	0,188	0,192

Zahl der Länder: 21, Zahl der Beobachtungen: 105. Die Regressionen berücksichtigen zeitspezifische Effekte, die nicht ausgewiesen sind; als zusätzliche Instrumentvariable wurden die jeweils um eine Periode verzögerte endogene Variable und die Bruttoanlageinvestitionen in % des BIP berücksichtigt. Kursive Zahlen in Klammer ... *p*-Werte. Heteroskedastizitäts-konsistente Standardfehler werden verwendet. - ¹⁾ Null-Hypothese: Die Instrumentvariablen sind mit den Residuen nicht korreliert.

Kräftige temporäre Kursänderungen auf den Aktienmärkten generieren substantielle Vermögenseffekte, die das Konsumverhalten der privaten Haushalte beeinflussen können. Die überdurchschnittlich hohe Konsumneigung der privaten Haushalte in einigen OECD-Ländern (z. B. USA, Großbritannien) in den neunziger Jahren wurde in der öffentlichen Diskussion überwiegend auf aktienmarktbedingte Vermögenseffekte zurückgeführt. Die Ergebnisse der vorliegenden Berechnung können als empirische Evidenz zugunsten dieser Sichtweise gewertet werden. Schätzungen auf der Grundlage eines konsumorientierten gesamtwirtschaftlichen Volatilitätsmaßes (Standardabweichung des HP-trendbereinigten privaten Konsums) unterscheiden sich nur unwesentlich von den hier ausgewiesenen Berechnungen. Die Schätzungen unterstreichen allerdings auch deutlich den zeitlich begrenzten Einfluss von exzessiven Bewertungsänderungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die in den neunziger Jahren besonders ausgeprägten Kursschwankungen auf den internationalen Aktienbörsen haben demnach lediglich den Konjunkturzyklus in einigen Län-

dem verlängert, jedoch keinen nachhaltig positiven Einfluss auf die langfristige Wachstumsrate dieser Länder ausgeübt (siehe dazu auch Hahn, 2002A).

Übersicht 4: Schätzung fixer Effekte – Zehnjahresdurchschnitte

1971 bis 2000

Abhängige Variable	GDPC_SD	CY_SD	GDPC_SD	CY_SD	GDPC_SD	CY_SD	GDPC_SD	CY_SD
Erklärende Variable								
Konstante	0,0163 (0,000)	0,0115 (0,011)	0,0180 (0,000)	0,0169 (0,001)	0,0177 (0,000)	0,0175 (0,000)	0,0158 (0,000)	0,0116 (0,008)
INF _t	0,1216 (0,000)	0,1385 (0,001)					0,1224 (0,000)	0,1439 (0,001)
INF_SD _t			0,0026 (0,000)	0,0019 (0,010)	0,0027 (0,000)	0,0019 (0,006)		
TOT_SD _t	0,0190 (0,000)	0,0195 (0,000)	0,0199 (0,000)	0,0209 (0,001)	0,0199 (0,000)	0,0210 (0,001)	0,0188 (0,000)	0,0194 (0,000)
Interaction (ln(CAP) _t × VOL_SD _t)					0,0006 (0,002)	0,0005 (0,046)	0,0007 (0,000)	0,0006 (0,003)
Interaction (ln(CAP) _t × VOL _t)	0,0010 (0,001)	0,0007 (0,017)	0,0008 (0,008)	0,0005 (0,166)				
R ²	0,266	0,272	0,284	0,217	0,300	0,238	0,278	0,298
	p-Werte							
Wald-Tests								
Joint significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Joint group dummy significance	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Time dummy significance	0,534	0,008	0,141	0,145	0,252	0,076	0,699	0,001
Tests für serielle Korrelation der Residuen								
AR (1)	0,422	0,522	0,763	0,772	0,977	0,644	0,629	0,608
AR (2)	0,094	0,103	0,060	0,069	0,069	0,063	0,117	0,097

Zahl der Länder: 18, Zahl der Beobachtungen: 54. Die Regressionen berücksichtigen zeitspezifische Effekte, die nicht ausgewiesen sind; kursive Zahlen in Klammer . . . p-Werte. Heteroskedastizitäts-konsistente Standardfehler werden verwendet.

Schlussfolgerungen

In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, die Bestimmungsfaktoren von Wachstumsschwankungen in 22 OECD-Ländern seit 1970 näher einzugrenzen und ökonometrisch zu identifizieren. Im Mittelpunkt stand die Überlegung, ob von den Finanzmärkten, insbesondere von den Aktienmärkten, ein verstärkender oder dämpfender Einfluss auf die Wachstumsschwankungen in den Industrieländern ausgeht. Dieser Fragestellung kommt vor dem Hintergrund des Wirkungszusammenhangs zwischen Konjunktur und Wachstum besondere Bedeutung zu. Neuere theoretische und empirische Untersuchungen weisen auf eine dämpfende Wirkung von Konjunkturschwankungen auf das langfristige Wachstum in den OECD-Ländern hin.

Die empirische Untersuchung erfolgte mit Panel-ökonometrischen Verfahren. Die Ergebnisse der Analyse können als empirische Hinweise gedeutet werden, dass im Untersuchungszeitraum 1970 bis 2000 die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte, insbesondere der Aktienmärkte, und ihre Volatilität die Makroökonomie der 22 OECD-Länder tendenziell destabilisiert haben, und zwar auf verschiedenen Ebenen: Zum einen verstärkten Aktienmärkte unabhängig und direkt die gesamtwirtschaftlichen Outputfluktuationen, zum anderen wirkten sie destabilisierend als Verstärker monetärer Schocks: Störungen, die sich vorerst nur auf die Finanzmärkte beschränkten, wurden durch das Finanzsystem in verstärkter Form auf die Realwirtschaft übertragen. Finanzmärkte fungierten jedoch auch als Schockdämpfer – sie verringerten die Wirkungen von realen Störungen auf die Produktion: Schocks, die zuerst den realen Sektor erfassten, wurden demnach durch das Finanzsystem tendenziell gemildert. Dafür liefert die vorliegende Untersuchung überraschend robuste empirische Evidenz.

Literaturhinweise

- Aghion, P., Howitt, P., *Endogenous Growth Theory*, MIT Press, Cambridge, MA, 1998.
- Aghion, P., Saint-Paul, G., "Uncovering Some Causal Relationships between Productivity Growth and the Structure of Economic Fluctuations: A Tentative Survey", NBER Working Paper, 1993, (4603).
- Alesina, A., Ozler, S., Roubini, N., Swagel, P., "Political Instability and Economic Growth", NBER Working Paper, 1992, (4173).
- Allen, F., "Stock Markets and Resource Allocation", in Mayer, C., Vives, X. (Hrsg.), *Capital Markets and Financial Intermediation*, Cambridge University Press, Cambridge, 1993.
- Allen, F., Gale, D., *Comparing Financial Systems*, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 2000.
- Anderson, T. W., Hsiao, C., "Formulation and Estimation of Dynamic Models Using Panel Data", *Journal of Econometrics*, 1982, (18), S. 47-82.
- Arellano, M., Bond, S. R., "Some Tests of Specification for Panel Data: Monte Carlo Evidence and an Application to Employment Equations", *The Review of Economic Studies*, 1991, (58), S. 277-297.
- Bacchetta, P., Caminal, R., "Do Capital Market Imperfections Exacerbate Output Fluctuation?", *European Economic Review*, 2000, (44), S. 449-468.
- Baltagi, B. H., *Econometric Analysis of Panel Data*, John Wiley & Sons, New York, 1995.
- Basu, S., Taylor, A., "Business Cycle in International Historical Perspective", *Journal of Economic Perspectives*, 1999, (13), S. 45-68.
- Beck, N., Katz, J., "What to Do (and Not to Do) with Time-series Cross-section Data", *American Political Science Review*, 1995, (89), S. 634-647.
- Beck, T., Levine, R. (2002A), "Industry Growth and Capital Allocation: Does Having a Market- or Bank-based System Matter?", NBER Working Paper, 2002, (8982).
- Beck, T., Levine, R. (2002B), "Stock Markets, Banks, and Growth: Panel Evidence", NBER Working Paper, 2002, (9082).
- Beck, T., Lundberg, M., Majnoni, G., "Financial Intermediary Development and Growth Volatility: Do Intermediaries Dampen or Magnify Shocks?", World Bank, Policy Research Working Papers, 2001, (2707).
- Bernanke, B. S., "Irreversibility, Uncertainty, and Cyclical Investment", *Quarterly Journal of Economics*, 1983, 98(1), S. 85-106.
- Bernanke, B. S., Gertler, M., "Financial Fragility and Economic Performance", *Quarterly Journal of Economics*, 1990, (105), S. 87-114.
- Black, F., *Business Cycles and Equilibrium*, Blackwell, Cambridge, 1987.
- Blackburn, K., "Can Stabilization Policy Reduce Long-run Growth?", *The Economic Journal*, 1999, 109(1), S. 67-77.
- Blanchard, O., Simon, J., "The Long and Large Decline in U. S. Output Volatility", *Brookings Papers on Economic Activity*, 2001, (1), S. 135-164.
- Blum, D., Federmaier, K., Fink, G., Haiss, P., "The Financial-Real Sector Nexus: Theory and Empirical Evidence", University of Economics and Business Administration, IEF Working Paper, 2002, (43).
- Caballero, R., Hammour, M., "Speculative Growth", NBER Working Paper, 2002, (9381).
- Demirgüç-Kunt, A., Levine, R. (Hrsg.), *Financial Structure and Economic Growth – A Cross-Country Comparison of Banks, Markets, and Development*, MIT Press, Cambridge, MA, 2001.
- Denizer, C., Iyigun, M. F., Owen, A. L., "Finance and Macroeconomic Volatility", World Bank, Policy Research Paper, 2000, 2487.
- Easterly, W., Islam, R., Stiglitz, J. E., *Shaken and Stirred: Explaining Growth Volatility*, World Bank, Washington, D.C., 2000 (mimeo).
- Greene, W., *Econometric Analysis*, 4th edition, Prentice-Hall, Upper Saddle River, N.J., 2000.
- Hahn, F. R. (2002A), "The Finance-Growth Nexus Revisited. New Evidence from OECD Countries", WIFO Working Paper, 2002, (176), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract?type=p&language=1&pubid=21731.
- Hahn, F. R. (2002B), *Bedeutung von Aktienmärkten für Wachstum und Wachstumsschwankungen in den OECD-Ländern*, Studie des WIFO im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Wien, 2002.
- Hahn, F. R., "Financial Development and Macroeconomic Volatility: Evidence from OECD Countries", WIFO Working Paper, 2003, (198), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract?type=p&language=1&pubid=23645.
- Judson, R. A., Owen, A. L., "Estimating Dynamic Panel Data Models: A Guide for Macroeconomists", *Economics Letters*, 1999, (65), S. 9-15.
- Kiyotaki, N., Moore, J., "Credit Cycles", *Journal of Political Economy*, 1997, (105), S. 211-248.
- Kneller, R., Young, G., "Business Cycle Volatility, Uncertainty and Long-Run Growth", *The Manchester School*, 2001, (69), S. 534-552.
- Leahy, M., Schich, S., Wehinger, G., Pelgrin, F., Thorgeirsson, T., "Contributions of Financial Systems to Growth in OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers, 2001, (280).
- Lensink, R., Bo, H. M., Sterken, E., "Does Uncertainty Affect Economic Growth? An Economic Analysis", *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1999, 135(3), S. 379-396.

- Levine, R., Loayza, N., Beck, T., "Financial Intermediation and Growth: Causality and Causes", *Journal of Monetary Economics*, 2000, (46), S. 31-77.
- Long, J., Plosser, C., "Real Business Cycles", *Journal of Political Economy*, 1983, 91(1), S. 39-69.
- Martin, P., Rogers, C. A., "Long-Term Growth and Short-Term Economic Stability", *European Economic Review*, 2000, (44), S. 359-381.
- Rajan, R. G., Zingales, L., *Politics, Law and Financial Development*, Supplement No. 24 to the Government Inquiry on the International Competitiveness of the Swedish Financial Sector, Stockholm, 1999.
- Rajan, R. G., Zingales, L., "Financial Systems, Industrial Structure, and Growth", *Oxford Review of Economic Policy*, 2001, 17(4), S. 467-482.
- Ramey, G., Ramey, V. R., "Technology Commitment and the Cost of Economic Fluctuations", NBER Working Paper, 1991, (3755).
- Ramey, G., Ramey, V. R., "Cross-Country Evidence on the Link between Volatility and Growth", *American Economic Review*, 1995, 85(5), S. 1138-1151.
- Rousseau, P., Wachtel, P., "Financial Intermediation and Economic Performance: Historical Evidence from Five Industrialized Countries", *Journal of Money, Credit, and Banking*, 1998, 30(4), S. 657-678.
- Rousseau, P., Wachtel, P., "Equity Markets and Growth: Cross-Country Evidence on Timing and Outcomes, 1980-1995", *Journal of Business and Finance*, 2000, (24), S. 1933-1957.
- Schwert, G. W., "Why Does Stock Market Volatility Change over Time", *Journal of Finance*, 1989, 49(5), S. 1115-1153.
- Shan, J. Z., Morris, A. G., Sun, F., "Financial Development and Growth: An Egg-and-Chicken Problem?", *Review of International Economics*, 2001, 9(3), S. 443-454.
- Stadler, G. W., "Business Cycle Models with Endogenous Technology", *American Economic Review*, 1990, 80(4), S. 763-778.
- Stiglitz, J. E., "Financial Markets and Development", *Oxford Review of Economic Policy*, 1989, (5), S. 55-68.
- Stock, J. H., Watson, M. W., "Has the Business Cycle Changed and Why?", NBER Working Paper, 2002, (9127).
- Wurgler, J., "Financial Markets and the Allocation of Capital", *Journal of Financial Economics*, 2000, 58(1-2), S. 187-214.

Output Fluctuations and Financial Market Development. Evidence from OECD Countries – Summary

This article examines the nature of the linkage between financial development and economic fluctuation in 22 OECD countries over the period from 1970 through 2000. Two econometric techniques are used: The first, a cross-sectional instrument variable estimator, deals, to some degree, with the potential problems caused by simultaneity, omitted variables and unobserved country-specific effects. The second technique to be applied is the standard fixed effects model, which is designed to capture variation across country and time periods in simple shifts of the regression function (i.e., changes in the intercepts). The results obtained by these techniques confirm that arm's length financing has a role in destabilising the business cycle in the OECD countries while relationship lending is neutral in this respect. The magnitude of the independent impact of the stock market on output growth fluctuation is significant. In accordance with theory, there is also a strong indication that both market-based and bank-based financial systems magnify the impact of monetary shocks on macroeconomic volatility whereas real shocks are dampened by well-developed financial systems. Finally, the results indicate that it is the interaction between stock market size and stock market volatility that matters as a source of business cycle destabilisation.

55th Euroconstruct Conference – Budapest, 6-7 June 2003: The Outlook for the European Construction Sector 2003-2005

Summary Report

261 pages, 740 €, Download 590 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24324

Country Reports

446 pages, 940 €, Download 750 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24325

Prognose der österreichischen Bauwirtschaft 2003 bis 2005

60 Seiten, 200 €, Download 160 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24326

Please send your orders to the Austrian Institute of Economic Research, Mrs Christine Kautz, P.O. Box 91, A-1103 Vienna – Austria, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

- 8/2002 Margarete Czerny, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Robert Wieser, Kürzung der Investitionspläne angesichts der Konjunkturlaute. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2002 • Stephan Schulmeister, Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung bei anhaltenden Strukturproblemen. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Gudrun Biffli, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- 9/2002 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2001 unverändert • Fritz Breuss, Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU
- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffli, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIW), Internationale Konjunkturlaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft
- 6/2003 Franz Sinabell, Erwin Schmid, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft • Gudrun Biffli, Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa
- 7/2003 Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick • Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen

**AUSTRIAN ECONOMIC
QUARTERLY**

3/2002 •
pp. 109-120

Entry, Age and Sectoral Specialisation of Viennese Firms

Michael Peneder

3/2002 •
pp. 121-131

Cyclical Upturn, with Structural Problems Persisting. Medium-term Projections for the Austrian Economy until 2006

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer

3/2002 •
pp. 132-155

Can Innovation Explain the Increasing Growth Differences in the 1990s?

Karl Aiginger

4/2002 •
pp. 156-166

Business Cycle Recovery Delayed. Economic Outlook for 2002 and 2003

Ewald Walterskirchen

4/2002 •
pp. 167-175

Price Development upon Introduction of Euro Banknotes and Coins

Wolfgang Pollan

4/2002 •
pp. 176-190

Austrian Competition Policy: Quo Vadis?

Michael Böheim

4/2002 •
pp. 191-206

Evaluation of Macro-economic Forecasts for Austria in the 1980s and 1990s

Josef Baumgartner

1/2003 •
pp. 1-11

Sluggish Recovery in 2003. Economic Outlook for 2003 and 2004

Ewald Walterskirchen

1/2003 •
pp. 12-22

The Austrian Research and Technology Report for 2002

Norbert Knoll

1/2003 •
pp. 23-39

Constructing Regional Input-Output Tables for Austria

Oliver Fritz, Raimund Kurzmann, Gerold Zakarias, Gerhard Streicher

2/2003 •
pp. 40-50

Economic Growth Remaining Subdued. Economic Outlook for 2003 and 2004

Markus Marterbauer

2/2003 •
pp. 51-63

The New Basel Capital Accord (Basel II) from a Macroeconomic Point of View

Franz R. Hahn

2/2003 •
pp. 64-70

Occupational Pension Schemes in Austria

Thomas Url

3/2003 •
pp. 71-83

Business Cycle Upturn not in Sight. Economic Outlook for 2003 and 2004

Markus Marterbauer